



## 117. Sitzung (Sondersitzung)

Düsseldorf, Mittwoch, 4. März 2009

Mitteilungen der Präsidentin .....	13531	erste Lesung .....	13549
<b>Nachruf auf den verstorbenen früheren Vizepräsidenten des Landtags</b>		Minister Dr. Ingo Wolf.....	13550
<b>Richard Winkels</b> .....	13531	Hans-Willi Körfges (SPD).....	13551
<b>Vereidigung von</b>		Rainer Lux (CDU).....	13554
<b>Minister Lutz Lienenkämper</b> .....	13531	Christof Rasche (FDP).....	13555
		Reiner Priggen (GRÜNE) .....	13557
		Horst Becker (GRÜNE).....	13559
<b>1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Nachtragshaushaltsgesetz 2009)</b>		Ergebnis .....	13560
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8650		<b>3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zusammenlegung der allgemeinen Kommunalwahlen mit den Europawahlen (KWahlZG)</b>	
erste Lesung .....	13532	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/8652	
Minister Dr. Helmut Linssen .....	13532	erste Lesung	
	13541	<u>In Verbindung mit:</u>	
	13549	<b>Verfassung achten – Mehr Demokratie wagen!</b>	
Gisela Walsken (SPD) .....	13534	Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/8645	
Volkmar Klein (CDU).....	13535	<u>Und:</u>	
Angela Freimuth (FDP).....	13536	<b>Kommunalwahlzusammenlegungsgesetz verfassungswidrig und nichtig – Innenminister Wolf muss politische Verantwortung übernehmen!</b>	
Ewald Groth (GRÜNE).....	13539	Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/8662	
	13545		
Britta Altenkamp (SPD).....	13543		
	13548		
Christian Weisbrich (CDU).....	13544		
Rüdiger Sagel (fraktionslos) .....	13546		
Minister Armin Laschet .....	13547		
Barbara Steffens (GRÜNE) .....	13549		
Ergebnis .....	13549		
<b>2 Gesetz zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in Nordrhein-Westfalen</b>			
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8644			

Sowie:

**Kommunalwahl durch eigenständigen  
Wahltermin am 30. August 2009 auf-  
werten**

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/8670.....	13561
Hannelore Kraft (SPD).....	13561
Sylvia Löhrmann (GRÜNE) .....	13563
Peter Biesenbach (CDU) .....	13566
Christian Lindner (FDP) .....	13570
Minister Dr. Ingo Wolf.....	13573
Ralf Jäger (SPD) .....	13577
Horst Becker (GRÜNE).....	13579
Rüdiger Sagel (fraktionslos) .....	13579
Ergebnis .....	13579
<b>Nächste Sitzung</b> .....	13580

**Entschuldigt waren:**

Minister Andreas Krautscheid
Ilka von Boeselager (CDU)
Hans-Dieter Clauser (CDU)
Lothar Hegemann (CDU)
Volkmar Klein (CDU)
Werner Lohn (CDU)
Gerhard Lorth (CDU)
Christian Möbius (CDU)
Marc Ratajczak (CDU)
Wolfgang Schmitz (CDU)
Reinhold Sendker (CDU)
Axel Wirtz (CDU)
Heike Gebhard (SPD)
Inge Howe (SPD)
Horst Engel (FDP)

**Beginn: 13:03 Uhr**

**Präsidentin Regina van Dinter:** Meine Damen und Herren! Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 117. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen, einer Sondersitzung. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **14 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die heutige Tagesordnung eintreten, bitte ich Sie, sich von Ihren Sitzen zu erheben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Am 17. Februar ist der frühere Vizepräsident dieses Hauses und langjährige Abgeordnete **Richard Winkels** nach einem erfüllten Leben im Alter von 88 Jahren im heimischen Warendorf **verstorben**.

Unser Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und der ganzen Familie.

Mit Richard Winkels verlieren wir in Nordrhein-Westfalen einen überaus erfahrenen und geradlinigen Demokraten, der über die Parteigrenzen hinweg geschätzt und geachtet wurde und der die Politik unseres Landes über Jahrzehnte mitgeprägt hat.

Dem Landtag Nordrhein-Westfalen gehörte der Sozialdemokrat von 1961 bis 1990 an. Vizepräsident dieses Hohen Hauses war Richard Winkels von 1980 bis 1985. Über zehn Jahre hatte er den Vorsitz des Sportausschusses inne. Sein Wirken im Landtag war geprägt von unermüdlichem Engagement und großer Fairness.

Auch wenn wir heute nur noch sechs Abgeordnete haben, die mit Richard Winkels im Parlament zusammengearbeitet haben – die Abgeordneten Brunn, Hegemann, Kuschke, Linssen, Schultheis und Uhlenberg –, so hat er doch sicher bleibende Spuren hinterlassen, auch für die nächsten Generationen.

Der Sport war für Richard Winkels eine Lebensaufgabe. Unvergessen bleibt sein sportpolitisches Wirken, auch als langjähriger Präsident des Landessportbundes. Die Aufnahme des Sports als Staatszielbestimmung in unsere Landesverfassung geht auch auf seine Initiative zurück.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen gedenkt Richard Winkels in Dankbarkeit, Respekt und Verehrung.

(Kurze Stille)

Ich danke Ihnen, dass Sie sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben haben.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat mir mit Schreiben vom 3. März 2009 Folgendes mitgeteilt:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, hiermit beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, dass ich Herrn **Lutz Lienenkämper zum Minister für Bauen und Verkehr ernannt habe**.

Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie in der nächsten Landtagsplenarsitzung die Vereidigung gemäß Artikel 53 der Landesverfassung vorsehen würden.

Das will ich gerne tun und bitte Herrn Lienenkämper zu mir.

(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)

Herr Lienenkämper, ich bitte Sie, Ihre Schwurhand zu heben und mir den nach Artikel 53 der Landesverfassung vorgeschriebenen Eid nachzusprechen:

Ich schwöre, dass ich meine ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten, Verfassung und Gesetz wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das neue Mitglied der Landesregierung hat nach Artikel 53 der Landesverfassung den vorgeschriebenen Eid vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen geleistet.

Ich beglückwünsche Sie, Herr Lienenkämper, im Namen aller Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und ein glückliches Händchen bei der Erledigung Ihrer verantwortungsvollen Aufgabe. Alles Gute!

**Lutz Lienenkämper**, Minister für Bauen und Verkehr: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Allgemeiner Beifall – Die Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein. – Minister Lutz Lienenkämper nimmt Glückwünsche entgegen.)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Meine Damen und Herren, nun treten wir in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Die Einberufung des Landtags erfolgt gemäß Artikel 38 Absatz 4 der Landesverfassung auf Antrag der Landesregierung zu TOP 1 und 2 und auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 3.

Wir kommen zu:

**1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Nachtragshaushaltsgesetz 2009)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/8650

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich der Landesregierung, und zwar Herrn Minister Dr. Linsen, das Wort. Bitte schön.

**Dr. Helmut Linsen**, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer Welt der ständigen Veränderungen erleben wir immer neue, schwierige Herausforderungen. Vor zwei Jahren dachte noch niemand an die Finanzkrise. Irgendwo in den USA gab es Schwierigkeiten bei einer kleinen Hypothekenbank. Sie wuchsen sich aufgrund der weltweiten Verflechtungen und durch aberwitzige Finanzkonstrukte zur globalen Finanzkrise aus.

Nun sind die Probleme in der Realwirtschaft angekommen, sodass wir am Anfang der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg stehen. Die Menschen erwarten angesichts dieser Situation vom Staat zu Recht Handlungsfähigkeit. Diese haben wir bisher auch bewiesen.

Wir müssen jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, alle Kräfte bündeln und als Staat gegen die Krise tun, was wir tun können. Keiner kann derzeit sagen, wie sich diese Krise weiter entwickeln wird. Es gibt viele Unsicherheiten für die Haushaltsplanung, insbesondere bezüglich der Kalkulation der Steuereinnahmen.

Der Entwurf des Nachtragshaushalts für 2009, den ich Ihnen heute vorlege, beruht dabei auf Annahmen, die auch der Bund zugrunde gelegt hat. Bis zur Steuerschätzung im Mai dieses Jahres abzuwarten, wäre falsch; denn das Konjunkturpaket II muss zügig umgesetzt werden.

Die Bundesregierung begründet ihre Ausweitung der Nettoneuverschuldung auf nahezu das Doppelte mit der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Der Bund wird statt der geplanten 18,5 Milliarden € über 36 Milliarden € neue Schulden machen und die Kreditverfassungsgrenze überschreiten. Dies begründet er mit dem Vorliegen der Störungslage. Ich darf zitieren:

Das Vorliegen des Ausnahmetatbestandes eines gestörten gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ist angesichts der aktuellen Wirtschaftsdaten und der in die Zukunft reichenden Indikatoren eindeutig.

Meine Damen und Herren, diese Beurteilung ist zutreffend. Wir nehmen dies auch für Nordrhein-Westfalen in Anspruch.

In der Vergangenheit ist in Nordrhein-Westfalen manches Mal rein aus politischer Not die Überschreitung der Kreditverfassungsgrenze mit der Erklärung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts konstruiert worden.

Heute, im Jahr 2009, ist sie nicht konstruiert, sondern Realität. Im vierten Quartal 2008 hat sich die konjunkturelle Talfahrt deutlich beschleunigt. Die globale Wachstumsprognose des IWF ist mit 0,5 % die niedrigste seit 1945. Wesentliches Kennzeichen – auch in der historischen Rückschau – dieses Abschwungs ist, dass er mehr oder weniger synchron die gesamte Weltwirtschaft betrifft. Etwas Vergleichbares haben wir noch nicht erlebt.

Im letzten Quartal 2008 ist die deutsche Wirtschaft um 2,1 % gegenüber dem Vorquartal geschrumpft, so stark wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Für 2009 sind die Aussichten ebenfalls schlecht. Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Wirtschaft um 2,25 % schrumpft.

Es wäre kontraproduktiv, gegen diese Krise anzusparsen. Das hieße, die Abwärtskräfte zu verstärken. Damit würden die Nachfrage und die Wirtschaft insgesamt weiter geschwächt. Die automatischen Stabilisatoren müssen wirken können. Deswegen hat es keinen Sinn, die zusätzlichen Anstrengungen zur Konjunkturstärkung durch Kürzungen an anderen Stellen zu kompensieren – erst recht nicht in dieser Größenordnung. Das wäre zwangsläufig mit massiven Kürzungen in wichtigen Zukunftsbereichen wie Kinderbetreuung und Schule verbunden. So etwas wird es mit dieser Landesregierung nicht geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Deutsche Bundesbank weist in ihrem Monatsbericht für Februar 2009 ausdrücklich auf Folgendes hin – ich darf zitieren –:

In dieser Ausnahmesituation ist es vor dem Hintergrund eines weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalts vertretbar, nicht wie bei normalen Konjunkturabschwüngen allein auf die automatischen Stabilisatoren zu setzen, sondern auch aktiv finanzpolitische Maßnahmen zur Konjunkturbelebung zu ergreifen.

Es ist daher für Nordrhein-Westfalen unumgänglich, die Nettoneuverschuldung in diesem Jahr zu erhöhen. Die Nettoneuverschuldung wird im Jahre 2009 um 2,64 Milliarden € auf dann 5,61 Milliarden € steigen. Die Kreditverfassungsgrenze wird damit um 1,79 Milliarden € überschritten. Der Anstieg der Nettoneuverschuldung resultiert dabei ausschließlich aus der Summe der zu erwartenden Haushaltsverschlechterungen, die sich durch den dramatischen Konjunkturabschwung ergeben.

Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung müssen wir für das Jahr 2009 mit massiven Steuerminder-einnahmen rechnen. Der Steuerschätzung von No-vember 2008 lag noch eine Wachstumsrate von real plus 0,2 % zugrunde. Mittlerweile geht die Bundes-regierung davon aus, dass die Wirtschaft in diesem Jahr real um 2,25 % schrumpfen wird. Das wird sich massiv bei den Steuereinnahmen auswirken. Ge-genüber dem bisherigen Haushaltsansatz werden die geplanten Einnahmen für 2009 deshalb um 2,26 Milliarden € reduziert.

Darin enthalten ist auch die Erstattung der Pendler-pauschale mit einem Betrag von 500 Millionen €. Wir haben in Nordrhein-Westfalen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sehr zügig umgesetzt. In weniger als zwei Monaten wurden 2,25 Millionen Steuerfälle nachgerechnet und die erforderlichen Erstattungen veranlasst. Das spricht für die Effizienz unserer Finanzverwaltung.

Meine Damen und Herren, wir sehen auch die Not-wendigkeit, den Ansatz für den Länderfinanzaus-gleich um 200 Millionen € zu erhöhen. Damit führen auch steuerinduzierte Veränderungen zu Haus-haltsverschlechterungen. Die Ausgaben für den Länderfinanzausgleich hängen bekanntlich sowohl von der Entwicklung der Steuereinnahmen in Nord-rhein-Westfalen als auch von der Steuereinnah-menentwicklung in den anderen Bundesländern ab. Es ist zu erwarten, dass es aufgrund der Wirt-schaftskrise unterschiedliche Entwicklungen in den Ländern gibt. Die daraus folgenden Veränderungen im Finanzkraftgefüge können Zahlungsverpflichtun-gen für Nordrhein-Westfalen auslösen. Diesem Risiko beugen wir vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Finanzierung des Zukunftspaktes für die Kommunen ist das Kernstück des Nachtragshaushaltes. Wir reagieren auf die Krise, indem wir schnell und zügig das Kon-junkturpaket II umsetzen. Aus dem Investitionspro-gramm des Bundes erhält das Land Nordrhein-Westfalen 2,13 Milliarden €. Das Land und die Kommunen müssen zusätzliche Mittel im Umfang von 711 Millionen € bereitstellen.

Zur Umsetzung der Finanzhilfen des Bundes und des Landes wird ein neues Sondervermögen mit dem Namen „Zukunftsinvestitions- und Tilgungs-fonds Nordrhein-Westfalen“ gegründet. Wir folgen hier dem Beispiel des Bundes. Die Finanzierung des Landes- und Kommunalanteils erfolgt aus-schließlich über eine Kreditaufnahme des Sonder-vermögens. Die Rückzahlung ist für den Zeitraum ab 2012 für zehn Jahre vorgesehen. Ende 2021 werden diese Schulden also getilgt sein.

Die Kommunen werden ihren Anteil dabei durch einen pauschalen Abzug bei den finanzkraftunab-hängigen Zuweisungen nach dem Gemeindefinan-zierungsgesetz aufbringen. Der Eigenanteil wird dadurch erst im Wege der Abfinanzierung erbracht. Damit wird es allen Kommunen ermöglicht, Investi-

tionen aus dem Konjunkturpaket zu finanzieren. Alle Kommunen nehmen so am Konjunkturpaket teil, auch die finanzschwachen.

(Beifall von CDU und FDP)

Unser Ziel war und ist es, die Mittel für die Kommu-nen schnell, unbürokratisch und möglichst unkom-pliziert zu verteilen – und natürlich so viel wie mög-lich. Mit einer Verteilungsquote von fast 85 % ist Nordrhein-Westfalen das Bundesland, das den Kommunen den größten Anteil zukommen lässt.

(Beifall von CDU und FDP)

Kein Land, meine Damen und Herren, gibt mehr an die Kommunen weiter als wir. Das ist ein klares Signal der Kommunalfreundlichkeit, und es ist kon-sequent, weil seit eh und je ein Großteil der öffentli-chen Investitionen durch die Kommunen erfolgt. Deshalb begrüßen auch alle kommunalen Spitzen-verbände in Nordrhein-Westfalen das Vorgehen der Landesregierung.

Leider hat der Bund an vielen Stellen Hürden auf-gebaut, die eine unkomplizierte Mittelweiterleitung erschweren. Natürlich hätten wir uns ein Verfahren mit weniger Bürokratie gewünscht. Vorgestern ha-ben sich die Länderfinanzminister mit dem Bundes-finanzminister auf letzte, aber entscheidende Ein-zelheiten geeinigt. So zum Beispiel: Was ist wirklich zusätzliche Investition?

Die Mittel müssen schnell verwendet werden, damit die Impulse jetzt gesetzt werden können – im Inte-resse der Kreise, Städte und Gemeinden, im Inte-resse der Wirtschaft unseres Landes und damit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die vergange-nen guten Jahre für unser Land konsequent ge-nutzt, um zu konsolidieren und in die Zukunft zu investieren. 92 % der verfügbaren Steuermehrein-nahmen haben wir seit 2006 in die Rückführung der Nettoneuverschuldung gesteckt und darüber hinaus 2,3 Milliarden € Reserven für Pensionszahlungen und Finanzmarkt- bzw. Bankrisiken gebildet. Da-durch gehen wir die Krise aus einer Position der Stärke an. Wir müssen in der Krise Handlungsfä-higkeit beweisen, auch wenn dabei die Nettoneu-verschuldung wieder stark steigt. Wir wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gestärkt aus dieser Krise herauskommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Und wir dürfen die Zukunft nicht aus dem Blick ver-lieren. Dass wir mit dem Nachtrag die Grundlage für die Einrichtung von 10.400 zusätzlichen U3-Plätzen schaffen, zeigt: Wir gehen die aktuellen Herausfor-derungen schnell und entschlossen an.

Unser Blick, meine Damen und Herren, ist weiter nach vorne gerichtet. Die Schuldenbremse muss kommen, damit wir nach den immensen Haushalts-

belastungen der Jahre 2009 und, wie ich meine, auch 2010 wieder auf den Konsolidierungspfad zurückfinden. Denn der allein ist gegenüber den nachwachsenden Generationen verantwortlich. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Dr. Linssen. – Für die SPD spricht nun Frau Walsken.

**Gisela Walsken (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland befindet sich wie viele andere Länder auch aufgrund der internationalen Banken- und Finanzkrise in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Der langjährige Aufschwung ist deutlich zu Ende. Für dieses Jahr wird ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um 2,25 % erwartet. In dieser Lage ist es richtig, alle Kräfte zu bündeln, um die Folgen der Wirtschaftskrise abzumildern.

Deshalb ist es auch richtig, dass Bundesfinanzminister Steinbrück mit zwei zielgerichteten Konjunkturpaketen aktiv gegen diese Krise steuert und dafür sorgt, dass in den Kommunen jetzt Impulse für mehr Investitionen im Bereich Bildung und Infrastruktur ankommen. Wir begrüßen eine schnelle und zielgerichtete Umsetzung des Paketes II in unserem Land und werden das Verfahren dazu positiv begleiten.

Meine Damen und Herren, der heute vorgelegte Nachtragshaushalt macht allerdings wieder erschreckend und erneut deutlich, wie plan- und ziellos die Landesregierung auch in der Finanzkrise operiert. Bis zum heutigen Tag gibt es kein eigenes, spezifisches Konjunkturpaket für Nordrhein-Westfalen, während andere Bundesländer – ich nehme gerne Baden-Württemberg, Ministerpräsident Oettinger und Finanzminister Stächele – schon während der laufenden Haushaltsplanberatungen vor Karneval die entsprechende Umsetzung des Paketes II vollzogen und ein eigenes Paket vorgelegt haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hier in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, haben wir uns mit den Verkehrseskapaden des zurückgetretenen Verkehrsministers befasst. Die Koalition hat sich in dieser beispiellosen Krise damit beschäftigt, über das Abstimmungsverhalten zum ersten Berliner Konjunkturpaket zu diskutieren. Das zeigt deutlich, wie wenig die Landesregierung auf diese Krise vorbereitet ist.

(Beifall von der SPD)

Und, meine Damen und Herren, noch eins wird heute erschreckend deutlich: Der Finanzminister hat in den letzten fast vier Jahren guter Konjunktur mit sprudelnden Steuerquellen keinerlei Vorsorge ge-

troffen. 7,5 Milliarden € Steuerermehreinnahmen, zusätzliche Steuereinnahmen sind im Landeshaushalt versickert. Der Geschäftsführer eines Unternehmens müsste jetzt den Hut nehmen, wo klar ist, dass in der Krise kein einziger Euro verfügbar ist, nicht mal eine Rücklage für schlechte Zeiten existiert.

Ganz im Gegenteil, meine Damen und Herren: Die Schulden sollen höher ausfallen als die tatsächlich zu erwartenden Steuermindereinnahmen – eine ungläubliche Trickserei des ehemals eisernen Helmut!

(Beifall von der SPD)

Denn wer genau hinsieht, stellt fest, dass drei Wochen nach der Verabschiedung des Haushaltspaketes eine Vielzahl von Haushaltsveränderungen unter dem Deckmantel der Finanzkrise quasi unbemerkt schuldenfinanziert durchlaufen soll. Das werden wir nicht mitmachen.

(Beifall von der SPD)

Wer jetzt im Land glaubt, der Finanzminister finanziere mit den Schulden das Konjunkturpaket, der irrt, meine Damen und Herren. 2,13 Milliarden € aus Berlin fließen direkt in den Haushalt hinein und wieder heraus in den Fonds; wir werden gleich darüber diskutieren. Nur ein kleiner Anteil, der Pflichtanteil des Landes, wird fällig. Hier soll im Windschatten der Finanzkrise aus Krediten finanziert, also schuldenfinanziert, ein Polster für andere Zwecke angelegt werden.

Dazu möchte ich nur einige Beispiele herausgreifen, meine Damen und Herren: Das erste Beispiel hat der Finanzminister selbst angesprochen, den Länderfinanzausgleich. Vor drei Wochen haben wir noch im Parlament gehört, dass Nordrhein-Westfalen aufgrund der Entwicklung zum Nehmerland geworden ist und wir deshalb kein Geld mehr in den Finanzausgleich einstellen. Mittlerweile werden dort wieder 200 Millionen € angesetzt, und das in der Wirtschaftskrise. Ich halte das für ein ganz gezielt angelegtes, schuldenfinanziertes Finanzpolster.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der zweite Punkt betrifft die Kraftfahrzeugsteuer. Wenn ich richtig unterrichtet bin, wird im Vermittlungsausschuss in Berlin zurzeit über die Kraftfahrzeugsteuer verhandelt. Es wird verhandelt, wie die Übertragung der Ertragskompetenz auf den Bund für die Länder finanziell ausgeglichen werden soll. Der Vermittlungsausschuss wird entscheiden. Bis jetzt ist nichts klar. Trotzdem setzt der Finanzminister in dieser Situation, obwohl er uns hier immer erklärt hat, er nehme nur dann Dinge in den Etat auf, wenn diese auch etatreif seien, Steuermindereinnahmen von 925 Millionen € ab. Die Kfz-Steuer ist bis heute nicht etatreif. Ein weiteres Polster von 925 Millionen €, meine Damen und Herren!

Und der letzte Punkt – das ist hochinteressant –: Das Erste, das der Landesregierung im Paket als Antwort auf die Finanzkrise einfällt ist, neue Stellen in der Ministerialbürokratie zu schaffen. Das kennen wir. So ist die Landesregierung schon 2005 gestartet. Diesmal brauchen wir 38 zusätzliche Stellen im höheren und gehobenen Dienst, um die Konjunkturpakete umzusetzen. Ich frage, meine Damen und Herren: Was ist eigentlich aus PEM geworden? Was ist aus den Arbeitsplätzen geworden, die wir bei PEM angesiedelt haben mit Personal, das wir angeblich anders verwenden wollten? Wo sind Ihre Antworten darauf?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Viele der Zuhörerinnen und Zuhörer werden wenig Verständnis dafür haben, insbesondere diejenigen nicht, die von Arbeitsplatzverlusten in der Automobil- und Stahlindustrie betroffen sind, wenn wir als Erstes neue Stellen in der Ministerialbürokratie schaffen.

Meine Damen und Herren, mit diesem Nachtrag sollen im Windschatten der Wirtschafts- und Finanzkrise Polster für 2010 angelegt werden, die mit Krediten jenseits der Verfassungsgrenze bezahlt werden sollen. Das riecht streng nach Wahlkampf-vorbereitung. Deshalb, meine Damen und Herren: ein Ja zum Investitionspaket, ein Nein zu diesen verschleierten Haushaltsberatungen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Walsken. – Für die CDU spricht nun der Kollege Klein.

**Volkmar Klein (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir diesen Nachtragshaushaltsplan heute so schnell in erster Lesung im Parlament beraten können.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das hätten wir auch vor zwei Wochen haben können, Herr Kollege!)

Es ist richtig, dass die Koalition schnell handelt – aber nicht vorschnell, wie Kollege Groth gerade noch einmal angemahnt hat.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

Denn wir haben eben vom Finanzminister gehört, dass letzte Abstimmungen in Berlin gerade erst abgeschlossen worden sind. Jetzt wird dieser Nachtragshaushalt vorgelegt. Die Koalition hat sogar einen Beratungsfahrplan angeregt, mit dem die Verabschiedung bis zum 18./19. März 2009 zu schaffen gewesen wäre.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Wir verstehen natürlich, dass Minderheitenrechte berücksichtigt werden müssen. Und es ist natürlich immer noch sehr schnell, wenn wir diesen Nachtragshaushaltsplan Anfang April beschließen können.

Der Beitrag von Frau Kollegin Walsken hat mich gerade ein bisschen irritiert, weil sie so tut, als ob sie irgendeine versteckte Information aus diesem Haushaltsentwurf herausgeholt hätte, die bislang noch keinem aufgefallen wäre. Dass es 2,644 Milliarden € an zusätzlichen Krediten gibt, stellt überhaupt keiner infrage. Beim genaueren Lesen wird einem aber deutlich, dass es sich dabei genau um das handelt, was der Finanzminister mit dem Wirken der automatischen Stabilisatoren bezeichnet hat. Das Wesentliche sind steuerbedingte Einnahmeausfälle, nämlich 2,26 Milliarden €.

Frau Walsken hat eben versucht, uns einen Bären aufzubinden, indem Sie sagte, es würde ein Polster angelegt. Sie hat auch noch erwähnt, dass 935 Millionen €

(Gisela Walsken [SPD]: 925!)

– 935,9 Millionen € – an Zuweisungen des Bundes als Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuererträge zufließen, die irgendwo angelegt sind. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Denn im Haushaltsentwurf steht, dass wir Einnahmeausfälle in Höhe von 3,195 Milliarden € erwarten. Dann werden die Zahlungen des Bundes gegengerechnet. Trotzdem müssen wir erwarten, dass wir 2,26 Milliarden € weniger einnehmen. Wie man daraus konstruieren kann, es würde sozusagen ein Wurstvorrat angelegt, bleibt ein Geheimnis von Frau Kollegin Walsken.

Im Gegenteil: Wir müssen aufgrund der konjunkturellen Situation jetzt feststellen, dass wir einfach weniger Steuern einnehmen. Auf der anderen Seite müssen wir mehr Geld ausgeben. Das liegt sicherlich auch an komplizierten Zusammenhängen, die hier erwähnt sind.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Wo geben Sie denn mehr aus? Sie geben überhaupt nicht mehr aus! Sie geben keinen Euro zusätzlich an Investitionen aus!)

– Stichwort Familienleistungsausgleich, Kollege Groth.

Ich wollte aber etwas zum Länderfinanzausgleich sagen,

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist auch ein Hammer!)

bei dem Frau Kollegin Walsken aus ihrer Erkenntnis heraus erklärt hat: Früher haben wir das eher tiefer angesetzt; jetzt sollen wir wieder etwas draufpacken.

(Gisela Walsken [SPD]: Vor drei Wochen noch!)

Die Realität ist halt einfach so. Das liegt vor allen Dingen am Steueraufkommen des Bundeslandes Hessen. Das wissen Sie auch. Weil die Banken besonders gebeutelt sind und eben keine hohen Steuern mehr bezahlen,

(Gisela Walsken [SPD]: Uns auch nicht! Das gilt für NRW genauso!)

ist die Geberposition des Landes Hessen nicht mehr so ausgeprägt wie in der Vergangenheit. Deswegen muss Nordrhein-Westfalen wieder mehr in den Länderfinanzausgleich zahlen. Das ist Realität! Sie können doch nicht behaupten, hier würde irgendein Wurstvorrat angelegt. Das ist ziemlicher Unsinn.

Wir haben im Endergebnis leider eine Nettokreditaufnahme von 5,6 Milliarden €. Ich würde aber auch sagen: nur, trotz der Krise. Denn früher hatten rot-grüne Regierungen eine stabile viel stärkere Neuverschuldung, und zwar ohne Krise. Das ist der Skandal!

(Beifall von CDU und FDP)

Weil die Neuverschuldung der Jahre 2003, 2004 und 2005 von stabil 6,6 Milliarden €, 6,7 Milliarden € und 6,8 Milliarden € im letzten Jahr auf Null reduziert worden ist, wenn man die Bankenvorsorge herausrechnen würde, verfügen wir heute doch überhaupt erst über den Spielraum zum Handeln. Deswegen können wir diesen Haushaltsplan so guten Gewissens beschließen.

Ich will noch zwei weitere Punkte aufgreifen, die mir wichtig sind. Zum einen – aber das ist im Land, glaube ich, allgemein klar – wissen wir als CDU, wie wichtig die Kommunen in unserem Land sind.

(Lachen von Gerd Stüttgen [SPD])

Das ist kein Wunder, denn wir sind die kommunal breit verwurzelte Partei.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ach, du heiliges Kanonenrohr!)

Keiner verliert die Identität, mit der er hierhergekommen ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Viele Kollegen – so wie ich als früherer Bürgermeister – bringen ihre kommunale Identität mit.

(Britta Altenkamp [SPD]: Kollege Klein, jetzt wird es aber langsam Zeit, dass Sie in den Bundestag kommen!)

Deswegen möchte ich betonen: Es ist ein guter Tag für die Kommunen in unserem Land, wenn wir heute im Haushaltsgesetz festschreiben, was politisch schon kommuniziert worden ist, dass nämlich bei uns 84 % der Mittel aus dem Konjunkturpaket in die Kommunen fließen. Das ist eine Tatsache, die man nicht oft genug betonen kann.

(Beifall von der CDU)

Andere Länder sind bei 70 %. In Nordrhein-Westfalen gehen gerade einmal 464 Millionen € für Einrichtungen des Landes, also für die Universitäten, an das Land. Deswegen ist es eine Mär, vom Finanzminister mit den klebrigen Fingern zu sprechen. Auch bei der späteren Abfinanzierung wird dieser Anteil sogar sorgfältig herausgerechnet. Und die Kommunen zahlen tatsächlich nur zur Hälfte ihren Anteil an den 25 % Kofinanzierung durch das Land. Das ist eine gute Sache für die Kommunen, die sich weiterhin auf diese Koalition verlassen können.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte hinzufügen, dass wir als Koalition und als Christdemokraten, auch wenn dieses Geld in die Kommunen fließt, nicht nur an staatliche oder an kommunale Strukturen denken. Der CDU-Landtagsfraktion war es von vornherein sehr wichtig, dass wir bei den Mitteln für Bildung und Weiterbildung, die in die Kommunen fließen, auch die freigemeinnützigen und kirchlichen Träger berücksichtigt wissen wollen. Das ist uns bei dem Gesetzentwurf äußerst wichtig; alles andere wäre schädlich gewesen.

Frau Kollegin Walsken hat eben völlig zu Recht betont, dass angesichts der Krise die Kräfte zu bündeln seien. Ich hoffe, dass auf allen Seiten dieses Hauses der Blick über den Horizont dieser Beratungen hinausreicht und allgemein festgestellt wird, dass angesichts der Krise Zusammenstehen gebraucht wird. Auf die Herausforderung sollten wir gemeinsam antworten.

Die Leute wollen kein Gezänk. Insofern wäre es gut, wenn wir diesen Nachtragshaushaltsplan als breiten Konsens in diesem Haus schnell beschließen könnten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Klein. – Für die FDP spricht nun die Kollegin Freimuth.

**Angela Freimuth (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Fastenzeit wurde mir zu viel über Wurstvorräte gesprochen, die ich im Übrigen inhaltlich hierbei nicht erblicke.

Mit dem vorliegenden ersten Nachtragshaushalt für das Jahr 2009 werden die Auswirkungen des zweiten Konjunkturpakets des Bundes sowie die aufgrund der Konjunktur- und Wirtschaftsschwäche in verminderter Höhe zu erwartenden Steuereinnahmen auf den nordrhein-westfälischen Landeshaushalt abgebildet.

Des Weiteren werden die erforderlichen Steuer-rückzahlungen, die sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale ergeben und die bereits zu fast 100 % an die Bürger

rinnen und Bürger zurückgezahlt worden sind, ebenfalls haushalterisch umgesetzt.

Und mit diesem Nachtragshaushalt werden neue Akzente etwa beim Ausbau der U3-Betreuung gesetzt.

Das Land hat in Rekordzeit im Einvernehmen – meine Damen und Herren, das wissen Sie auch – mit den Kommunen über die Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturprogramm II entschieden. Außer Niedersachsen ist noch kein anderes Bundesland so weit wie wir. Eine schnelle Verteilung und Verwendung der Mittel sind uns besonders wichtig. Ein bedeutender Teil des Konjunkturpakets ist aus meiner Sicht, dass wir uns mit den zusätzlichen Investitionen schnell und tatsächlich gegen die Krise stemmen können.

Deswegen führen wir die heutige Debatte in einer eigens von der Landesregierung zu diesem Tagesordnungspunkt beantragten Sondersitzung des Landtags.

(Zuruf von Michael Groschek [SPD])

Meine Damen und Herren, wir werden das Konjunkturpaket und den Nachtragshaushalt, mit dem wir die notwendigen landesrechtlichen haushalterischen Voraussetzungen schaffen, in einem hoffentlich zügigen Beratungsverfahren in diesem Parlament behandeln, damit wir den Kommunen so schnell wie möglich die Mittel bereitstellen können, um die notwendigen Investitionen zu tätigen.

Ich will kein Geheimnis daraus machen, auch wenn ich die Entscheidung der Kollegen der Opposition respektiere: Aus unserer Sicht hätten wir diese Entscheidung im Parlament bereits in 14 Tagen treffen und damit die Voraussetzungen für die Mittelverwendung durch die Kommunen schaffen können.

Meine Damen und Herren, ich will nicht verhehlen, dass die FDP einige grundsätzliche Bedenken in Verbindung mit dem Konjunkturpaket II des Bundes hat. Denn bei einem Gesamtvolumen von 50 Milliarden € werden gerade einmal 3 Milliarden € den Bürgerinnen und Bürgern als Entlastung zuteil.

Wir haben im Ergebnis diesem Konjunkturpaket dennoch unsere Zustimmung gegeben, weil die Mittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm insbesondere unsere Bildungseinrichtungen und unsere Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen voranbringen. Dabei geht es um Bereiche, die für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes nachhaltig wichtig und entscheidend sind.

In den Zeiten der Vorgängerregierung wurde es bei vielen Punkten verbummelt, etwas zu tun. Damals hatten wir einen riesigen Investitionsstau zu verzeichnen. Meine Damen und Herren, damit können wir jetzt wenigstens einen Teil dieses Investitionsstaus abbauen.

Ich will auch nicht verhehlen, dass wir positiv verbuchen, dass unter dem Eindruck der enormen Gesamtneuverschuldung durch das Konjunkturpaket II ein gewisser Druck entstanden ist. In Aussicht steht, dass die Einigung der Föderalismuskommission II auf konkrete Regelungen zur Schuldenbegrenzung tatsächlich umgesetzt wird.

Wir sollten die Chance nutzen, in Nordrhein-Westfalen die Debatte über wirksame Regeln zur Begrenzung der Neuverschuldung erneut und sehr intensiv zu führen. Dazu hat es schon viele Ansätze gegeben. Ich glaube, es ist jetzt an der Zeit, diese Debatte mit Ernsthaftigkeit und Konsequenz zu einem Ergebnis zu führen.

(Beifall von der FDP)

Keinesfalls, meine Damen und Herren, halte ich die populistische Debatte, die von den Kollegen von SPD und GRÜNEN angestrengt wird, für zielführend. Die neuen Schulden, die dieser Nachtragshaushalt leider – das sage ich ausdrücklich – enthält, sind bedauerlich, angesichts der Wirtschaftssituation, in der wir uns befinden, aber unvermeidlich. Wer diese Schulden kritisiert, muss Alternativen aufzeigen. Hierzu haben wir bedauerlicherweise von der Opposition nichts gehört.

Zur Konzeption des Nachtrags gehört es, die durch das Konjunkturpaket entstehenden Kosten eben nicht durch Einsparungen an anderer Stelle zu kompensieren. Ich möchte begründen, weshalb ich ausnahmsweise davon überzeugt bin, dass es richtig ist, in dieser Situation die wegbrechenden Steuereinnahmen nicht durch Einsparungen zu kompensieren.

Die Experten sagen hierzu: Wir lassen die automatischen Stabilisatoren wirken. Unabhängig davon, wie man im Detail oder überhaupt zu Konjunkturprogrammen steht – wir hatten hier im Parlament ja mehrere Debatten, in denen ich durchaus die eine oder andere differenzierte Anmerkung dazu gemacht habe –, können Konjunkturprogramme überhaupt nur dann wirken, wenn zusätzliche Mittel tatsächlich investiert werden. Ansonsten ändert sich an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage überhaupt nichts, und man hätte besser nichts gemacht.

Wer – dies gilt insbesondere für die, die auf Bundesebene diese Konjunkturprogramme selber aktiv mittragen – jetzt die höheren Schulden kritisiert, hat das Prinzip des Konjunkturprogrammes leider nicht verstanden.

Die Landesregierung und die sie unterstützenden Fraktionen von CDU und FDP werden in dieser Frage auch den Empfehlungen in dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage folgen.

Wie unseriös die Vorwürfe der Oppositionsfraktionen sind, erkennt man leicht daran, dass beide

Fraktionen unisono die Landesregierung wegen der neuen Schulden auf das Schärfste verurteilt haben und andererseits nicht müde werden zu kritisieren, dass es kein eigenes Konjunkturprogramm des Landes gibt.

Meine Damen und Herren, einem eigenen Mini-Konjunkturprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen, mit dem wir noch die eine oder andere Milliarde mehr an Schulden machen – in Klammern: machen müssten – und dessen Effekt aufgrund der Tiefe der Rezession kaum spürbar sein dürfte, erteilen wir auf jeden Fall eine Absage. Denn wenn wir uns über die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts unterhalten – und in der Tat muss man in dieser Situation von einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts reden –, dann muss man auch in gleicher Weise im Blick halten, ob die dafür aufgenommenen Kreditmittel tatsächlich effizient eingesetzt werden, um die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts auch wirksam zu bekämpfen.

Meine Damen und Herren, ich will noch auf einige Punkte eingehen, die gerade in der Debatte eine Rolle gespielt haben.

Hier sind die 38 neuen Stellen zur Bewältigung der Aufgabenflut aus dem Konjunkturpaket II kritisiert worden. Anders als zu früheren Zeiten geht die Landesregierung mit diesem Sachverhalt und angesichts der anfallenden Arbeit mit den Beschäftigten und auch mit der Öffentlichkeit aufrichtig um.

Wir haben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren unter unterschiedlichen politischen Verantwortungen sehr viel abverlangt. Bis 2010 werden wir 12.000 kw-Vermerke realisiert, also nicht nur ausgebracht haben. Im Ergebnis sind das 12.000 Stellen weniger in der inneren Landesverwaltung.

Alle Ressorts haben ihren Beitrag zu einer 1,5%igen Personaleinsparvorgabe zu erbringen.

Wenn es jetzt mehr zu tun gibt – immerhin müssen mehr als 2,8 Milliarden € in einem geordneten Verfahren ihrem Verwendungszweck zugeführt werden –, dann halte ich es auch für legitim, gerade aufgrund der schon angesprochenen komplexen Vorgaben des Bundes in einem moderaten Rahmen den Stellenplan befristet für die Dauer der Verteilung auszuweiten. Anstatt die Bürokratie grundsätzlich zu erweitern, nehmen wir Verstärkungen gezielt da vor, wo es notwendig ist, und nur so lange vor, wie es notwendig ist.

Dass das nicht außergewöhnlich ist, zeigt sich unter anderem daran – darauf darf ich an dieser Stelle hinweisen –, dass das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, das zur Bearbeitung der Anträge für die Abwrackprämie zuständig ist, vorübergehend 70 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellt. Bei der niedersächsischen Landesregierung sind es zur Umsetzung des Konjunkturpaketes sogar 105 neue Stellen.

Ferner will ich auf den Vorwurf eingehen, wir hätten in besseren Zeiten alle Steuereinnahmen ausgegeben und keine Vorsorge für zukünftige Risiken betrieben. – Meine Damen und Herren, das ist doch der absolute Aberwitz. Das Gegenteil ist der Fall: In den Jahren von 2006 bis heute haben wir über 3 Milliarden € für die Vorsorge für künftige Risiken zurückgelegt.

Unter Rot-Grün war Vorsorge ein unbekanntes Wort. Zur Einrichtung der Versorgungsrücklage, also der Abfederung der Pensionsverbindlichkeiten, die auf das Land wie eine Lawine zurollen ...

(Zuruf von der SPD)

– Kollege, das ist Fakt. Die rollt auf uns zu, und wir treffen entsprechende Vorsorge für jeden getroffen. Für jeden neu zu ernennenden Beamten werden Monat für Monat 500 € in diesen Pensionsfonds eingestellt.

Meine Damen und Herren, wir haben auch die guten Steuereinnahmen des vergangenen Jahres zur Risikovorsorge genutzt, nämlich zur Absicherung der Risiken der Geschäfte der WestLB – ich will die Debatte an dieser Stelle nicht wiederholen – und natürlich auch der erforderlichen Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen am Finanzmarktstabilisierungsfonds. Dafür haben wir 1,3 Milliarden € zurückgestellt, um eben spätere Belastungen für nachfolgende Haushaltsgesetzgeber und nachfolgende Generationen zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, in der Krise bleiben wir auf Kurs, und der heißt: Konsolidieren und Investieren. Die neuen Schulden sind aus meiner Sicht leider nicht zu vermeiden, aber wir werden genauso kontinuierlich wie bislang daran arbeiten, den Haushalt strukturell in Ordnung zu bringen. Wir hatten angesichts der Verabschiedung des Landeshaushaltes 2009 bereits darauf hingewiesen, dass wir, hätten wir diese besonderen Rückstellungen für im Grunde schon bestehende Verbindlichkeiten nicht treffen müssen, bereits mit einem Haushaltsplus abgeschnitten und einen ausgeglichenen Haushalt hätten vorweisen können. Das ist etwas, was Sie in all Ihren Jahren nicht geschafft haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir konsolidieren und investieren. Wenn ich sage „wir investieren“, dann investieren wir in das kostbarste Gut, das wir haben, nämlich in die Menschen in unserem Land.

Meine Damen und Herren, es wäre noch vieles anzuführen, insbesondere, dass die Forderung der FDP nach einem privaten Konjunkturprogramm durch Abbau von Bürokratie und staatlichen Investitionshemmnissen bei der sogenannten Großen Koalition in Berlin leider so wenig Gehör gefunden hat. Ein solches Konjunkturprogramm kostete die Steuerzahler keinen Cent. 90 % aller Investitionen in Deutschland sind privat. Hier könnte durch einfa-

che Deregulierungsmaßnahmen ein enormes Potenzial, etwa beim Flughafenausbau oder in der Energiewirtschaft, freigesetzt werden. Ohne die Freisetzung zusätzlicher privater Investitionen werden im Übrigen die staatlichen Maßnahmen möglicherweise nicht die Wirkung entfalten können, die sich manche erhoffen und von denen wir alle wünschen, dass sie auch tatsächlich eintreten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Kollege Groth.

**Ewald Groth<sup>\*</sup>** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will jetzt nicht auf die Gründe eingehen, weshalb wir heute über den Nachtragshaushalt beraten. Dass Sie sich, nachdem klar geworden war, dass die Oppositionsfraktionen eine Sondersitzung des Plenums wegen eines gesonderten Termins für die Kommunalwahlen beantragen wollten, schnell mit zwei Punkten in der Tagesordnung vor unseren Tagesordnungspunkt gesetzt haben, wird wie Ihre ganzen Trickereien auch nachher noch eine Rolle spielen.

Ich will Ihnen einfach noch einmal sagen, wie ich die Situation einschätze und dass diese Einschätzung von vielen im Land geteilt wird. Sie haben schon in guten Zeiten schlecht regiert. Zwei Fakten dazu: höchster Schuldenstand aller Zeiten in Nordrhein-Westfalen und höchster Ausgabenstand aller Zeiten in Nordrhein-Westfalen.

Trotz aller Schulden und Ausgaben aber ist das Ganze sozialökologisch voll daneben und wirtschaftspolitisch unzureichend, denn Sie geben keinen einzigen Euro für Neuinvestitionen aus, wollen uns das hier jedoch glauben machen. Uns können Sie das sowieso nicht glauben machen, denn fest steht: Es gibt aus dem Landeshaushalt keinen einzigen Euro für Neuinvestitionen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nicht deshalb also wird die Verschuldung steigen. Das müssen Sie der Öffentlichkeit auch sagen. Da müssen Sie ehrlich bleiben.

Sozialökologisch voll daneben: Ich sage nur KiBiz, Mittagessen, Ganztagsbetreuung, Versorgung mit Lehrern, Studienplätze, die wir nicht haben, Verbraucherschutz, Lebensmittelkontrolle usw. – die Aufzählung könnte man fortsetzen –, und das alles bei Steuererhöhungen

(Zuruf von der Regierungsbank)

– Herr Minister, hören Sie gut zu, denn das verantworten Sie ja mit; das verantworten nicht nur der Finanzminister und der MP, sondern Sie sitzen mit im Kabinett – von 6 Milliarden im Vergleich zu 2004.

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: 6 Milliarden Mehreinnahmen – aber nur für ein Jahr, meine Damen und Herren, nicht, dass Sie glauben, das wären die gesamten Mehreinnahmen. Wenn man das einmal für die Jahre 2006 bis 2009 summiert, sind das fast 24 Milliarden, die die Landesregierung in guten Zeiten mehr an Geld zur Verfügung hat. Sie ist trotzdem nicht in der Lage, einen sozialökologisch vernünftigen Haushalt aufzustellen und ist nicht in der Lage, wirtschaftspolitisch und konjunkturpolitisch die richtigen Zeichen in solch schwieriger Zeit zu setzen. Das, meine Damen und Herren, nenne ich konzeptionslos!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Zusätzlich haben Sie alle Versprechen finanzpolitischer Art, die Sie dazu gegeben haben, gebrochen. Ich nenne nur zwei. Die Beschäftigten werden weiter gerupft – da haben Sie damals auch etwas anderes versprochen. Und Sie hatten gesagt, dass Sie die Nettoneuverschuldung sehr viel intensiver zurückführen würden. Sie behaupten immer noch, dass Sie mehr als die Hälfte der Steuererhöhungen dafür verwandt hätten. Das RWI spricht eine ganz andere Sprache und redet von nur ungefähr 30 %.

Was haben Sie also geschafft? Den höchsten Schuldenstand, den höchsten Ausgabenstand, und Sie haben die Nettoneuverschuldung nicht so zurückgeführt, wie Sie es immer versprochen haben.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Schon bei Sonnenschein, den Sie nicht verdient hatten, haben Sie schlecht regiert. Jetzt, wo das unverdiente Glück langsam aussetzt, neigen Sie noch zur Intransparenz.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie müssen den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen das ganze Ausmaß der Tragödie vermitteln. Ich habe Sie, Herr Finanzminister, schon im Dezember aufgefordert: Machen Sie sich endlich ehrlich! Sagen Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen, wie schlecht es um dieses Land bestellt ist. – In den letzten Tagen habe ich die Nachricht bekommen, dass wir endgültig zum Nehmerland geworden sind. Wir zahlen nicht mehr in den Bundesländer-Finanzausgleich ein. Es ist eine Finte, jetzt noch einmal 200 Millionen € dafür einzusetzen. Wir sind während Ihrer Regierungszeit jedenfalls im Gesamtzug der Länder zurückgefallen. Sie müssen ehrlich sagen, was Sie getan haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Jetzt ist das unverdiente Glück am Ende. Schon im Dezember haben wir an Sie appelliert, zu den Menschen ehrlich zu sein und ihnen vor Augen zu führen, was auf sie zukommt. Schon damals hatten Sie eine Ergänzungsvorlage für den Haushalt 2009 angekündigt, Herr Finanzminister. Die ist dann gar nicht vorgelegt worden. Sie hatten bereits im De-

zember eine Ergänzungsvorlage angekündigt, weil schon damals klar war, dass Sie mindestens die 500 Millionen € Pendlerpauschale etatisieren mussten.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Was?)

Damit kommen Sie uns jetzt im Nachtragshaushalt.

Seinerzeit schon hatten wir gesagt: Es ist nicht nur die Pendlerpauschale. Wir wissen auch, dass die Wirtschaftsleistung zurückgeht. Wir wissen, dass es Steuermindereinnahmen geben wird. Wir wissen, dass wir bei KiBiz mehr Geld brauchen. Wir wissen, dass man für den Fachhochschulausbau – auch wenn wir ihn fachpolitisch für falsch halten – auf jeden Fall mehr Geld braucht, was Sie ja jetzt auch etatisiert haben. Das wussten wir alles.

Wir hatten Ihnen die Hand gereicht – jedenfalls ausgestreckt hatten wir sie – und vorgeschlagen: Lasst uns das alles und auch das, was das Konjunkturpaket II bringt – auch wenn die Summen im Einzelnen noch nicht stehen –, in einer Ergänzungsvorlage umsetzen. Wären wir so verfahren, dann wären wir vor drei Wochen mit diesem Verfahren fertig gewesen. Vor drei Wochen wären wir schon fertig gewesen! Dazu waren Sie nicht in der Lage.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Da wollten Sie den Menschen noch nicht ehrlich sagen, was auf sie zukommt.

Heute wird offenbar, dass Sie die Nettoneuverschuldung im Vergleich zu 2008 verfünffachen. Sie verfünffachen innerhalb von einem Jahr die Nettoneuverschuldung! Sie verfünffachen sie! Meine Damen und Herren, noch im Haushaltsentwurf ...

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Nein, zum Haushalt hören Sie das nicht gern. Aber die Sonne ist untergegangen, Herr stellvertretender Ministerpräsident, und jetzt kommt Ihnen auch der Wind entgegen. Schon mit dem Haushaltsentwurf hatten Sie die Nettoneuverschuldung verdreifacht. Im Gegensatz zum letzten Jahr ist es jetzt mit dem Nachtrag sogar eine Verfünffachung.

Meine Damen und Herren, ich nenne das ein Fiasco. Ich glaube, wir hätten eine andere Landesregierung verdient.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir haben stattdessen den Haushalt 2009 vor knapp zweieinhalb Wochen hier in diesem Hohen Hause verabschiedet. Wir haben Ihnen vorher gesagt: Das ist Makulatur. Was darin steht, ist Quatsch. – Jeder konnte es wissen. Sie wussten es. Jeder wusste es, der etwas davon versteht. Jetzt sitzen wir hier heute wieder, und Sie wollen den Eindruck vermitteln, als seien Sie eine kräftige Regierung und würden zeitnah reagieren. Mindestens

drei Wochen sind Sie zu spät. Sie sind vor allen Dingen intransparent und lassen die Menschen erst sehr verspätet wissen, wie groß das Ausmaß der Tragödie in Nordrhein-Westfalen wirklich ist.

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Wir strecken Ihnen auch dieses Mal, ein zweites Mal, die Hand entgegen zu einem beschleunigten Verfahren für diesen Nachtrag. Innerhalb von vier Wochen kann man zu einem Ergebnis kommen. Allerdings wollen wir es nicht ganz ohne das Parlament, Frau Kollegin Freimuth, tun. Ganz einfach durchwinken geht nicht.

In diesem Nachtragshaushalt sind auch fachliche Dinge vermengt worden, die beraten werden müssen. Wir brauchen zumindest eine kurze Anhörung und auch eine Beratung in dem einen oder anderen Fachausschuss. Aber das kann man innerhalb von vier Wochen erledigen. Wir müssen das nicht innerhalb von zwei Wochen schaffen; denn damit würde sich das Parlament praktisch selbst abschaffen, für absurd erklären. Es gibt durchaus einiges zu beraten.

Wir brauchen eine kritische Anhörung, zum Beispiel zum Fachhochschulausbau. Wir haben Ihnen von Anfang an gesagt: Das ist falsch. Richten Sie Studienplätze an den Fachhochschulstandorten ein, die wir schon haben. Das geht schnell, das ist kostengünstig. – Stattdessen brauchen Sie jetzt mehr Geld für neue Standorte, und die Fachhochschulstudienplätze sind erst 2013 da, wenn der Peak derjenigen, die Studienplätze suchen, gerade erreicht ist und die Zahl wieder heruntergeht. Es mag sein, dass der Druck auf die Studienplätze 2013/2014 nicht mehr so groß ist. Aber es ist jedenfalls nicht richtig für 2009, für 2010, für 2011 und auch nicht für 2012. Sie kommen mit dem Ausbau viel zu spät. Sie müssten sehr viel schneller handeln. Das haben wir Ihnen auch gesagt, aber Sie wollen nicht hören.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Auch beim KiBiz hatten wir Ihnen gesagt, dass Sie mehr Geld brauchen werden. Nun beraten wir das im Nachtragshaushalt.

Dass Sie jetzt auch noch die 1 Million € für die Obdachlosen einstellen, ist irgendwie auch nett. Noch vor zwei Wochen haben Sie gesagt, das sei absolut unnötig, da gebe es überhaupt keinen Bedarf, das sei absurd. Ich erinnere mich noch, wie Herr Klein – jetzt ist er geflüchtet – hier als Finanzfachpolitiker gestanden und sich über die Obdachlosenpolitik ausgelassen hat. Wir sind trotzdem nicht einverstanden, meine Damen und Herren. Wir sind einverstanden, dass das im Nachtragshaushalt bleibt, dass das etatisiert wird, aber nicht so, wie Sie glauben, das durchziehen zu müssen. Das ist fachpolitisch noch nicht in Ordnung. Deshalb brauchen wir auch da eine Beratung.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Inhaltlich haben Sie in diesem Nachtragshaushalt – und das ist das Allerschlimmste – keinen eigenen Schwerpunkt gesetzt. Wenn es so ist, wie Sie es vorhin gesagt haben, Herr Finanzminister, dass das die schwerste Wirtschaftskrise in der Geschichte des Landes ist – und ich glaube, das ist so –, dann muss doch ein eigenes Konzept her. Herr Finanzminister Linssen, Frau Wirtschaftsministerin Thoben, wo ist das Konzept gegen die Krise? Ich erlebe Sie hier als handlungsunfähig. Da kommt nichts von der Regierung und von den sie tragenden Koalitionsfraktionen schon gar nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben unser Konjunkturpaket, Frau Ministerin Thoben, im Oktober noch abgelehnt mit dem Hinweis, man könnte die Atomkraftwerke länger laufen lassen. Absurd! Bis heute sind Sie nicht in der Lage, ein eigenes Konjunkturpaket vorzulegen, das tatsächlich die Rezession mildern und dazu führen würde, dass wir wieder zu Steuermehreinnahmen oder zumindest zu einer Abmilderung der Steuermindereinnahmen kämen. Das jedenfalls nenne ich keine kräftige Regierung.

Stattdessen macht die Landesregierung unter der Führung von Jürgen Rüttgers weiter folgenschwere Fehler. Erinnern Sie sich an die Bankenkrise, meine Damen und Herren? Genauso laufen die Fehler jetzt auch in der Konjunkturkrise. In der Bankenkrise ist Jürgen Rüttgers losgelaufen und hat gesagt: Ja, das machen wir mit dem Rettungsschirm! – Oettinger und auch Beckstein haben sich zurückgehalten, haben verhandelt, haben etwas herausgeholt für ihre Länder. Am Ende sind wir das einzige Land, das doppelt zahlt: Wir zahlen für unsere WestLB und für den Rettungsschirm der anderen Banken.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Was machen die anderen?)

Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Genauso handeln Sie jetzt, Herr Ministerpräsident, in der Frage Opel. Natürlich kann ich als Bochumer nur sagen: Selbstverständlich muss das Opel-Werk in Bochum gerettet werden, aber auch die Werke an den anderen Standorten und die Zulieferer, alles, was da dranhängt. Das ist doch völlig klar. Aber auch da sind Sie wieder vorschnell gewesen, auch da kommen Sie jetzt unter Druck, weil das Unternehmen sagt: Ja genau, die Politik hat schon alles zugesagt. – Und das, ohne dass es ein Zukunftskonzept gibt! Aber das würde ich mir von einer kräftigen Regierung erwarten: dass es ein Konzept gibt, das länger durchhält als bis zum nächsten Landtagswahlkonzept. Sie müssten als kräftige Regierung – wären Sie denn eine – die Krise als Chance für eine Neuorientierung nutzen, damit nachhaltiges Wirtschaften in Nordrhein-Westfalen an diesen Standorten mit Industrie möglich bleibt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das alles tun Sie nicht. Sie können gewiss sein, dass die Bürgerinnen und Bürger im Lande Nordrhein-Westfalen das beobachten; denn sie zahlen am Ende die Zeche Ihrer Politik. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Wir setzen die Debatte fort. Herr Finanzminister Dr. Linssen erhält das Wort.

**Dr. Helmut Linssen,** Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie hörten gerade den Herrn mit dem fröhlichen Potpourri, das immer wieder neu aufgelegt wird. – Lieber Herr Groth, wenn Sie sich einmal mit den Fakten des Haushaltes beschäftigen würden, wie Frau Walsken das heute getan hat! Ich fand, Frau Walsken war heute einfach besser.

(Gisela Walsken [SPD]: Kriege ich heute eine gute Note, Herr Minister? Danke schön! – Allgemeine Heiterkeit)

Frau Walsken hat sich mit bestimmten Positionen des Haushaltes beschäftigt. Aber ich werde ihr nachweisen, dass praktisch keine Zahl von ihr stimmte.

(Gisela Walsken [SPD]: Das hat bisher noch nie geklappt!)

Frau Walsken, das Beste an Ihrem Vortrag war, dass Sie das Verfahren positiv begleiten wollen. Das fand ich auch bei Herrn Groth sehr nett. Sie haben gesagt: 14 Tage reichen nicht, es sollten vier Wochen sein, wenn sich das Parlament nicht ganz aufgeben wolle. – Wir sollen drei Wochen zu viel für den Nachtragshaushalt gebraucht haben. Ich nehme an, die Aufstellung eines Nachtragshaushalts mit Steuerschätzung ist etwas mehr Arbeit – ich bin ja Parlamentarier –, als einen solchen Nachtrag durch die Gremien zu bringen.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie hätten eine Ergänzung machen können!)

Sie haben beklagt, Frau Walsken: Kein eigenes Programm! – Dazu darf ich Ihnen sagen, dass wir mit der Haushaltseinbringung – das war bereits im Juni letzten Jahres – den Haushalt expansiv angelegt haben. Wir sind dafür von Ihnen gescholten worden. Sie haben gesagt: Ihr dehnt die Verschuldung von 1,6 Milliarden auf 2,9 Milliarden € mit der Ergänzungsvorlage aus. Das geht nicht. – Das haben wir getan, weil wir schon damals die automatischen Stabilisatoren wirken lassen wollten. Wir haben nämlich 1,22 Milliarden € Steuermindereinnahmen nicht durch Sparmaßnahmen ersetzt, um die Konjunktur nicht zu gefährden. Wir haben Ihnen damals die Summe von 780 Millionen € vorgerech-

net: allein 415 Millionen mehr für die Kommunen, 110 Millionen für KiBiz, 40 Millionen für die Bau- und Infrastruktur, 150 Millionen für Schule, 35 Millionen für Hochschule und Wissenschaft. – Wenn das nicht ein expansiv angelegter Haushalt war und eben kein kontraktiv angelegter, dann weiß ich nicht, wo ich mich jetzt befinde.

Dann haben Sie uns das Paket Baden-Württembergs als Vorbild hingestellt. Das ist nun wirklich das Schönste! Da bitte ich Sie doch einmal anzuhören, was Baden-Württemberg so Vorbildliches geleistet hat. Baden-Württemberg hat ein Ein-Milliarden-Programm verkündet. Ich will Ihnen einmal sagen, wie das aussieht. Sie lesen vermutlich die Überschrift, Frau Walsken, und meinen dann, das wäre es auch. Aber das sind 350 Millionen € Bürgerschaftsrahmenerhöhung.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie schaffen nur 20, Herr Minister!)

Sollen wir Ihnen die von 900 Millionen auf 1,5 Milliarden € auch noch vorrechnen? Sollen wir die auch noch ins Konjunkturprogramm tun? 350 Millionen € Bürgerschaft! Es sind in Baden-Württemberg 300 Millionen Vorgriff für den kommunalen Finanzausgleich und 350 Millionen Baransatz.

(Gisela Walsken [SPD]: Immerhin!)

Den könnte man ernst nehmen; ich habe Ihnen gerade 780 Millionen vorgerechnet, die wir expansiv drin haben. Der Baransatz von 350 Millionen in Baden-Württemberg wird jetzt für die Kofinanzierung des Bundesprogramms gebraucht.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Hätten Sie mal den Ansatz gemacht!)

Herzlichen Glückwunsch, Frau Walsken, dass Sie so etwas als vorbildlich für Nordrhein-Westfalen bezeichnen!

Sie haben behauptet, es seien keine Rücklagen für schlechte Zeiten gebildet worden.

(Gisela Walsken [SPD]: Richtig!)

Sie wissen ganz genau, dass der Verfassungsgerichtshof Münster uns so etwas verbietet, anders als meinetwegen Baden-Württemberg.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Wir haben es nicht tun dürfen, wir haben stattdessen die Reserve von 925 Millionen für die Pensionen und von 1,3 Milliarden für Bankrisiken und Finanzmarktstabilisierungsgesetz gebildet. Wenn wir nicht den Schuldensockel Nettoneuverschuldung bei Ihnen von 6,7 Milliarden auf praktisch 164 plus in 2008 zurückgeführt hätten – das sind die 92 % Rückführung der Nettoneuverschuldung plus der Reservebildung –, wären wir jetzt überhaupt nicht mehr in der Lage, so etwas kofinanzieren. Wir müssen jetzt 5,6 Milliarden Schulden machen. Frau Walsken hat heute sehr bewusst die hohe Ver-

schuldung des Landes, auch die Nettoneuverschuldung, nicht angeprangert.

(Gisela Walsken [SPD]: Das kommt noch!)

Das habe ich wohl gemerkt, weil Sie auch schlechte Karten in Bezug auf Ihren Bundesfinanzminister haben. Daran müssen Sie etwas mehr denken als zum Beispiel Herr Groth, der sein Potpourri hier völlig frei vortragen kann.

Frau Walsken hat insinuiert, wir hätten Polster angelegt. Das macht sie bei jedem Haushalt, egal, ob Vorlage des Originalhaushalts oder des Nachtragshaushalts. Sie erzählt immer wieder, wir hätten Polster angelegt.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie machen das! Ich bringe keinen Haushalt ein!)

Sie haben den Länderfinanzausgleich vorgetragen. Das ist vorsichtiger Kaufmann, Frau Walsken; das will ich Ihnen ganz klar sagen.

(Zurufe von der SPD: Och!)

Es sind 200 Millionen. Wenn Sie sich die Steuerentwicklung in Hessen – die haben dafür gesorgt, dass wir auf 99,8 % der Finanzkraft gesunken sind – genau ansehen, stellen Sie fest, dass wir, wenn wir vorsichtig sind, eine solche Position berücksichtigen müssen.

Dann haben Sie die Kraftfahrzeugsteuer erwähnt. Liebe Frau Walsken, lesen Sie den Haushalt doch mal richtig!

(Gisela Walsken [SPD]: Sie auch!)

Wenn Sie das tun, werden Sie sofort erkennen, dass wir Steuermindereinnahmen von 3,195 Milliarden in dem Haushalt haben, davon die Kraftfahrzeugsteuerkompensation durch den Bund

(Gisela Walsken [SPD]: Von der Sie gar nicht wissen, wie sie aussehen wird! Sie ist noch gar nicht beschlossen!)

in Höhe von 936 Millionen und nicht 925 Millionen abgesetzt haben, und dann landen wir bei 2,259 Millionen €

Sie sagen, das sei noch nicht beschlossen. Ja, wir wollen als Länder über den Vermittlungsausschuss versuchen, das zu bekommen, was uns zusteht. Dafür bin ich in Berlin sehr stark angetreten, wie Sie vielleicht gehört haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Unglaublich!)

Denn uns, den Ländern, gehören 205 Millionen mehr, als der Bund konzedieren will. Davon würden das Land Nordrhein-Westfalen gut 40 Millionen wieder erreichen. Es lohnt sich, dafür den Vermittlungsausschuss anzurufen. Das Ganze wird hoffentlich heute Nachmittag positiv zugunsten der Länder entschieden.

Sie haben dann die 38 Stellen angeführt. Dazu hat Frau Freimuth alles Nötige gesagt. Fragen Sie doch

mal den Bundesfinanzminister, wie viel Stellen er in Berlin dafür einrichtet! Ich sage Ihnen noch einmal: Wäre das Verfahren nicht so bürokratisch, hätten wir es nicht nötig gehabt. Das ist Ihrem SPD-Bundesfinanzminister geschuldet.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn wir den Grünen gefolgt wären, hätten wir jetzt noch eine um 1,6 Milliarden höhere Neuverschuldung. Denn Herr Groth wird nicht müde, uns dieses Programm vorzuführen, das er uns im Oktober vorgetragen hat. Wären wir der SPD gefolgt, hätten wir heute auf fünf Jahre 5,5 Milliarden mehr Verschuldung, weil ihr Kommunalprogramm eben so aussieht. Das müssen Sie auf ein Haushaltsjahr herunterbrechen.

Jedenfalls glaube ich, dass wir mit Augenmaß in diese Krise hineingegangen sind, dass wir gegensteuern, dass wir alles tun, was in unserer Kraft steht, ohne den Haushalt so kaputtzumachen, wie Sie ihn uns hinterlassen haben.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Altenkamp das Wort.

**Britta Altenkamp (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da sich gerade mal zwei Seiten dieses Haushalts mit dem Konjunkturpaket befassen – trotzdem hat es die Landesregierung als dringend notwendig empfunden, das heute in einer Sondersitzung einzubringen – und der große Rest des uns vorliegenden Nachtragshaushalts – wie soll ich sagen? – allgemeine Maßnahmen sind, will ich mich mit einem Schauspiel beschäftigen, das wohl absehbar jedes Jahr aufgeführt wird und sich mit dem auseinandersetzt, was der Finanzminister „mehr Plätze fürs KiBiz“, das sogenannte Kinderbildungsgesetz, nennt, und zwar ein Schauspiel in drei Akten.

Der erste Akt ist jedes Jahr der Entwurf des Landeshaushalts. Die Landesregierung legt einen Entwurf vor, in dem die Plätze für unter Dreijährige ausgebaut werden, aber es gibt regelmäßig eine Deckelung. Das findet in diesem Jahr insbesondere dadurch statt, dass vor allen Dingen auf die 25 Stunden gesetzt wird. Alle sind ganz entsetzt und verstehen das gar nicht. Die Landesregierung will doch ausbauen und hat immer gesagt: Das soll doch bedarfsgerecht stattfinden. – Alle schauen sich fragend an, was dieser Entwurf soll. Aber dann kommt der Moment, in dem der Finanzminister zur Hochform aufläuft und mit ernstem Gesicht sagt: Mehr ist dem Land Nordrhein-Westfalen leider nicht möglich; der Kollege Laschet ist mir teuer genug.

(Lachen von Gisela Walsken [SPD])

Das ist der erste Akt.

Die Unruhe im Land führt dazu, dass sich – oh Wunder! – im zweiten Akt die beiden regierungstragenden Fraktionen auf den Plan gerufen fühlen.

Das findet meist unter Einsatz eines blonden Schönlings und einer bunten Fee statt, die an die Öffentlichkeit treten und sagen: Nein, nein, nein, alles, was beantragt worden ist, wird auch gefördert. – Auf die Frage, wie das finanziert werden soll, folgt dann meist Fehlanzeige. Es wird gesagt: Na ja, der Elternwille ist der entscheidende Moment. – Alle sind ganz verwundert und denken sich: „Wo kommt das Geld auf einmal her?“, und der Finanzminister blickt ganz ernst drein und sagt, er beugt sich den Fachpolitikern und dem Elternwillen.

Dritter Akt: Nachdem der Landeshaushalt beschlossen worden ist, beschließt das Kabinett: noch mal 10.000 Plätze obendrauf. Das ist das zweite Mal, dass wir dieses Schauspiel erleben. Und alle schauen sich ganz verwundert an, weil der Jubel gar keinen Anfang nehmen will.

Hinzu kommt, dass in diesem Jahr 2.900 Plätze mit Sperrvermerk versehen sind. Da wird dann ganz deutlich, worum es eigentlich geht: Diese Landesregierung geht hin und greift irgendwelche Zahlen. Sie plant nicht, wie sie vorgibt, sondern greift Zahlen und sagt: Das ist das, was wir im Unter-Dreijährigen-Bereich an notwendigen Bedarfen erkannt haben, und so bauen wir aus.

Ob das tatsächlich stattfindet, ob es vor Ort tatsächlich ankommt, kann einem keiner sagen. Manchmal blickt der Finanzminister auch ein bisschen verzweifelt, wenn er danach gefragt wird, aber es stört ihn nicht weiter, weil ja politisch jetzt angeblich alles ganz toll klappt. Nur: Transparenz ist dadurch nicht geschaffen worden. Unbürokratisch ist dieses Verfahren auch nicht.

Statt tatsächlich das zu tun, was notwendig wäre – nämlich das Tagesbetreuungsausbaugesetz im Land vernünftig umzusetzen und eben nicht von den 23 Millionen €, die dem Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen, ganze 5 Millionen tatsächlich an die Kommunen weiterzuleiten oder das KiFöG vernünftig umzusetzen –, warten die Träger noch immer auf die bearbeiteten Anträge und die Bewilligung der dafür nötigen Mittel, die sie aufgebracht, die sie für den Ausbau der Unter-Dreijährigen-Betreuung zum Teil schon vorfinanziert haben. Sie warten immer noch darauf. Es wäre doch ein Leichtes gewesen, wenn diese Landesregierung einmal hingegangen wäre und den Landesjugendämtern mehr Personal zur Verfügung gestellt hätte.

(Beifall von der SPD)

Nichts Dergleichen findet hier statt. Stattdessen wird auf Zeit gespielt, und die Landesregierung wird nicht müde zu behaupten, sie stecke schon so unsäglich viel Geld in den Bereich der Unter-Dreijährigen-Betreuung und dessen Ausbau, dass sie schon

nicht mehr wisse, wie sie es überhaupt noch abwickeln solle. Wem, glauben Sie denn, können Sie dieses Schauspiel noch einmal aufführen? Es ist tatsächlich so, dass das hier wirklich ganz planvoll stattfindet. Sie versuchen nur, Ihre Trippelschritte beim Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen in Nordrhein-Westfalen auf diese Art und Weise zu einem unglaublichen Popanz aufzubauen.

(Beifall von der SPD)

Dieses Spiel – das kann ich Ihnen versprechen – wird nicht mehr lange gut gehen und wird auch in der Öffentlichkeit als das, was es ist, erkannt werden, nämlich als eine Blase.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wie Blasen entstehen, die Sie erzeugen, zeigt sich zum Beispiel am Thema Obdachlosenhilfe.

Sie bringen es fertig, 1,2 Millionen € im Bereich Obdachlosenhilfe zu kürzen. Dann gibt es eine wirklich heftige Diskussion, insbesondere von Betroffenenverbänden und denjenigen, die sich für Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, einsetzen. Es gibt hier eine Anhörung, dass selbst Ihren Kolleginnen und Kollegen, die im sozialpolitischen Bereich tätig sind, Hören und Sehen vergeht, weil der Schwachsinn, der da geschildert wird, kein Ende nehmen will.

(Beifall von SPD und Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Dann gehen Sie hin und entblöden sich nicht, um das wirklich einmal zu sagen, jetzt im Nachtragshaushalt 1,3 Millionen € wieder einzusetzen, und nennen das dann Weiterentwicklung der Hilfen für Wohnungslose.

(Gisela Walsken [SPD]: Wie peinlich!)

Das ist überaus peinlich und ist der Situation der Menschen, um die es hier geht, überaus unangemessen.

Das ist beim KiBiz das gleiche Schauspiel; das ist eine Schimäre, die Sie hier aufbauen. Es ist einfach eine Unverschämtheit, wie Sie mit diesen Themen umgehen, weil das überhaupt nichts mit der Ernsthaftigkeit zu tun hat, die diese Landesregierung an den Tag legen müsste, um in dem Bereich tatsächlich tätig zu werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und Rüdiger Sagel [fraktionslos])

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Für die CDU-Fraktion erhält der Kollege Weisbrich das Wort.

**Christian Weisbrich (CDU):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Altenkamp, Sie haben sich eben

so furchtbar über U3-Erziehung und Ähnliches aufgeregt. Ich muss sagen, das ist der Haushaltsdebatte heute eigentlich nicht angemessen. Ich verstehe ja, dass Sie emotional nicht damit fertig werden, dass wir Nordrhein-Westfalen von einem der hintersten Plätze bei der U3-Betreuung auf einen Spitzenplatz bringen. Das ist nämlich die Realität.

Insgesamt spielen diese 14,5 Millionen €, um die es hier geht, im Nachtragshaushalt eher eine untergeordnete Rolle. Deswegen möchte ich noch einmal versuchen, allgemeinverständlich darzustellen, warum es bei diesem Nachtragshaushalt und bei der Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen eigentlich geht.

Meine Damen und Herren, unter Rot-Grün glich unser Land einem Spitzensportler, der zunehmend an Muskelschwund und am Burn-out-Syndrom litt. Deshalb haben die Bürger den Trainer gewechselt. Seitdem gewinnt unser Sportler in erheblichem Umfang an verlorener Kraft und Zuversicht zurück.

Sie können doch nicht abstreiten, dass seit dem Regierungswechsel im Mai 2005 der neue Trainer – die Koalition der Erneuerung –

(Zuruf von der SPD: Wer? Wie heißt der?)

wirklich hervorragende Arbeit geleistet hat. Ich will es Ihnen belegen: Nach kurzer Zeit schon stieg das Bruttoinlandsprodukt und damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes wieder schneller – anders als bei Ihnen früher – als im Bundesdurchschnitt. Wir haben wirklich aufgeholt.

Die Zahl der Arbeitslosen sank in nur dreieinhalb Jahren um 350.000. Der Unterrichtsausfall konnte halbiert werden. Die vor dem Regierungswechsel völlig unzureichende U3-Betreuung – da gebe ich Frau Kollegin Altenkamp völlig recht – nähert sich mittlerweile einer Spitzenposition. Kurz: Unser Modellathlet Nordrhein-Westfalen hat Form und Leistungsfähigkeit wiedergefunden. Das war die Situation bis Ende letzten Jahres.

Dann ist etwas passiert: Unverschuldet sind wir in einen Verkehrsunfall geraten. Man könnte sagen, ein dicker Ami-Schlitten ist uns in die Seite gekracht, ohne dass wir etwas daran ändern konnten, und unser Athlet, den ich gerade beschrieben habe, wird schwer verletzt und verliert viel Blut, sprich: verliert viele Steuereinnahmen. Um Dauerschäden zu vermeiden, muss man jetzt natürlich etwas tun. Ich unterstelle, Sie wollen ihm diese Hilfe, diese medizinische Hilfe, nicht versagen.

Es werden Transfusionen notwendig. In diesem Falle kann man sagen: Diese Transfusionen sind die Aufnahme höherer Schulden und die beiden Konjunkturprogramme. Mit ihrer Hilfe wird unser Land – der beschriebene Athlet – den Unfall überstehen. Aufgrund der in der Zeit seit 2005 neu gewonnenen Vitalität und der gestärkten Konstitution wird er den Unfall sogar besser überstehen als andere, die beim gleichen Unfall verletzt wurden.

(Zuruf von der SPD: Bei Verkehrsunfällen kennt ihr euch ja aus!)

Ich will nur darauf hinweisen: Wenn wir in einer solchen Situation auf den Gedanken kommen sollten, den Patienten weiter zur Ader zu lassen, das heißt, gegen die Neuverschuldung anzusparsen, dann hat er schlechte Karten. Der Finanzminister hat ja ganz deutlich gemacht: Wir sparen in diesem konkreten Fall nicht gegen die Neuverschuldung an, und wir finanzieren das, was an zusätzlichen konjunkturellen Maßnahmen notwendig ist, auch nicht durch Einsparungen, sondern wir finanzieren es mit über Schulden. Es macht ja keinen Sinn, auf der einen Seite ein Konjunkturprogramm aufzulegen und auf der anderen Seite im gleichen Umfang Einsparungen vorzunehmen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Kein einziger Euro!)

Das ist die Philosophie, die hinter diesem Nachtragshaushalt steht und die ich für absolut richtig halte.

Um es noch einmal mit der Axt behauen zu sagen, was hier passiert: Wir haben Steuermindereinnahmen in Höhe von 2,259 Milliarden € Wir haben im Länderfinanzausgleich Erhöhungen von 200 Millionen €, auf die wir uns jetzt schon einstellen müssen. Herr Groth, es ist eben nicht so, wie Sie es bei oberflächlichem Lesen angenommen haben, dass wir im Länderfinanzausgleich wieder zu den Nehmerländern gehören. Nein, wir werden im nächsten Jahr wieder schön zahlen müssen. Deswegen gehen um die 200 Millionen € in den Länderfinanzausgleich.

Wir haben ein gesetzlich erhöhtes Kindergeld und damit höhere Leistungen beim Familienlastenausgleich in Höhe von 45 Millionen € sowie konjunkturbedingte Mehrausgaben in Höhe von 140 Millionen €.

Das macht summa summarum Haushaltsverschlechterungen in Höhe von 2,64 Milliarden € aus; das hat Frau Kollegin Walsken völlig richtig gesagt. Wir erhöhen die Neuverschuldung um 2,968 Milliarden €. Das sind die Steuermindereinnahmen zuzüglich der konjunkturbedingten Mehraufwendungen, sodass wir auf eine Neuverschuldung von 5,6 Milliarden € kommen.

Das ist eine Situation, die niemandem Freude macht. Um im Bild zu bleiben, wiederhole ich aber: Wir haben einen schweren Verkehrsunfall mit erheblichen Personenschäden. Wir müssen medizinisch Hilfestellung leisten. Und das hat der Finanzminister in einer ganz ausgezeichneten Art und Weise gemacht.

Frau Kollegin Walsken, Sie haben angesprochen, dass in der Ministerialbürokratie 38 neue Stellen eingerichtet werden; das sei ganz furchtbar. Ich möchte darauf hinweisen, dass mit 32 Stellen der wesentliche Teil bei den Regierungspräsidien eingerichtet wird. Es geht dabei wirklich um die beschleunigte Abwicklung der Konjunkturprogramme.

Ich will Ihnen aus eigenem Erleben ein Beispiel schildern: Im Zusammenhang mit dem letztjährigen Städtebauförderungsprogramm waren im September noch 85 % der möglichen Bewilligungsbescheide nicht ausgefertigt. Das ist eine Situation, die so nicht fortbestehen kann. Diese Bescheide liegen bei den Bewilligungsbehörden, weil sie mit Personalengpässen zu kämpfen haben. Deswegen lässt sich auch die Investition, befristet 38 neue Stellen einzurichten, rechtfertigen.

Sie sprechen davon, dass wir in den fetten Jahren keine Vorsorge getroffen haben, wissen aber selbst, dass das absolut falsch ist. Denn wir haben für die Versorgung, den Risikofonds und den Abfinanzierungsfonds reichlich Vorsorge getroffen, sodass wir nicht überrascht werden können.

Zusammenfassend kann ich Ihnen nur eines sagen, meine Damen und Herren: Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes wissen, dass sie sich auf uns, die CDU/FDP-Landesregierung verlassen können. Wir handeln konsequent und glaubwürdig. Wir machen keine Heißluftdebatten. Wir orientieren uns an der Realität. Deswegen bin ich sicher, dass wir es schaffen werden, aus dem Schlamassel, in den wir unverschuldet hineingeraten sind, wieder herauszukommen. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Kollege Weisbrich. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält der Kollege Groth noch einmal das Wort.

**Ewald Groth<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass sich Herr Minister Laschet auch noch einmal zu Wort gemeldet hat. Deshalb will ich vorweg sagen, um was es uns bei der Obdachlosenhilfe geht: Die Anhörung im AGS auf der Grundlage des Grünen-Antrags, in der es darum ging, zu beurteilen, ob es Sinn macht, die Obdachlosenhilfe fortzuführen, war eindeutig. Alle Gutachterinnen und Gutachter, alle Sachverständigen haben einvernehmlich gesagt: Ja, es ist richtig, wir brauchen diese gut 1 Million € für Projekte in diesem Bereich. Das ist sinnvoll, das ist zielführend, darauf kann man nicht verzichten.

Das haben alle gesagt. Eindeutig, zu hundert Prozent! Es ist natürlich nett: Nach dem großen Druck nehmen Sie das zurück, obwohl Sie noch vor zwei Wochen gesagt haben, das alles sei Quatsch. Jedenfalls nehmen Sie das jetzt als Haushaltstitel auf. Das finden wir schon einmal in Ordnung.

Das dann aber mit der Gießkanne über alle Kommunen streuen zu wollen, zeigt, dass Sie schief gewickelt sind, Herr Minister. Sie müssen hier und heute, wenn Sie sich zu Wort melden, sagen, dass es sich dabei um den Haushaltsansatz handelt, wie er vorher auch verwendet worden ist, mit dem dem

Anliegen Genüge getan und die Projekte durchgeführt werden.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Genau das! – Christian Lindner [FDP]: Das ist doch Quatsch!)

Meine Damen und Herren, die Gießkanne alleine reicht nicht. Die prognostizierten Steuermindererinnahmen setzen Sie, Herr Finanzminister, 1:1 in Nettoneuverschuldung um. Das ist das Problem.

Sie müssen Ausgaben unproduktiver Art wie zum Beispiel Bürokratiekosten kürzen. Mehrausgaben brauchen wir bei arbeitsplatzsichernden Maßnahmen und Investitionen. Das erzeugt Minderausgaben im Sozialbereich. Das hält die Menschen in Arbeit und erzeugt wiederum Steuereinnahmen.

Sie müssen hier die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts doch nur deshalb erklären, weil Sie nicht genug investieren. Sie müssten investieren. Wo sind die Euros aus dem Landeshaushalt, die Sie zusätzlich investieren, um die Rezession für Nordrhein-Westfalen abzumildern oder abzuwenden? – Das ist die eigentliche Frage. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Kollege Groth. – Jetzt hat der fraktionslose Abgeordnete Sagem das Wort.

**Rüdiger Sagem**<sup>\*)</sup> (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal an die Kollegen von der CDU gerichtet – Herr Weisbrich, vielleicht sollten auch Sie einmal zuhören –: Wenn man kein Auto fahren kann, sollte man es besser lassen. Wenn man Rot und Grün nicht auseinanderhalten kann, sollte man es auch besser lassen. Vielleicht sollte man dann besser auch kein Verkehrsminister werden, weil das vielleicht auch nicht so gut ist.

Beim Kölner Karneval konnten wir erleben, was die Menschen in Nordrhein-Westfalen von der Regierungspolitik in NRW halten: Die Profitratten zogen durch die Kölner Straßen und hielten der Regierung den Spiegel vor. – Das ist das, was die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen von der Regierungspolitik denken.

Noch vor Kurzem wurden alle Vorschläge der Linken zur Vergesellschaftung von Unternehmen abgelehnt. Mittlerweile bedienen Sie sich relativ problemlos bei unseren Vorschlägen.

(Lachen von der FDP)

Doch so wie Sie haben wir uns die Vergesellschaftung von Unternehmen nicht vorgestellt, dass nämlich Schulden und Defizite sozialisiert, von den Bürgerinnen und Bürgern bezahlt werden, während vor allem die Banker auch jetzt noch Millionensummen privatisieren können. Dass die Nieten in Nadelstreifen,

die sich mit krimineller Energie bereichert haben, das auch noch als Leistungszulage deklarieren, ist ein kaum noch zu übertreffender Zynismus. Diese Gier ist schamlos, und Sie schauen dem Treiben fast tatenlos zu.

Genauso überfordert sind Sie offensichtlich auch mit dem Haushalt NRW, außer dass Sie jetzt schon wieder 38 neue Stellen schaffen. Ich kann nur feststellen, dass, wie von mir schon vor einigen Wochen vorausgesagt, dieser Haushalt erneut verfassungswidrig ist. Es ist ein Skandal, dass Sie kürzlich den Haushalt verabschiedet haben in der Gewissheit, dass er nur ein paar Wochen später bereits Makulatur ist. Ich habe Ihnen bei der Haushaltsdebatte hier vor Kurzem noch gesagt, dass das aus meiner Sicht völlig inakzeptabel ist. Eigentlich müsste ein Haushalt zunächst einmal vollständig vorliegen, bevor so eine Politik gemacht wird, wie Sie sie hier machen.

Die Krise lässt das Land NRW immer tiefer ins Minus rutschen. Durch die Verdreifachung der zunächst geplanten Neuverschuldung jetzt auf 5,6 Milliarden € steigt die Verschuldung insgesamt auf einen Rekordstand von über 122 Milliarden €. Das heißt: Jedes Jahr über 5 Milliarden € Schuldendienst, das ist Ihre Politik entgegen allem, was Sie hier in der Vergangenheit versprochen haben. Der Karneval ist vorbei. Jetzt kommt der große Kater. Es ist eine Bilanz des Scheiterns von CDU und FDP. Dieser Kahle Asten ist der höchste jemals erreichte Schuldenstand in der Geschichte von NRW.

Kommen wir zu einem anderen Thema. Für Opel soll es laut CDU auf Bundesebene keine finanzielle Unterstützung geben. Nicht systemrelevant sei das Unternehmen. Das war heute Morgen in der ARD zu hören.

Die Linke sagt dazu: Eine zügige Entscheidung über die Opel-Hilfen muss her! Jeder Tag, der verloren geht, bedroht die Beschäftigten ein Stück mehr. Eine Lösung für Opel muss auf jeden Fall die Beibehaltung aller europäischen Produktionsstandorte beinhalten. Immerhin geht es allein hier in NRW um über 6.000 Arbeitsplätze.

Auch in der Wirtschaftspolitik haben Sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident – Sie waren ja in den USA –: Was ist denn das Ergebnis Ihrer Reise? Wie geht es jetzt weiter? Geht es so weiter wie bei Nokia? Die Beschäftigten warten endlich auf eine Antwort. Das, was wir heute von Ihrer CDU-Bundestagsfraktion gehört haben, ist alles andere als ein positives Zeichen.

Auch bei der WestLB wird die Dramatik immer größer. „Brüssel zählt WestLB an“ – so konnte man heute im „Handelsblatt“ lesen. Die EU verlangt bis Ende März einen Sanierungsplan. Eine weitere Fristverlängerung – drei Monate wurden bereits

gewährt – soll es nicht geben. 80 Milliarden € Risiken sind vakant und sollen ausgelagert werden.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Rüdiger Sagel**<sup>1)</sup> (fraktionslos): Ich komme zum Ende, Herr Präsident.

Eine Bad Bank gibt es nicht. Die Privatisierung droht. So kann man es aus Insiderkreisen hören.

Bei einer Sache – das soll mein Schlusswort sein – haben Sie nicht versagt, und zwar beim Abzocken der Bürger. Das ist die Realität. Das Abzocken der Bürger geht weiter. Für die Krise werden die steuernzahlenden Bürger aufkommen.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Sagel!

**Rüdiger Sagel**<sup>1)</sup> (fraktionslos): Wir werden am 28. dieses Monats dagegen demonstrieren.

(Angela Freimuth [FDP]: Die Linke ist für Steuersenkungen? Super!)

„Wir zahlen nicht für Ihre Krise.“

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege!

**Rüdiger Sagel**<sup>1)</sup> (fraktionslos): Das wird unser Demonstrationsthemato sein.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Die Landesregierung wünscht noch einmal das Wort. Herr Minister Laschet, bitte.

**Armin Laschet**, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu zwei Themen aus der Debatte Stellung nehmen.

Herr Kollege Groth, Sie haben – ob Sie es wollten oder nicht – mit dem, was Sie hier vorgetragen haben, insbesondere der Frau Oppositionsführerin Kraft eine Absage und eine Ohrfeige erteilt.

(Beifall von der CDU)

Sie hat nämlich über die Karnevalstage an den Ministerpräsidenten einen offenen Brief geschrieben, in dem der Eindruck erweckt wird, als ob irgendein Obdachloser in diesem Land etwas aus diesem Programm bekommen hätte. Herr Groth hat das richtig beschrieben: Das soll nicht mit der Gießkanne übers Land verteilt werden.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ist es aber auch nie!)

– Frau Altenkamp, Sie haben das laut „Kölner Stadt-Anzeiger“ von heute auch gesagt. Sie wissen es besser. Die 12.000 Obdachlosen in Nordrhein-Westfalen hatten nichts von diesem Programm. Sie haben von diesem Programm nur indirekt etwas gehabt, weil da etwas entwickelt worden ist.

(Zurufe von der SPD – Hans-Willi Körfges [SPD]: Das ist eine höchst interessante Verteidigung hier!)

– Hören Sie mir doch einmal bis zum Ende zu! Nur die Ruhe! Es wird argumentiert, die Obdachlosen bekämen das. Und, Frau Altenkamp, Frau Kraft hat sich erdreistet, dazu zu schreiben: Damit werden die Kommunen entlastet. – Vielleicht kennt Frau Kraft das Programm nicht und weiß nicht, dass das Programm Ideen entwickelt, die dann in den Kommunen umgesetzt werden. Bei der kommunalen Aufgabe, Obdachlosigkeit zu bekämpfen, kann ein Programm von 1,1 Millionen € auch in Zukunft genauso wenig wie in der Vergangenheit irgendeine Kommune entlasten.

(Beifall von der CDU)

Das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

Insofern, Herr Kollege Groth, machen wir genau das, was Sie beschrieben haben. Wir entwickeln das Programm weiter. Wir nehmen dabei drei Zielgruppen, die auch in der Anhörung benannt worden sind, nämlich junge Obdachlose, Frauen und Obdachlose mit Zuwanderungsgeschichte, in den Blick, aber mit dem einzigen Ziel, etwas zu entwickeln, das überall im Lande wirkt. Das ist die einzige Zielsetzung, die wir haben.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Ich bitte Sie einfach, nicht den Eindruck zu erwecken, als ob Sie früher oder wir in Zukunft mit 1,1 Millionen € Obdachlosigkeit im Lande, was kommunale Aufgabe ist, letztlich bekämpfen konnten oder können.

(Beifall von der CDU)

Das ist ein Irrglaube. Den hat Frau Kraft ganz bewusst geschürt. Sie liegt leider falsch oder sie ist nicht gut informiert, was wir eigentlich vorhaben.

Es wird Projekte geben. Es geht um die Umsetzbarkeit für die Kommunen. Aber es geht nicht darum, dass das Land nun für die Kommunen, wie Herr Groth gesagt hat, mit der Gießkanne Obdachlosigkeit bekämpft. Das ist ein ganz entscheidender Unterschied.

Das Zweite, Frau Altenkamp: Sie haben dann über die U3-Plätze gesprochen. Ich finde das jedes Mal mutig – Sie hätten ja über das Konjunkturpaket reden, die Große Koalition loben oder über viele andere Themen sprechen können –, dass Sie sich in so einer Diskussion die U3-Debatte anziehen.

(Beifall von der CDU)

Das würde ich als SPD doch nicht machen!

(Britta Altenkamp [SPD]: Machen Sie sich um die SPD keine Sorgen!)

Das, was wir in diesem Nachtrag machen, Frau Altenkamp, ist ungefähr so viel, wie Sie nach 39 Jahren hinterlassen haben.

(Beifall von der CDU)

Das machen wir in einem Nachtrag. Sie haben 11.000 Plätze hinterlassen. Wir machen einmal eben 10.400, um den gestiegenen Bedarf zu bedienen.

(Beifall von der CDU)

Wir sind am Ende des Jahres bei 86.000 Plätzen. Wir sind nach dem Tagesausbaubetreuungsgesetz bis 2010 verpflichtet, 17 % zu erreichen. Wir erreichen am Ende des Jahres 19 %, und das ein Jahr vorher!

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist schwarz-gelbe Regierungspolitik. Ich bin dankbar, dass Sie es hier erwähnt haben. So konnte ich es hier dem erstaunten Publikum noch einmal sagen. Diskutieren Sie über alles! Diskutieren Sie über Konjunkturpakete, über die WestLB und ...

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist doch Ihr Thema! Chefsache!)

– Frau Walsken, auf Ihre Wortbeiträge freuen wir uns immer.

(Zuruf von der SPD: Wir uns auch!)

Lassen Sie es aber mit U 3. Sie könnten bei jedem Thema im Land versuchen, die Wahlen zu gewinnen,

(Demonstrativer Beifall von der SPD)

aber nicht bei der Betreuung für unter Dreijährige. So viel Geld gab es noch nie – und das ist unsere Leistung.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister. – Wir setzen die Debatte fort. Frau Altenkamp von der SPD-Fraktion, Sie haben das Wort.

**Britta Altenkamp (SPD):** Zwei Anmerkungen zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Minister.

Erstens. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie sich mit Ihrer Argumentation zum Thema U3-Plätze einen Gefallen tun. Zwar ist es Ihnen in diesem Nachtrag gelungen, sich als Fachminister durchzusetzen und weitere 10.400 Betreuungsplätze für unter Dreijährige – 2.900 davon mit Sperrvermerk; das ist wohl die eiserne Reserve – zu schaffen. Diese Plätze sind aber doch schuldenfinanziert, Herr Minister.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, sicher! Sonst hätte er doch gar keine Chance gehabt!)

Was für ein Ausbau ist das denn? Deshalb gehört diese Diskussion sehr wohl hierhin, Herr Weisbrich; denn wir reden über den Höchststand an Schulden in diesem Land!

(Beifall von der SPD)

Mit diesen Schulden finanzieren Sie unter anderem den Ausbau der U3-Plätze. Sie glauben, dass Sie damit die Wahlen gewinnen. Passen Sie da einmal schön auf!

Zweitens. Mit Ihrem Wortbeitrag haben Sie für mich deutlich gemacht, dass die entsprechenden Änderungsanträge von Grünen und SPD zum Haushalt im letzten Monat absolut richtig waren.

(Beifall von der SPD)

Es wird nämlich überaus deutlich, dass die Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe in Ihrem Ministerium absolut falsch angesiedelt ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Inhaltlich hat dieses Thema in Ihrem Haus überhaupt nichts verloren.

Herr Ministerpräsident, deshalb kann ich Sie nur auffordern, diesem traurigen Schauspiel ein Ende zu machen und die Obdachlosenhilfe wieder ins Sozialministerium zu bringen; denn dorthin gehört sie.

(Beifall von der SPD)

Dort ist tatsächlich auch die Sachkunde vorhanden. Es geht nämlich überhaupt nicht darum, ob man etwas mit der Gießkanne macht oder nicht.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE] – Gegenruf von Minister Armin Laschet)

Das hat auch nie irgendjemand behauptet. Entscheidend ist vielmehr, dass die Obdachlosenhilfe auch in der Vergangenheit Projektfinanzierung war, um innovative Projekte zur Verhinderung von Obdachlosigkeit zu beginnen.

Mich regt auf, dass Sie das Ganze erst streichen und es dann im Nachtragshaushalt wieder einsetzen,

(Gisela Walsken [SPD]: Drei Wochen später!)

wobei Sie ihm nur einen anderen Titel geben, obwohl Sie vor drei Wochen behauptet haben, dabei handele es sich um eine Pflichtaufgabe der Kommunen und insofern überhaupt nicht um Ihre Aufgabe!

Wenn Herr Laschet das nicht als seine Aufgabe ansieht, sollten Sie es dem Sozialministerium geben, Herr Ministerpräsident. Dorthin gehört es. Herr Laumann wird sicherlich wissen, wie man es macht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Danke schön, Frau Kollegin. – Meine Damen und Herren, die muntere Debatte, die wir hier führen, wird noch weitergehen. Frau Steffens, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Barbara Steffens (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Laschet, wenn Sie nicht mit der Gießkanne Mittel verteilen wollen, sondern weitere Modelle zur Erprobung finanzieren wollen, wäre es gut, wenn Sie uns das auch mitteilen würden;

(Minister Armin Laschet: Das steht doch überall!)

denn aus Ihren Pressemitteilungen geht lediglich hervor, dass es keine Programmgeschäftsstelle mehr geben soll, also niemanden mehr, der das Ganze im Land koordiniert und das Know-how in die Kommunen, die Modelle umsetzen wollen, weiterträgt. Es wurde klar, dass es nicht mehr die Modelle gibt, die auch Neues erproben können, sondern dass es in allen Kommunen ankommen soll.

In allen Kommunen kam das Programm vorher auch an. Weil in einzelnen Kommunen etwas erprobt wurde und in den anderen Kommunen die erfolgreich erprobten Modelle umgesetzt wurden, kam es in allen Kommunen an. Deswegen hatten alle Kommunen etwas davon. Daher profitierten auch zahlreiche Obdachlose davon.

Jetzt erklären Sie hier, Sie wollten das Ganze auf einige Zielgruppen beschränken, die an der Anhörung teilgenommen haben. Es ist ja schön, wenn Sie einen Teil der Anhörung auswerten. Es wäre aber noch schöner, wenn man an dieser Stelle auch gemeinsam vorgeht und wenn man sich anschaut, welche Zielgruppen es sind.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Sie machen jetzt nämlich schon wieder einen ganz gravierenden Fehler. Sie nehmen die Ist-Zielgruppen, die in der Anhörung benannt worden sind. In der Anhörung ist ein ganz wichtiger Punkt aber auch genannt worden – nämlich, dass sich gerade im Bereich der Obdachlosen, der Wohnungslosen, das Milieu, das Klientel, ständig verändert und man darauf auch aktuell reagieren muss. Das tun Sie nicht, wenn Sie jetzt schon wieder einige Bereiche festschreiben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir werden Ihnen daher ganz genau auf die Finger schauen, was Sie mit diesem Geld machen. Ich habe die große Befürchtung, dass es wieder ein Schuss in den Ofen wird und dass Sie nicht das umsetzen, was Ihnen alle ins Stammbuch geschrieben haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Jetzt hat für die Landesregierung Herr Minister Linssen noch einmal um das Wort gebeten.

**Dr. Helmut Linssen, Finanzminister:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Frau Altenkamp nur kurz korrigieren. Sie hat vorgetragen, dass wir die zusätzlichen U3-Plätze aus Schulden finanziert haben. Im Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2009 können Sie beginnend auf Seite 14 von 20 unter der Überschrift „Zwangsläufige Mehrausgaben/Mindereinnahmen“ nachlesen, dass die Mehrausgaben von 13,5 Millionen € für die zusätzliche Einmalzahlung an Wohngeldempfänger, die Absenkung der Einnahmen aus dem Jahresüberschuss der Wfa um 80 Millionen € und die Mehrausgaben für die Schaffung von 10.400 zusätzlichen U3-Plätzen in Höhe von 15,2 Millionen € usw. durch Einsparungen an anderen Stellen gedeckt sind. – So weit zu Ihrer Kenntnis.

(Beifall von der CDU – Minister Armin Laschet: So ist es! – Zurufe von der SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

– Meine Feststellung ist doch richtig? – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

(Gisela Walsken [SPD]: Nicht wirklich! – Gegenruf von Minister Armin Laschet: Das war so überzeugend!)

Nach den Vereinbarungen, die die Fraktionen getroffen haben, soll der **Gesetzentwurf Drucksache 14/8650** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform überwiesen** werden. Wer diesem Verfahrensvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Dann hat der Landtag dies einstimmig so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu:

## **2 Gesetz zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/8644

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Wolf das Wort. Bitte schön.

**Dr. Ingo Wolf**, Innenminister: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Landesregierung bringe ich den Entwurf des Gesetzes zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in Nordrhein-Westfalen ein. In groben Zügen war das auch schon Gegenstand der Debatte zum Nachtragshaushalt. Es muss aber noch einmal klar und deutlich gesagt werden, dass wir als Landesregierung natürlich das Ziel haben, durch einen kräftigen Konjunkturimpuls eine Antwort auf die Wirtschaftskrise zu geben.

Vor allen Dingen wollen wir auch schnell machen. Schon bei den vorherigen Ausführungen seitens der Koalitionsfraktionen ist sehr deutlich geworden, dass wir diesen Gesetzentwurf, der ein umfangreiches Werk ist und deswegen auch viel Arbeit gemacht hat, ungewöhnlich früh vorlegen. Wir freuen uns, dass wir ihn so schnell präsentieren können, obwohl noch nicht einmal das Bundesgesetz in Kraft getreten ist und auch die Verwaltungsvereinbarung noch nicht unterzeichnet ist.

Von den 10 Milliarden €, die vom Bund zur Verfügung gestellt werden, entfallen auf Nordrhein-Westfalen 2,133 Milliarden €. Das ist ein erklecklicher Betrag. Sie wissen, dass bei den Investitionen eine Aufteilung von 65 zu 35 für den Investitionsschwerpunkt Bildung und die allgemeine Infrastruktur vorgesehen ist.

Der Bund verlangt eine Komplementärfinanzierung. Das ist auch klar. Die Schwerpunkte sind im Einzelnen weiter aufgefächert, sodass sich die Bildungsinfrastrukturmaßnahmen auf frühkindliche Bildung, auf Schulbildung, aber auch auf Hochschulen, auf gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung und auch kommunale Einrichtungen richten können.

Bei den Schwerpunkten der allgemeinen Infrastruktur sind die Krankenhäuser, der Städtebau, kommunale Straßen, leider beschränkt auf Lärmschutzmaßnahmen, Informationstechnologie und sonstige Infrastrukturinvestitionen zu nennen.

Jede einzelne Maßnahme, meine Damen und Herren – das ist wichtig –, muss sich den Restriktionen fügen, die über Art. 104b Grundgesetz gegeben sind. Das ist nicht gut. Das möchte ich sehr offen und auch kritisch sagen. Wir hätten uns dort mehr Freiheit gewünscht.

Das bedeutet im Umkehrschluss allerdings auch, dass die Kommunen bei ihren Investitionen sehr vorsichtig sein und bei der Frage, ob eine Maßnahme passt oder nicht, auf die sichere Seite gehen sollten. Sie sollten sich auf die Maßnahmen konzentrieren, die zweifellos förderungsfähig sind. Daneben gibt es noch einige andere Punkte wie die Zusätzlichkeit, Doppelförderungsverbot und Nachhaltigkeit, die beachtet werden müssen. All das sind wichtige Punkte.

Wir haben an der Stelle den Kommunen schon jetzt Hinweise gegeben. Wir werden das auch weiterhin

tun und deutlich machen, dass zum Beispiel die energetische Sanierung im Vordergrund stehen sollte. Sie ist eindeutig förderungsfähig. Wir haben auch beim Investitionsbegriff Hilfestellung geleistet, sodass wir eine möglichst große Freiheit für die Kommunen haben.

Weitere Fragestellungen werden demnächst im Internet veröffentlicht, und auch die entsprechenden Antworten werden dem Internet entnommen werden können. Wir haben die Fragen gebündelt, die auf uns eingestürmt sind und die immer wieder mit Berlin verhandelt worden sind.

Das Gesetz besteht im Wesentlichen aus drei Teilen. Erster Teil ist das Umsetzungsgesetz, das Investitionsförderungsgesetz Nordrhein-Westfalen. Dann kommt das Zukunftsinvestitions- und Tilgungsfondsgesetz, und schließlich gibt es noch eine Anpassung des GFG 2009, alles in ein Artikelgesetz gekleidet.

Für Nordrhein-Westfalen möchte ich noch einmal sehr deutlich sagen, dass wir eine ausgesprochen große Kommunalfreundlichkeit an den Tag gelegt haben. Das wird uns auch allseits attestiert. Von den 2,84 Milliarden € investiert das Land zunächst einmal 464 Millionen € in Hochschulen und Forschung, natürlich auch in den jeweiligen Kommunen. Die übrigen 2,3 Milliarden € und damit rund 84 % gehen in die freie Verfügung der Kommunen. Das übertrifft deutlich die Vorgabe von 70 %, die der Bund gemacht hat.

Wichtig war uns auch, dass wir die Krankenhäuser vorab bedenken, weil diese bekanntlich nicht in allen Kommunen vertreten sind. Mit 170 Millionen € gibt es hier einen erklecklichen Anreiz für Investitionen, die jetzt getätigt werden können.

Meine Damen und Herren, das Land beteiligt sich an den kommunalbezogenen Investitionsmaßnahmen zur Hälfte. Damit sind wir im absoluten Einvernehmen mit den drei kommunalen Spitzenverbänden, die sich positiv zu diesem Paket geäußert haben. Ich glaube, wenn uns auch ein SPD-Oberbürgermeister aus einem anderen Bundesland, aus München, Herr Ude, lobt, wie das in Nordrhein-Westfalen gelaufen ist, dann kann selbst die Opposition an dieser Stelle kaum Kritisches einwenden, meine Damen und Herren.

Wir sind auch angetreten, die finanzschwachen Kommunen zu berücksichtigen. Wir haben bewährte Verteilungsschlüssel genommen, die allerdings auch finanzkraftabhängige Komponenten haben, sodass wir einen ausgewogenen und sinnvollen Kompromiss gefunden haben, dass es am Ende jedenfalls so ist, dass beim Start des Programms die Eigenanteile keine Rolle spielen. Jeder kann sofort loslegen. Das ist eine gute Nachricht für die Kommunen. Auch das ist einvernehmlich mit den Spitzenverbänden abgestimmt.

Beim Verfahren – das will ich hier noch einmal klarmachen – hätten wir uns mehr Freiheit vom Bund gewünscht. Hier unterliegen wir zu engen Restriktionen. Wir haben immerhin ein Antragsverfahren vermeiden können, das leider in anderen Bundesländern zur Anwendung kommt. Wir werden deswegen den Kommunen die Möglichkeiten geben, das schnell abzuwickeln.

Das Bundesgesetz verlangt für die Auszahlung der Bundesmittel, dass die Zahlungen erforderlich sind. Wir werden das mit möglichst geringem bürokratischem Aufwand nachweisen. Die Mittel werden ausgezahlt, wenn der Hauptverwaltungsbeamte das Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen bescheinigt. Eine Verwendungsnachweisprüfung ist, von einer Plausibilitätsprüfung abgesehen, nicht vorgesehen. Bei den Gemeinden wird die örtliche Rechnungsprüfung und bei den Krankenhäusern werden Wirtschaftsprüfer testieren.

Eine weitere Erleichterung – da sind die Kommunen, soweit ich das bisher als Rückmeldung habe, sehr dankbar –: Es muss kein Nachtragshaushalt für 2009 aufgestellt werden. Das heißt, das Gesetz schafft schnell Klarheit. Sanierungen und Modernisierungen können schnell in Angriff genommen werden, gerade auch weil wir die engeren Investitionsbegriffe der Gemeindehaushaltsverordnung und das Krankenhausfinanzierungsrecht nicht zugrunde gelegt haben.

In den Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden war es auch ein Anliegen, eine Trägerneutralität zu erreichen. Das heißt, dass auch die nicht kommunalen Träger in den entsprechenden Kommunen mit bedacht werden. Hier ist eine angemessene Berücksichtigung der freien Trägers durch die kommunalen Spitzenverbände zugesichert. Die anderen Träger müssen einen Eigenanteil leisten, der in der Regel dem des kommunalen Eigenanteils von 12,5 % entspricht.

Ein Wehrmutstropfen besonderer Art ist die Zusätzlichkeit, meine Damen und Herren. Der Bund wollte, was man auf den ersten Blick verstehen kann, sicherstellen, dass die Mittel nicht einfach andere Mittel substituieren, die sowieso ausgegeben worden wären. Allerdings hat der Bund den Vergleichszeitraum 2006 bis 2008 genommen. Da gab es extrem hohe Einnahmen. Es wird bei rückläufigen Einnahmen schwierig sein, die Investitionen auf diesem Level letztendlich zu halten. Hier ist der Appell an den Bund sehr deutlich, die Anforderungen nicht zu überziehen.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass dieses Konjunkturpaket auch seine kritischen Seiten hat. Es muss auch finanziert werden. Es wird zunächst einmal über Schuldenaufnahme finanziert. Deswegen ist es uns wichtig, auch die Rückzahlung von vornherein klarzumachen. Deswegen gibt es einen Sonderfonds, ein Sondervermögen im Rahmen des Zukunftsinvestitions- und Tilgungsfonds-

gesetzes, bei dem die Abfinanzierung nach Abschluss des Programms auf zehn Jahre angelegt ist. Entsprechend wird das von den Kommunen genauso zurückgezahlt wie das, was das Land zu leisten hat. Uns ist wichtig, dass wir an dieser Stelle keine ungebremste Verschuldung in die Zukunft ermöglichen, sondern sicherstellen, dass das Geld alsbald und nach festen Kriterien zurückgezahlt werden muss.

Der letzte Punkt dieses Dreierpaketes betrifft die Änderung des GFG 2009. Dabei handelt es sich um eine Anpassung des Familienleistungsausgleichs. Hier geht es um die gute Botschaft für die Kommunen, dass in diesem Jahr 45 Millionen € zusätzlich eingepflegt werden. Das haben wir durch die sehr starken Steigerungen des GFG im entsprechenden Haushaltsentwurf schon sichergestellt, was jetzt durch den per Gesetzesregelung auf Bundesebene bedingten Zusatzbetrag von 45 Millionen € ergänzt wird.

Ich wünsche mir, dass wir die Beratungen, so wie es angekündigt ist, möglichst schnell abwickeln können. Denn es ist klar: Die kommunale Landschaft wartet auf das Signal. Die Landesregierung hat das Ihre getan, das Ganze zu beschleunigen. Ich hoffe, dass es auch hier schnell umgesetzt wird. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion erhält der Abgeordnete Körfges das Wort.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Tatsache, dass die schlechten Nachrichten vom Finanzmarkt nicht abreißen und sich die Auswirkungen der Finanzkrise zwischenzeitlich auch in der Realwirtschaft niederschlagen, ist es gut und richtig, dass wir gemeinsam – das betone ich an der Stelle ganz ausdrücklich – die Umsetzung des Konjunkturpaketes II in NRW zügig auf den Weg bringen.

Insoweit wird – da schließe ich mich dem Vorredner an – die SPD-Landtagsfraktion ihren Teil dazu beitragen, dass die erforderlichen Regelungen zur Umsetzung des Konjunkturpaketes kurzfristig in Kraft treten können. Ich gehe davon aus, dass wir auch unter Berücksichtigung der notwendigen Anhörungsrechte in einem beschleunigten Verfahren Anfang April das Ziel erreicht haben können, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Konjunkturpaket vor Ort ankommt und umgesetzt werden kann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Bei guten und notwendigen Maßnahmen reklamieren häufig alle Beteiligten den Erfolg für sich. Das, was gerade zur Einführung gesagt worden ist, war – vorsichtig ausgedrückt – allerdings recht einseitig. Ich habe den Eindruck, als sei bezogen auf den Anteil der Bundesregierung, den Anteil der Großen

Koalition eher Kritisches angemerkt worden, was die Technik angeht, meine Damen und Herren. Das halte ich für absolut unangemessen.

(Beifall von der SPD)

Unser ausdrücklicher Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt in diesem Zusammenhang der Bundesregierung,

(Beifall von der SPD)

den sie tragenden Fraktionen und insbesondere Bundesfinanzminister Peer Steinbrück. Denn der Bund trägt – das lässt sich auch anhand von Zahlen nachweisen – mit 10 Milliarden € den Löwenanteil an diesem Konjunkturpaket für unsere Kommunen.

(Beifall von der SPD)

Wir hätten uns – das sage ich ganz deutlich – einen größeren eigenen Impuls des Landes zur Stützung der Konjunktur gewünscht. Immerhin reicht das Land vor allem die Mittel des Bundes, nämlich die eben schon zitierten 2,133 Milliarden €, an die Kommunen weiter.

Der Landesanteil von 711 Millionen € wird wie folgt verwandt – ich rechne jetzt herunter –: im Wesentlichen, nämlich 464 Millionen € für die Hochschulen und 170 Millionen € für die Krankenhäuser. An originärem Anteil des Landes, der unmittelbar bei den Kommunen ankommt, bleiben also 77 Millionen €, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja! Keine Milliarden!)

Auch wenn die Investitionen in Hochschulen und Krankenhäuser sinnvoll sind – in der Sache wollen wir uns gar nicht darüber streiten –, betrifft das eher Landesausgaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir bei dieser Verteilung der Mittel unseren Dank eher in Richtung auf den Bund und die 10 Milliarden €, die unmittelbar an die Kommunen weitergeleitet werden, richten, ist doch selbstverständlich,

(Beifall von der SPD)

insbesondere – jetzt kommen wir zu dem Teil, der eben schon mit dem Tilgungsfonds angesprochen worden ist – wenn man berücksichtigt, dass die Landesregierung ihre Belastung in Höhe von ca. 420 Millionen € über einen Zeitraum von zehn Jahren von den Kommunen zurückerhält. Es lässt sich relativ einfach feststellen – zumindest bei den Mitteln zur Belebung der Konjunktur vor Ort –, dass die Landesseite bezogen auf die Finanzen eher zurückhaltend gewesen ist.

In § 2 des Tilgungsfondsgesetzes steht auch, dass die Rückzahlung und Rückführung des Landesanteils einem Haushaltsvorbehalt unterliegt. Das ist durchaus üblich. Nur, meine Damen und Herren, Sie ziehen es dann selbst den Nothaushaltskommunen, egal wie die Haushaltssituation vor Ort je-

weils aussieht, vom GFG ab. Das ist der Unterschied. Insoweit wäre ich ziemlich vorsichtig.

Vorsichtig war im Übrigen auch die Zustimmung der FDP-Fraktion zu dem ganzen Vorgang. Ich kann mich gut an die Rede des Kollegen Papke erinnern, der in der Plenarsitzung am 16. Januar die Zustimmung von Steuererleichterungen in großem Stil abhängig gemacht hat. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Seite des Hauses, der Unterschied zwischen Konjunktur- und Klientelpolitik ist zumindest der FDP immer noch nicht klar.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Auch die konjunkturelle Belebung – da mag der Herr Finanzminister anderer Ansicht sein – durch 38 zusätzliche Stellen auf Landesebene ist sicherlich eine relativ beachtliche Sache. Aber wie sie beachtet und besprochen wird, konnten Sie in den Medien nachlesen.

Wir begrüßen trotz alledem, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es im Bundesrat zu einer Zustimmung gekommen ist und die ursprünglich angedrohte Blockadehaltung in sich zusammengefallen ist wie ein Kartenhaus. Das war ein guter Schritt, der zur Gesichtswahrung der Demokratie, aber nicht gerade der FDP beigetragen hat.

(Beifall von der SPD)

Wenig hilfreich – ich hatte eigentlich vor, etwas versöhnlicher zu sprechen, aber Herr Wolf hat in bekannt gekonnter Manier die Tür zu einer sehr kritischen Auseinandersetzung aufgemacht – war der Hinweis des Ministers, der in grober Unkenntnis der tatsächlichen Sachlage zum Beispiel in der „NRZ“ hat verlauten lassen, der Bund wolle das Geld erst nach Vorlage von Verwendungsnachweisen freigeben.

Meine Damen und Herren, ich halte es für ein zusätzliches großes Risiko und warne davor, diesem Minister die Überprüfung von komplizierten Sachverhalten zu unterbreiten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Gisela Walsken [SPD]: Sehr gut!)

Er hat in der Vergangenheit an vielen Stellen eindeutig nachgewiesen, dass er offensichtlich überfordert ist. Herr Palmen, Sie gehören zum Team. Deshalb gilt das für Sie sicherlich auch:

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Freiheit, die Sie für sich in Anspruch nehmen, birgt in sich die Gefahr, dass wir alle zusammen wieder vor dem Verfassungsgerichtshof landen, meine Damen und Herren. Egal, ob dieser Minister in guter oder schlechter Verfassung ist: Er bewegt sich selten auf dem Boden unserer Verfassung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Jetzt komme ich zum erfreulichen Teil. Ich hatte schon gesagt, dass sicherlich auch Lob und Aner-

kennung bezogen auf den Teil zu zollen sind, den wir gemeinsam mit den Kommunen zu regeln haben.

In diesem Zusammenhang finde ich es ausgesprochen erfreulich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es zu einer raschen und zügigen Einigung zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der Landesregierung gekommen ist. Es ist mir eigentlich relativ egal, wer für sich den größeren Teil des Verdienstes reklamiert. Aber es muss jetzt tatsächlich unbürokratisch gehandelt werden. Wir müssen unbürokratisch vorgehen. Es muss zu einer zügigen Umsetzung kommen.

Hinsichtlich der Kriterien möchte ich Folgendes gerne konzidieren; an dieser Stelle haben Sie sich das Leben durch Ihre Bemerkung eben selber ein bisschen schwer gemacht: In Bezug auf die Zusätzlichkeit, die Nachhaltigkeit und weitere Details halte ich § 11 des vorgelegten Gesetzes für durchaus angemessen. Ich glaube, es lohnt den Schweiß der Edlen, bezogen auf das Merkmal der Zusätzlichkeit für eine weitere Klarstellung zu sorgen. Hier sind wir durchaus an Ihrer Seite.

Wir halten es für absolut angemessen und richtig, dass sich finanzschwache Kommunen in vollem Umfang beteiligen können und darüber hinaus keine Hemmnisse durch die Verpflichtung zu Nachtragshaushalten auf den Weg gebracht werden. Wie gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Tatsache der Finanzschwäche zieht sich natürlich wie ein roter Faden auch in den ins Auge gefassten Zeitraum der Rückzahlung. Insoweit würde ich mir wünschen, dass man damit ähnlich flexibel umgeht wie auf der Landesseite.

Es ist insbesondere bei diesen Kommunen nachvollziehbar, dass ein erheblicher Nachholbedarf bei der kommunalen Infrastruktur besteht. Dort ist es besonders nötig, insbesondere über den örtlichen Mittelstand kurzfristig wirksame Impulse für Arbeitsmarkt und Beschäftigung zu geben.

Ich erlaube mir an der Stelle einen weiteren, etwas kritischen Hinweis: Es handelt sich um ein Konjunkturprogramm. Ich glaube, alle Kräfte im Haus sind prinzipiell und grundsätzlich der Ansicht, dass wir dieses Konjunkturprogramm brauchen. Aber es ändert leider prinzipiell nichts an der strukturellen Überschuldung vieler Kommunen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Insoweit ist die Frage, wer sich hier wie kommunalfreundlich aufstellt, natürlich nach wie vor unter anderen Kriterien zu würdigen.

(Horst Becker [GRÜNE]: So ist es!)

Meine Damen und Herren, wir haben die Zahlen addiert. Man kann sich sicherlich über die Summe streiten; bei der einen oder anderen Million bin ich durchaus großzügig: 1,833 Milliarden € hat diese Landesregierung unseren Kommunen seit ihrem

Amtsantritt entzogen. Alleine der Drei-Siebtel-Anteil an der Grunderwerbsteuer beträgt pro Jahr mindestens 540 Millionen €. Sich selber dann im Zusammenhang mit den Regularien zum Konjunkturpaket das Etikett „besonders kommunalfreundlich“ verleihen zu wollen, halten wir bei aller Ehre und aller Zustimmung zu den Einzelmaßnahmen für übertrieben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das kommunale Investitionspaket leistet einen erheblichen Beitrag dazu, dass dringende kommunale Investitionen in Kindergärten, Schulen, Weiterbildungseinrichtungen und in die kommunale Infrastruktur vorgenommen werden. Damit sind die konjunkturellen Effekte verbunden.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

An dieser Stelle sollten wir gerade bezogen auf das, was unseren Kommunen durch die Finanzkrise an Einnahmeausfällen dräut, noch einmal zurückblenden, wo denn die Ursachen für diese Finanzkrise liegen. Bei der Einbringung des Nachtragshaushalts habe ich mit großer Verwunderung das Bild des Kollegen Weisbrich vom großen amerikanischen Straßenkreuzer gehört, der in die brave deutsche Landschaft hereinbricht. Ganz so ist es nicht. Die Ursachen für die gegenwärtige Krise liegen in ungezügelter Marktwirtschaft und der Philosophie vom Rückzug des Staates, meine Damen und Herren. Sie hatte auch hier in diesem Haus ihre Anhänger.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von Christof Rasche [FDP])

Diese Ideologie ist dramatisch gescheitert. Ihre Reaktion lässt erkennen, dass wir auf einem richtigen Weg sind. „Privat vor Staat“ war gestern.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Ein positiver Aspekt dieser ganzen Misere ist, dass wir uns heute alle zusammen zumindest vom Grundsatz her für einen handlungsfähigen Staat aussprechen, der in solchen Situationen auch dazu in der Lage und bereit ist, einzugreifen. Dafür stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in diesem Haus.

(Widerspruch von der CDU)

Wir werden unseren Teil dazu beitragen, dass das Konjunkturprogramm vor Ort zügig umgesetzt wird.

Nur, meine Damen und Herren – hier lassen wir Sie nicht raus –: Das macht Sie nicht zu einer kommunalfreundlichen Landesregierung. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Lux.

**Rainer Lux\*** (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Körfges, es ist schon mehr als enttäuschend, dass Sie, wenn Sie zu einem solchen Gesetzentwurf sprechen, in alle Kisten Ihres Feinddenkens hineingreifen, nur um nicht unumwunden zugeben zu müssen, dass die Landesregierung mit diesem Gesetzentwurf vorbildlich gehandelt hat.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von Gisela Walsken [SPD])

Sie tun mir leid, wenn Ihnen die Größe fehlt, das ganz offen zuzugeben, und Sie stattdessen mit Verfassungsstreit und uralten Geschichten aus dem GFG anfangen müssen. Wenn Sie ein bisschen Größe hätten, Herr Körfges,

(Zurufe von Hans-Willi Körfges und Gisela Walsken [SPD])

hätten Sie uneingeschränkt gesagt, was ich jetzt für meine Fraktion sage: Mit dem Zukunftsinvestitionsgesetz untermauert die Landesregierung, untermauert das Land Nordrhein-Westfalen seine Spitzenstellung in Deutschland, was die Umsetzung des Konjunkturpakets II angeht, was von allen uneingeschränkt attestiert wird. Kein anderes Bundesland leitet einen so hohen Prozentsatz, nämlich fast 84 % oder 2,38 Milliarden €, an die Kommunen weiter. Das ist weit mehr als die 70 %, die der Bund fordert und die von kommunalen Interessenvertretern wie Herrn Ude im Fernsehen verlangt wurden. Kein anderes Bundesland ist zeitlich so weit mit der Umsetzung fortgeschritten wie Nordrhein-Westfalen.

Dafür möchte ich an dieser Stelle der Landesregierung, insbesondere dem Ministerpräsidenten, dem Finanzminister, dem Innenminister und dem Chef der Staatskanzlei, die Anerkennung und den Dank der CDU-Fraktion aussprechen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ist das eine Dankesorgie?)

Zweitens. Das Besondere an diesem Gesetzentwurf der Landesregierung ist zudem, dass dieses Vorgehen völlig mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt ist. Das ermöglicht die notwendige zeitige und zügige Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs und damit eine schnelle Umsetzung des Konjunkturprogramms in den Gemeinden.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Dass auch Nothaushaltskommunen in den Genuss der Zuweisung kommen, ist ein großartiger Erfolg der Landesregierung.

Leider – der Finanzminister hat in seinen Beiträgen zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt darauf hingewiesen; der Innenminister hat es eben noch einmal deutlich gemacht – hat der Bundesfinanzminister es nicht lassen können, bürokratische Hemmnisse einzubauen.

Gleichwohl haben Landesregierung und die Spitzenverbände beispielhaft verabredet, wie die Umsetzung mit dem geringstmöglichen Aufwand gelingen kann. Dem dient das pauschale Zuweisungsverfahren der kommunalen Praxis, wie der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Schneider, in seiner gestrigen Presseerklärung ausdrücklich feststellt.

Wir unterstützen besonders den ehrgeizigen Zeitplan der Landesregierung, bis Anfang April den Gesetzentwurf zu verabschieden, um damit die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass das Konjunkturpaket II seine Wirkung vor Ort entfalten kann. Ich freue mich ausdrücklich darüber, dass zumindest die größere Oppositionsfraktion bei der zeitlichen Umsetzung keinen Widerstand leisten wird, sondern – da lasse ich mich überraschen – dieses Paket weiterhin unterstützen wird.

Wir gehen davon aus, dass für die noch offenen Fragen, Herr Innenminister, die sich zur Abwicklung einzelner Detailbereiche ergeben, bis dahin so verbindliche Regelungen gefunden worden sind, dass Rechtssicherheit für die anwendenden Kommunen herrscht.

Mit diesem Zukunftsinvestitionsgesetz und mit dem Konjunkturprogramm II unterstreichen die Landesregierung sowie die Fraktionen von CDU und FDP ihre kommunalfreundliche Politik und ihre Grundüberzeugung, dass man in den Kommunen vor Ort am besten weiß, wo zusätzliche Investitionen in Bildungs- und Infrastruktur am besten und nachhaltigsten erfolgen können.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Auch dass freie Träger und Träger von Ersatzschulen angemessen zu beteiligen sind, entspringt dem Grundsatz der Subsidiarität, der für die CDU von sehr großer Bedeutung ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesem Gesetzentwurf kann vor Ort beim Klimaschutz, bei der Bildung und bei kommunaler Infrastruktur eine gute Zukunft erreicht werden. Wir sind davon überzeugt, dass die Rahmenbedingungen sicherstellen, dass die Mittel nachhaltig eingesetzt und nicht für ein Strohfeuer verbrannt werden.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Nordrhein-Westfalen unterstreicht mit diesem Gesetzentwurf seine Spitzenstellung im Kreis der Länder, weil kein anderes Land so viele Mittel, nämlich 84 %, an die Kommunen weiterleitet. Kein Land ist so weit in diesem Prozess fortgeschritten wie Nordrhein-Westfalen.

Wir unterstützen diesen ehrgeizigen Zeitplan des Gesetzgebungsverfahrens und danken der Landesregierung sowie den kommunalen Spitzenverbänden gleichermaßen für das abgestimmte Verfahren. Wir sind überzeugt davon, dass dieses Gesetz ei-

nen wesentlichen Beitrag sowohl zur Stützung der Konjunktur im Handwerk vor Ort als auch in der Fläche leisten wird. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Kollege Lux. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

**Christof Rasche**<sup>\*)</sup> (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Lux, nachträglich wünsche ich alles Gute zum Geburtstag, der gestern war.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Sie hatten gerade recht mit einer wesentlichen Aussage: Der SPD – das hat der Beitrag von Herrn Körfges deutlich gemacht – fehlt es an Größe – nicht nur bei den Umfragewerten, sondern vor allem inhaltlich und bei der Anerkennung dieses Gesetzesentwurfs.

(Martin Börschel [SPD]: Das haben Sie doch fast blockiert, Herr Kollege! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie sollten sich schämen! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Herr Körfges hat damit recht, dass sich die FDP erhebliche Steuerentlastungen gewünscht hat. Sie waren zum jetzigen Zeitpunkt nicht durchzusetzen. Das werden wir, meine Damen und Herren, gemeinsam mit den richtigen Partnern nach der Bundestagswahl durchsetzen. Dann werden diese Steuerentlastungen die Bürger in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen erreichen, meine Damen und Herren.

Ich bedanke mich herzlich bei der Landesregierung und insbesondere beim Innenminister für die rasche Vorarbeit, die die Landesregierung geleistet hat.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Nordrhein-Westfalen nimmt mit Niedersachsen eine Vorreiterrolle bei der Schnelligkeit der Umsetzung des Konjunkturpakets II ein. Andere Bundesländer und insbesondere SPD-geführte Bundesländer haben längst nicht dieses Stadium bei der Umsetzung des Programms erreicht.

Meine Damen und Herren, jetzt – das ist der springende Punkt der heutigen Debatte – geht es darum, ob der Landtag die Chance nutzt, dieses hohe Tempo der Landesregierung mitzugehen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Wie Herr Wittke? – Heiterkeit und Beifall von Horst Becker [GRÜNE])

Ich gehe davon aus, dass beide Oppositionsfraktionen einem verkürzten Beratungsverfahren zustim-

men werden. Warum, meine Damen und Herren, lieber Herr Körfges, nehmen wir uns nicht die Berliner Kollegen – nicht unbedingt Herrn Becker – als gute Beispiele und handeln genauso zügig wie sie? Warum können wir uns nicht mit allen vier Fraktionen zusammensetzen, um als Ziel die nächste Plenardebatte anzustreben?

(Horst Becker [GRÜNE]: Das sagt der Richtige!)

Es wäre möglich, meine Damen und Herren, das Gesetzgebungsverfahren am 19. März abzuschließen, wenn die Oppositionsfraktionen dazu bereit wären.

(Gisela Walsken [SPD]: Warum?)

Dann, meine Damen und Herren, würden die Kommunen bereits Anfang April das Geld bekommen.

(Gisela Walsken [SPD]: Was soll das?)

Der Geldfluss wäre bereits Anfang April möglich.

(Gisela Walsken [SPD]: Wo ist denn das Problem?)

– Ich weiß nicht, Frau Walsken, ob Sie da ein Problem sehen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie sind nicht informiert, Herr Rasche. Das ist das Problem!)

Nach Auffassung der FDP ist es möglich, das Verfahren bis zu den nächsten ordentlichen Plenartagen am 18. und 19. März abzuschließen. Es liegt in der Tat vor allem an der Opposition, ob die Kommunen das Geld Anfang April erhalten oder ob sie es noch nicht erhalten.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist eine Unverschämtheit! – Minister Dr. Helmut Linsen: Ganz einfach ist das!)

Beim Anteil für die kommunale Familie, meine Damen und Herren, ist Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich Spitze.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Mit dem vorgelegten Gesetzesentwurf haben wir die Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden 1:1 umgesetzt.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Walsken?

**Christof Rasche**<sup>\*)</sup> (FDP): Aber klar.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Frau Kollegin Walsken.

**Gisela Walsken** (SPD): Herr Kollege, haben Sie nicht zur Kenntnis genommen, dass wir bereit sind,

einen Zeitplan mitzutragen, der dazu führt, dass dieses Paket am 2. oder spätestens am 3. April abgeschlossen sein kann? Würden Sie mir bitte erzählen, was Sie gerade vertreten?

**Christof Rasche**<sup>\*)</sup> (FDP): Ich habe erstens ausdrücklich beide Oppositionsfraktionen angesprochen. Ich habe Herrn Körfges mit den Fragen angesprochen, ob sich die zuständigen Vertreter aller vier Fraktionen zusammensetzen können und ob es möglich ist, das Gesetzgebungsverfahren bis zu den nächsten ordentlichen Plenartagen am 18. und 19. März abzuschließen.

(Gisela Walsken [SPD]: Das machen wir doch!)

– Sie sind nicht bereit, sich zusammenzusetzen; das müssen Sie wissen.

(Gisela Walsken [SPD]: Häh?)

– Ich mache nur den Vorschlag, liebe Frau Walsken.

Warum sollen die Kommunen nicht möglichst schnell das Geld bekommen, das sie so dringend benötigen, meine Damen und Herren?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Löhrmann?

**Christof Rasche**<sup>\*)</sup> (FDP): Klar.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Frau Löhrmann.

**Sylvia Löhrmann** (GRÜNE): Schönen Dank, Herr Rasche. Zum einen erinnere ich daran, dass wir bereits den Vorschlag gemacht hatten, das Datenwerk und das Zahlenwerk in den laufenden Haushalt 2009 einzufügen. Zweitens möchte ich Sie fragen: Warum trennen Sie als Koalition und als Regierung nicht die verschiedenen Sachverhalte, nämlich zum einen in das Konjunkturpaket II bezogen auf die Umsetzung für den kommunalen Bereich und zum anderen in die anderen Dinge, die Sie im Haushalt noch zu regeln haben? Das hatten wir auch noch vorgeschlagen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Christof Rasche**<sup>\*)</sup> (FDP): Vielen Dank, Frau Löhrmann. Im ersten Teil haben Sie grundsätzliche Aussagen gemacht. Ich weiß nicht, warum Sie nicht die Rede von Herrn Priggen abwarten konnten, der dies für die Grünen ebenso gut vorgetragen hätte.

(Horst Becker [GRÜNE]: Antworten Sie doch einmal!)

Zweitens zu Ihrer Frage: Die jetzige Koalition macht das, was für die Kommunen notwendig ist. Wir wollen, dass die Kommunen nach Möglichkeit noch vier Wochen schneller das Geld bekommen, als Sie es vielleicht wollen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das ist lächerlich! – Gisela Walsken [SPD]: Warum teilen Sie dann nicht?)

Wenn Ihnen diese Zeitfrage, liebe Frau Löhrmann, ganz egal ist, ist das Ihre Position.

(Gisela Walsken [SPD]: Rhabarber, Rhabarber!)

Wir wollen ein Tempo, das so schnell ist, wie es eben geht.

(Horst Becker [GRÜNE]: Antworten Sie doch auf die Frage! – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Hat er doch! – Gisela Walsken [SPD]: Hat er nicht!)

Meine Damen und Herren, ich sagte es bereits, und Kollege Lux hat es auch gesagt: Die Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden wird 1:1 umgesetzt. Das bedeutet, dass die Kommunen von den 2,8 Milliarden insgesamt 83,7 %, also eine Finanzspritze von 2,4 Milliarden €, erhalten. Damit erhält die kommunale Familie deutlich mehr Investitionsmittel, als die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern vorsieht. Das ist kommunalfreundlich, und das ist vorbildlich, wie Nordrhein-Westfalen hier handelt. Das sollte bitte auch die Opposition anerkennen, wenn sie ihrer Aufgabe überhaupt gerecht werden will.

Meine Damen und Herren, die restlichen Mittel in Höhe von 464 Millionen € wird das Land Nordrhein-Westfalen direkt für die energetische Sanierung der Hochschulen verwenden. Indirekt werden davon natürlich auch die Kommunen profitieren.

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf stehen den Kommunen 1,4 Milliarden € an Bildungsinvestitionen und fast 1 Milliarde € an Infrastrukturinvestitionen zur Verfügung. Da wird sich in den Städten, meine Damen und Herren, natürlich einiges bewegen.

Trotz der schwierigen Vorgaben des Bundes – auch das haben wir mehrfach diskutiert – ist es in Nordrhein-Westfalen gelungen, geplante Zuweisungen der Finanzhilfe an die Kommunen als Pauschale möglich zu machen. Das bedeutet, dass die Mittel auf möglichst unbürokratischem Wege an die Kommunen überwiesen werden können, anders als es in anderen Bundesländern der Fall ist.

Für konkrete Einzelfälle – auch das hat Herr Lux angesprochen – besteht eine Hotline beim Innenministerium – es gibt dort auch weitere Möglichkeiten –, um genau diese Einzelfragen im Detail zu klären. Das ist nicht leicht, und im Detail können wir das gemeinsam wohl nicht lösen.

Zudem entfällt ein lästiges und zeitaufwendiges Antragsverfahren bei einer Bewilligungsbehörde, wie es in anderen Bundesländern vorgesehen ist. Auch da handelt das Land Nordrhein-Westfalen unbürokratisch, während zum Beispiel Bayern mit einer solchen Bewilligungsbehörde operiert.

Die Pauschale für Bildungsinvestitionen richtet sich nach den Schülerzahlen der Kommunen. Die pauschale Mittelverwendung für die kommunale Infrastruktur wird zur Hälfte in Anlehnung an die Kriterien der Investitionspauschale ausgezahlt, die andere Hälfte nach den Kriterien der Schlüsselzuweisungen im GFG. Damit erhalten gerade die Haushaltssicherungskommunen und die Nothaushaltskommunen über die pauschale Mittelzuweisung die Möglichkeit, die Investitionsmittel vor Ort zu verwenden.

CDU und FDP, meine Damen und Herren, gehen bewusst auf diese finanzschwachen Kommunen zu, geben ihnen die Hand, sorgen dafür, dass dort die Mittel verwendet werden können. Und wir hoffen, dass diese Mittel dort auch effektiv für eine bessere Zukunft genutzt werden.

Bei dem vorliegenden Gesetzentwurf können Kommunen flexibel mit der Finanzhilfe umgehen. Von einzelnen Kommunen eventuell nicht in Gänze beanspruchte Investitionsmittel können auf andere Kommunen für dortige Investitionen übertragen werden. Damit können vielleicht unsinnige Investitionen auf der einen Seite vermieden und andere wichtige Investitionen auf der anderen Seite ermöglicht werden.

Zur Verfahrensbeschleunigung und zur Vereinfachung erhalten die Kommunen die Möglichkeit, anstatt eines aufwendigen Nachtragshaushaltes lediglich per Ratsbeschluss die Investitionshilfen einzusetzen. Auch hier ist die Vorgehensweise von Nordrhein-Westfalen beispielhaft.

(Zuruf von der SPD: Und Rheinland-Pfalz?)

Für die Finanzierung des Zukunftspaktes für die Jahre 2009 und 2010 wird mit diesem Gesetzentwurf ein Sondervermögen eingerichtet, das über einen Zeitrahmen von zehn Jahren getilgt werden soll.

Die Kommunen beteiligen sich ab dem Jahre 2012 über einen Vorwegabzug aus dem GFG an der Finanzierung dieses Fonds. Der Anteil der kommunalen Kofinanzierung beträgt 12,5 %. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird keine Kommune einer besonderen Härte ausgesetzt.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss: In diesen Zeiten ist sehr schnelles Handeln gefordert. Die FDP ist dazu bereit. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf setzen wir kommunalfreundlich, unbürokratisch und zeitnah das Investitionsprogramm der öffentlichen Hand im Rahmen des Konjunkturpaketes II um. Inhaltlich und zeitlich leistet Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu vielen anderen

Bundesländern eine vorbildliche Arbeit für die Städte und Gemeinden in unserem Land. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Priggen.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte gerne das ein wenig beleuchten, was in der Einbringung durch den Innenminister und auch in den Debattenbeiträgen sehr wenig bis gar nicht vorgekommen ist: In welchem Umfeld findet diese Debatte hier eigentlich statt?

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich glaube nämlich, dass es nicht das letzte Konjunkturpaket gewesen sein wird. Nach allen Erkenntnissen, die wir aus den Gesprächen in den letzten Wochen gewonnen haben, ist die Situation wesentlich dramatischer, als sie in den Beiträgen zu diesem Punkt bisher dargestellt worden ist.

Wir haben seit dem 15. September, als wir noch angenommen haben, es sei der Auftakt einer reinen Finanzmarktkrise, eine dramatische Entwicklung zu verzeichnen. Wir wissen, dass diese Krise jetzt im Frühjahr in der Realwirtschaft angekommen ist. Wir haben Gespräche mit Zulieferern aus dem Automobilbereich, mit Firmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau geführt.

Alle sagen uns, dass die Auftragslage beginnend mit Oktober/November um ca. 30 % eingebrochen ist. Diese Firmen sind mittelständisch geführt, Familienunternehmen. Sie sagten uns, sie könnten mit 30 % weniger Auftragsengängen nicht arbeiten. Sie könnten noch ein halbes Jahr durchhalten, wenn sie all das realisieren, was man an Sparprogrammen durchführen kann. Wenn aber nicht Mitte des Jahres wieder Licht am Ende des Tunnels käme, wüssten sie nicht, wie sie da durchkommen sollen.

Wir haben auch Gespräche mit großen Gewerkschaften geführt, die natürlich auch den Überblick über die Betriebe, den Maschinen- und den Anlagenbau haben. Auch von dieser Seite wird uns gesagt: Alle erwarten, dass sich die Situation Mitte des Jahres dramatisch zuspitzen wird.

Vor dem Hintergrund müssen wir sehen, was tatsächlich gemacht wird, wobei wir zwischen der Automobilindustrie und dem allgemeinen Maschinenbau trennen müssen. Wir haben in der Automobilindustrie tatsächlich eine Strukturkrise. Im allgemeinen Wirtschaftsbereich haben wir jetzt die Wirtschaftskrise so, wie sie sich in den letzten Monaten angedeutet hat. Bei den Automobilzulieferern ist uns deutlich gemacht worden, dass wir im Automobil-

bereich insgesamt Überkapazitäten in einer Größenordnung von 20 % haben.

Weil wir auch immer wieder über Opel reden: Allein Opel hat in Europa Überkapazitäten von 30 %. Das muss man ganz nüchtern zur Kenntnis nehmen. Wenn Opel 1,6 Millionen Autoeinheiten fertigen, aber nur 1,1 Millionen verkaufen kann, dann wird die Lösung nicht sein, wie uns das zurzeit vom Konzern noch vorgegaukelt wird, dass alle europäischen Werke gehalten werden können, sondern dann muss man sich dem ehrlich stellen. Das, was derzeit passiert, ist ein Stück weit auch eine Erpressung seitens der Amerikaner, um einfach an Staatsgelder zu gelangen. Da wird sehr sorgfältig geprüft werden müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Außerdem haben uns alle Gesprächspartner unisono gesagt: Die Abwrackprämie ist nur ein Strohfeuer. Da gibt es ja mehrere Betrachtungsweisen. Wenn ich es vernünftig betrachte, kann es eigentlich nicht richtig sein, ein neun Jahre altes heiles Auto kaputt zu machen. Ich schmeiße auch nicht gleich nach dem Vortrag das Glas hier auf den Boden, damit die Glasindustrie wieder Gläser verkaufen kann. Dahinter steckt ein Grundsatz, der eigentlich nicht in Ordnung sein kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt aber wird das gemacht. Die Abwrackprämie sorgt im Moment für erhöhte Verkäufe bei Kleinwagen, aber alle Gesprächspartner – Autoindustrie, Gewerkschaften – sagen: Das wird eine kurze Zeit gehen, und danach wird das Loch nur noch tiefer. – Das heißt, das wird auf lange Sicht nicht helfen. Die Autohändler, die jetzt Glück haben, stellen auch niemanden neu ein, sondern fahren die zusätzlichen Verkaufszahlen mit Überstunden.

Die Frage ist: Was von dem Konjunkturprogramm ist geeignet, um dauerhaft auch eine gewisse Sicherheit bei den Arbeitsplätzen zu schaffen? – Das Fazit ist: Die Situation spitzt sich zu und das Konjunkturprogramm soll ein Teil der Lösung sein. Der Ministerpräsident hat im Dezember noch gesagt, dass man in einer beginnenden Rezession schnell und entschlossen handeln muss.

Da will ich auch ein paar kritische Töne zu dem Konjunkturprogramm sagen: Von 50 Milliarden € sind nur 13 Milliarden € investiv. Nur 13 Milliarden € werden jetzt tatsächlich – 10 Milliarden auf die Länder, 3 Milliarden nimmt der Bund – auf die Gemeinden umverteilt. Der Innenminister hat die ganze Technik beschrieben. Ich habe keine Kritik an der Verteilung, an dem Verteilerschlüssel. Das ist für mich nicht der Punkt.

Was ich vermisste – das ist ein ganz entscheidend – sind irgendwelche eigenen additiven Elemente oder Ideen der Landesregierung,

(Beifall von Horst Becker [GRÜNE])

wie denn in dieser konjunkturellen Krise tatsächlich vorgegangen werden soll, um Arbeitsplätze zu stabilisieren oder auch neue zu schaffen. Da kommt überhaupt nichts. Wenn uns alle Gesprächspartner sagen, dass die Situation dramatisch ist, dass diese Abwrackprämien-Strohfeuer-elemente nur kurzfristig halten, müsste dies doch von der Landesregierung diskutiert, müssten Ideen in die Debatte gebracht werden, wie man das auffangen könnte. Dazu hören wir jedoch überhaupt nichts.

Wenn sich die Situation im Sommer richtig dramatisch zuspitzt – davon müssen wir ausgehen – und dieses Strohfeuer der Abwrackprämie erloschen ist, wird doch sofort die Frage kommen: Was ist mit dem Konjunkturpaket II? – Dann werden wir erste Wirkungen aus diesem Paket verspüren. Das ist gut und richtig so. Das wird in der Bauindustrie ankommen. Aber wir müssten darüber diskutieren – diese Frage zu beantworten wird uns niemand abnehmen – was wir an längerfristigen Programmen haben, um nicht nur ein Strohfeuer zu entfachen, sondern um längerfristig wirkende Maßnahmen ins Werk zu setzen.

Wir haben hier mehrfach die Frage der Gebäudesanierung diskutiert, sollten dies jedoch nicht unter dem Aspekt, dass es ein oder zwei Jahre helfen könnte, tun, denn ein solches Konjunkturprogramm hilft nicht wirklich.

Ich kann von daher nur noch einmal eine weitergehende Diskussion anbieten; ich habe auch bei den sozialdemokratischen Kollegen immer Entgegenkommen bei dieser Frage verspürt. Wir müssen es unter einem Ansatz diskutieren, den auch die Ministerin in die Diskussion eingebracht hat.

Wir sanieren derzeit 1 % der Gebäude jährlich. Wir brauchen 100 Jahre, um den Gesamtbestand zu sanieren. Die Ministerin hat 3 % jährlich vorgeschlagen und gesagt, das wären 100 000 zusätzliche Arbeitsplätze – ich beziehe mich auf Ihre Zahlen in den Pressemitteilungen.

Wir meinen, wir brauchten noch einmal – ich habe das schon mehrfach vorgetragen, aber ich bleibe dabei, dass das der richtige Weg wäre – so etwas wie eine nationale Kraftanstrengung zur Gebäudesanierung. Wir müssten die Sanierungsrate vor dem konjunkturellen Hintergrund auf mindestens 4 % pro Jahr erhöhen. Das sind 150 000 neue Arbeitsplätze. Und wir müssten fraktionsübergreifend signalisieren, dass das nicht für ein oder zwei Jahre ist, sondern dass wir bereit sind, im politischen Konsens Zusagen für fünf oder zehn Jahre zu geben, damit Bauindustrie und Bauhandwerk sowie Baustofflieferanten tatsächlich Kapazitäten aufbauen und erhalten können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das wäre eine richtige Maßnahme, um das, was in der Autoindustrie unvermeidlich wegfallen wird, auszugleichen. Da sollte sich niemand etwas vormachen: Da wird ein Stück weit etwas wegfallen.

Diese Maßnahme wäre geeignet, an einer anderen Stelle etwas sinnvoll aufzubauen, zu stabilisieren und zu halten. Gerade im Bauhandwerk wäre angesichts der rückläufigen Entwicklung im Neubau – weil auch da bestimmte Investitionen nicht da sind – ein Programm über fünf oder zehn Jahre, das tatsächlich von allen getragen wird, von langfristiger Wirkung. Darüber werden wir reden müssen.

Das ändert nichts daran: Das Gesetz geht jetzt seinen Weg. Die Fraktionen werden es in den nächsten Wochen auf den Weg bringen. Aber es ändert nichts daran, dass sich uns die Frage nach weiteren Programmen und weiteren Maßnahmen in aller Dringlichkeit im Mai, im Juni in aller Schärfe stellen wird, und dann müssen wir darüber reden. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Ich habe als nächsten Redner Herrn Kollegen Börschel auf der Liste, bin aber nicht sicher, ob er noch sprechen will.

(Martin Börschel [SPD]: Nein!)

– Sie wollen nicht sprechen. – Dann habe ich keine weiteren Redner mehr auf der Liste. Wir sind am Ende der Debatte.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Herr Becker will noch reden!)

– Herr Becker hat sich jetzt gemeldet. Herr Becker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort.

**Horst Becker (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich melde mich insbesondere deswegen noch einmal, weil der Herr Kollege Rasche eben den Eindruck erweckt hat, die FDP wäre besonders an einer schnellen Umsetzung interessiert. – Herr Kollege Rasche, da müssen wir Ihnen, nachdem Sie die Fragen nicht beantwortet haben, die Ihnen meine Kollegin Löhrmann gestellt hat, doch noch einige Hinweise geben, wie sich die Sache wirklich verhält.

Zunächst einmal: Unsere Fraktion hat ganz ausdrücklich angeboten und im Übrigen auch beantragt, das Haushaltsverfahren für das Jahr 2009 um zwei bis drei Wochen aufzuschieben – so unser Antrag –, und zwar mit dem Ziel, dass damals bereits die Konjunkturmittel hätten eingestellt werden können und wir bedeutend früher in der Lage gewesen wären, den Kommunen die Konjunkturmittel auch vonseiten des Landes auszureichen. Das hat Ihre Fraktion – da Sie von Gemeinsamkeit geredet haben – zusammen mit der CDU abgelehnt.

Zweitens. Sie wollen jetzt eine noch stärkere Beschleunigung als die bis zum April, und zwar für ein Verfahren, in dem Sie im Rahmen eines Nachtrags-

haushalts, bei dem noch ganz andere Dinge beraten werden, auch das Konjunkturprogramm beraten. Das heißt, Sie wollen sozusagen huckepack etwas draufladen, was in der Sache nicht dazugehört. Das können Sie nicht wollen, jedenfalls nicht von der Opposition. Sie können sehr wohl von uns wollen, dass wir das beschleunigen, was für die Kommunen und das Konjunkturpaket nötig ist; aber Sie können nicht von uns verlangen, dass wir hier auch alles andere im Schweinsgalopp – um das deutlich zu sagen – durchmarschieren lassen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn ausgerechnet die FDP, die hier in den letzten Monaten an allen Stellen, die wichtig waren, ein gemeinsames Vorgehen blockiert hat – Sie wissen ganz genau, wo Ihre Fraktion das gemacht hat, namentlich unter der Führung insbesondere der Herren Papke, Lindner und Witzel –, nun ein gemeinsames Vorgehen will, dann ist das nichts anderes als ein Treppenwitz.

Es ist natürlich auch ein Treppenwitz – das muss man ganz deutlich sagen –, wenn Sie ein Stück weit versuchen, mit einer vernünftigen Durchreichung – die Quote dessen, was Sie hier durchreichen, ist vernünftig; ich stehe nicht an, das anders zu sagen – den Eindruck zu erwecken, Sie seien – Sie haben das, glaube ich, eben auch gesagt – eine kommunalfreundliche Landesregierung.

Das ist ein absoluter Irrwitz vor dem Hintergrund, dass Sie den Kommunen in den letzten Jahren strukturell in der Tat 1,35 Milliarden € jährlich entzogen haben, dass Sie den Kommunen in der Tat einmalig fast 400 Millionen € entzogen haben und dass Sie den Kommunen obendrein Aufgaben aufgebürdet haben, die ganz erheblich sind und wo Sie nicht gemäß dem Konnexitätsprinzip die entsprechende Finanzausstattung bereitgestellt haben. Ich erinnere beispielhaft an den Streit – teilweise Klagen – im Zusammenhang mit der Verlagerung der Umweltverwaltung und der Verlagerung der Versorgungsverwaltung. Beides Fälle, wo Sie kommunalfeindlich gehandelt haben!

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, ich möchte auch ganz deutlich darauf verweisen, dass in Bezug auf die Frage, wie das jetzt mit den Nothaushaltskommunen ist, auch Licht und Schatten vorhanden sind. Es freut uns, dass Sie die Regelung zu § 82 GO, also zur vorläufigen Haushaltsführung, so interpretieren wollen, dass auch die Kommunen mit Nothaushalt die Mittel annehmen und investieren können.

Es stellt sich allerdings die Frage, was damit gemeint ist, dass die Investitionsmaßnahmen dann unzulässig sind, wenn die Folgekosten ihre Entlastungswirkungen für künftige Haushalte übersteigen. Jede und jeder, die oder der sich mit NKF-Haushalten auskennt, stellt sich die Frage, ob unter Folgekosten nach dieser Definition nicht auch die

Abschreibungen zu subsumieren sind. Wenn die Abschreibungen dort zu subsumieren wären, dann hätten die Nothaushaltskommunen an dieser Stelle ein erhebliches Problem. Ich fordere die Landesregierung auf, da sehr schnell für eine Klarstellung zu sorgen – wenn wir denn tatsächlich alle zusammen daran interessiert sind, dass auch die Nothaushaltskommunen die entsprechenden Investitionen leisten können.

Ich will darauf verweisen, dass dem Innenministerium nach meiner Kenntnis inzwischen rund 15 Seiten mit Fragen aus den Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden bezüglich der Interpretation vorliegen. Natürlich ist ein Innenministerium, das kommunalfreundlich handeln würde, aufgerufen, diese Klärung sehr schnell herbeizuführen und uns alle daran teilhaben zu lassen, wie diese Klärung aussieht.

Ich will beispielhaft Fragen nennen: ob Neubauten zulässig sind, wenn sie wirtschaftlicher als eine Sanierung sind; in welchem Umfang Vorhaben freier Träger zu berücksichtigen sind; ob und welche Energieeinsparverordnungen einzuhalten sind; wie das Risiko etwaiger Rückforderungen des Bundes einzuschätzen ist, wenn die Investitionsvolumina aus der Referenzperiode 2006 bis 2008 unterschritten werden.

Meine Damen und Herren, wir sind bereit, jetzt, da Sie unseren Hinweisen, wie man das alles hätte beschleunigen können, nicht gefolgt sind, zügig die notwendigen Beratungen fortzusetzen und auch dafür zu sorgen, dass das Verfahren Anfang/Mitte April über die Bühne gegangen sein wird. Aber wir fordern Sie auf, die Fragen, die ich genannt habe, und die vielen weiteren Fragen aus den Kommunen zu klären, und zwar nicht so, wie wir das aus der Vergangenheit bei anderen Gelegenheiten von diesem Innenminister und der Kommunalaufsicht gewöhnt waren: Die Klärungen sind nämlich in der Regel kommunalfeindlich gewesen, insbesondere für die Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept und mit Nothaushalt. Das war insbesondere für diese Kommunen immer mit besonderen Auflagen verbunden. Das darf in diesem Fall nicht sein. Darum bitten wir Sie, und dazu fordern wir Sie auf.

In diesem Sinne sind wir zu einer weiteren konstruktiven Beratung bereit. Es bedarf also nicht der Aufforderung durch die FDP. Wir fordern Sie umgekehrt auf: Lassen Sie die Spielchen, wie Sie sie in den letzten Monaten gemacht haben!

(Zurufe von CDU und GRÜNEN)

– Da jetzt noch Zwischenrufe kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen, will ich auch noch Folgendes sagen: Wenn es nach uns gegangen wäre, hätte das Land im letzten Jahr einen Aufschlag gemacht. Dann hätten Sie in diesem Jahr mit dem Haushalt 2009 die Dinge auf den Weg bringen können. Das alles haben Sie nicht gemacht. Insofern sitzen Sie

im Glashaus und werfen in die falsche Richtung mit Steinen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Wir kommen zur Abstimmung. Nach der Vereinbarung der Fraktionen soll der **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 14/8644** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**, an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** sowie an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie überwiesen** werden. Wer stimmt der Überweisung zu? – Wer ist dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig überwiesen.

Wir kommen zu:

### 3 **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zusammenlegung der allgemeinen Kommunalwahlen mit den Europawahlen (KWahlZG)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8652

erste Lesung

In Verbindung mit:

**Verfassung achten – Mehr Demokratie wagen!**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8645

Und:

**Kommunalwahlzusammenlegungsgesetz verfassungswidrig und nichtig – Innenminister Wolf muss politische Verantwortung übernehmen!**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8662

Sowie:

**Kommunalwahl durch eigenständigen Wahltermin am 30. August 2009 aufwerten**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/8670

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD der Vorsitzenden Kraft das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin Kraft.

**Hannelore Kraft** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! SPD und Grüne haben heute eine Sondersitzung beantragt. Anlass ist das Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen zum Termin der Kommunalwahl.

So etwas haben wir in Nordrhein-Westfalen noch nicht erlebt: Ein Landesgesetz wird in einem zentralen Punkt für nichtig erklärt, weil das Demokratieprinzip verletzt wird. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der zweite Anlass ist, dass Sie, Landesregierung und die sie tragende Koalition, die Absicht haben, das Urteil zu ignorieren und weiter zu tricksen. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, meine Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Schauen wir noch mal genau hin! Ursprünglich war der Termin für die Kommunalwahl von Ihnen, Herr Minister, für Anfang Juni angesetzt. Das wären zwischen der Wahl und dem Amtsantritt derjenigen, die gewählt worden wären, viereinhalb Monate gewesen. Das hat der Verfassungsgerichtshof aus gutem Grunde untersagt. Jetzt wollen Sie allen Ernstes die Wahl zwei Wochen nach den Sommerferien und vier Wochen vor der Bundestagswahl an einem separaten Termin, am 30. August, durchführen, wissend und in Kauf nehmend, dass dadurch die Wahlbeteiligung nach unten geht, und wissend und in Kauf nehmend, dass das 42 Millionen € Mehrkosten verursachen wird. Meine Damen und Herren, das geht nicht!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Diese Zahl, die Sie sicherlich gleich angreifen werden, hat der Steuerzahlerbund genannt und ist auch interessanterweise von Ihnen in der Anhörung beim Verfassungsgericht angeführt worden. In Vertretung war dort Frau van Dinther. Sie haben diese Zahl selbst genannt.

Wahlrechtsfragen sind immer besonders sensible Fragen. Parteien, Regierung und Fraktionen werden zu Recht aufmerksam beobachtet und sollten sorgfältig prüfen und begründen. Deshalb hatten wir in Nordrhein-Westfalen eine gute, eine lange Tradition, solche Entscheidungen nach Möglichkeit im Konsens zwischen Opposition und Regierung herbeizu-

führen. Uns ist das bei der Einteilung der Landtagswahlkreise gerade gelungen. Bei allen Fragen des Kommunalwahlrechts dagegen sind Sie im Alleingang und im Konflikt mit der Opposition vorweg marschiert. Da waren die Abschaffung der Stichwahl, die Wiedereinführung der Sperrklausel, die Sie nicht wollen, und das Vorziehen des Kommunalwahltermins. Das zeigt, dass Sie den Konsens mit uns überhaupt nicht gesucht haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das Urteil des Verfassungsgerichtshofs ist richtungsweisend. Ich wünsche mir, dass die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung eine politische Einsichtsfähigkeit entwickeln und die Bedeutung des Urteils anerkennen. Herr Stahl, ich hätte mir auch gewünscht, Sie hätten mit Ihrer Reaktion zunächst die Begründung des Urteils abgewartet. Ich fand es unangemessen, wie Sie das Gericht kritisiert haben.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und Rüdiger Sagemel [fraktionslos])

Die Begründung hätte Ihnen Anlass geben müssen, über eigene Fehler nachzudenken. Stattdessen war Ihre Stellungnahme von Selbstgerechtigkeit geprägt. Nicht nur deshalb hat Bert Gerhards vom „Kölner Stadt-Anzeiger“ gestern „Arroganz der Macht“ getitelt. – Das ist dabei zum Ausdruck gekommen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wahltermine darf man nicht zum Spielball parteipolitischer Interessen machen, besonders nicht in dieser Zeit. Herr Kollege Wüst, damit wende ich mich ganz bewusst an Sie. Ihre Kritik, dass wir uns in dieser Wirtschaftskrise ausgerechnet nur mit Wahlterminen beschäftigen, weise ich zurück. Wer auch nur den Verdacht nährt, er wolle das Wahlrecht manipulieren, setzt das Vertrauen der Menschen in die Demokratie aufs Spiel. Das passiert hier, Herr Kollege Wüst. Aber das haben Sie in Ihrer politischen Tradition offensichtlich noch gar nicht begriffen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn das Vertrauen in Demokratie weiter absinkt, Herr Kollege Wüst, darf das nicht von dem, was sich im Moment an Vertrauenskrise auf den Weltmärkten abspielt, getrennt werden. Sie wollen dieses Vertrauen weiter unterminieren, und das werden wir nicht zulassen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Franz Müntefering hat recht; er hat am Wochenende von Beugung der Demokratie gesprochen. Die Äußerungen aus Ihren Kreisen bestätigen das. Zum Beispiel sagt interessanterweise der FDP-Vorsitzende aus Bochum in „Ruhrnachrichten.de“ vom 24. Februar – ich zitiere –:

Bei drei Wahlen in einem Jahr werden die Bürger müde sein. Hierdurch sind die kleineren Parteien in der Vergangenheit immer begünstigt worden.

Herr Innenminister, sagen Sie hier und heute: Geht es Ihnen darum, oder um was geht es Ihnen mit diesem Wahltermin, den außer Ihnen keiner will – außer den Herren, die hier vorne sitzen?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich habe heute Morgen beim Amtseid des Kollegen Lienenkämper gut zugehört:

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich auch!)

Ich schwöre, dass ich meine ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten werde.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das hat er heute Morgen geschworen. So haben Sie alle Ihren Amtseid abgelegt.

Umfragen, Berichte und Kommentare sprechen eine deutliche Sprache. Sie sind erkannt. Es wird erkannt, dass Sie getrickst haben. Schauen Sie sich die Umfragen genau an! Nehmen wir die des WDR: 68 % der Menschen in diesem Land sind dafür, beide Wahlen zusammenzulegen. Interessant ist doch der Blick darauf, was CDU-Anhänger und FDP-Anhänger davon halten. Bei der CDU sind es 67%, Herr Vorsitzender, Herr Ministerpräsident Dr. Rüttgers, und bei der FDP sogar 73 %, die das wollen. Folgen Sie doch denen, die Sie parteipolitisch unterstützen, und kehren Sie endlich in dieser Frage um!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der Verfassungsgerichtshof hat einen Weg gewiesen. Sie müssten in die Begründung schauen. Er hat das, was Sie in der Begründung in Bezug auf die Zusammenlegung der Wahlen angegeben hatten, dass dadurch die Wahlbeteiligung ansteigen kann, ausdrücklich positiv gewürdigt. Ihre Argumentation wird übernommen.

Ich zitiere noch einmal aus Ihrem Gesetzentwurf aus dem Jahre 2008:

Ein dritter Wahltermin im Jahr 2009 nach der Sommerpause ausschließlich für die allgemeinen Kommunalwahlen, zusätzlich zur Europawahl und zur Bundestagswahl birgt die Gefahr einer für die Demokratie unerfreulich geringen Wahlbeteiligung und ist wegen der damit verbundenen zusätzlichen Belastungen nicht vertretbar.

Dem ist nichts hinzuzufügen, meine Herren.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und Rüdiger Sagem [fraktionslos] – Zuruf von der SPD: Pure Heuchelei! – Weitere lebhaftes Zurufe)

In seiner Begründung geht das Verfassungsgericht noch weiter. Das Verfassungsgericht sagt ausdrücklich:

Das Ziel einer höheren Wahlbeteiligung durch Zusammenlegung hat Verfassungsrang, weil es zu einer höheren demokratischen Legitimation der Gewählten führt.

(Unruhe)

Für mich ist das die entscheidende Aussage dieses Urteils. Dann gilt auch der Umkehrschluss, Herr Innenminister: Eine niedrige Wahlbeteiligung schwächt die demokratische Legitimation. Darauf dürfen Sie, Herr Ministerpräsident, nicht sehenden Auges hinwirken. Das ist unsere Überzeugung.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und Rüdiger Sagem [fraktionslos])

Niemand, Herr Ministerpräsident – ich glaube, auch Sie nicht –, bezweifelt ernsthaft, dass die Zusammenlegung von Kommunal- und Bundestagswahl die Wahlbeteiligung nach oben bringen wird. Auch da sprechen die Zahlen für sich. Schauen wir doch einmal hin! 1994 gab es eine solche Kombination. Da lag die Wahlbeteiligung bei 81,7 %. Bei den Kommunalwahlen, die 1999 und 2004 isoliert durchgeführt wurden, waren es jeweils rund 55 %. Oder stellen wir es, um es anschaulich zu machen, in absoluten Zahlen dar: Bei der Bundestagswahl 2005 in Nordrhein-Westfalen gab es pi mal Daumen 10,5 Millionen Wählerinnen und Wähler. Bei der Kommunalwahl 2004 gab es 7,5 Millionen Wähler. Das heißt, das Fehlen von rund 3 Millionen Wählerinnen und Wähler wollen Sie mit dieser Entscheidung in Kauf nehmen. Das kann nicht demokratisch korrekt sein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann kommt, meine Damen und Herren von der CDU – an Sie appelliere ich –, noch eines erschwerend hinzu – reden Sie doch mit den Kommunalpolitikern –: Sie haben die Stichwahl abgeschafft. Auch das erachten wir für falsch. Auch da werden wir noch einmal genau hinschauen; da können Sie ganz sicher sein.

(Beifall von der SPD)

Wer aber die Stichwahl abschafft und dann dafür sorgt, dass die Kommunalwahlbeteiligung nicht auf einem möglichst hohen Niveau sein kann, versündigt sich an der Demokratie dieses Landes.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wer eine Zusammenlegung ablehnt, muss zwingende Gründe dafür haben. Ich kann keine erkennen. Wir als SPD erkennen nur Vorteile: eine Ersparnis von rund 40 Millionen €, eine Entlastung bei

den Wahlhelferinnen und Wahlhelfern, und wir ersparen den Wählerinnen und Wählern einen dritten Wahltermin innerhalb weniger Wochen.

Ihre Argumentation kenne ich. Sie sagen, es käme zu einer Überlagerung. Kommunalwahlthemen und -kandidaten wären dann nicht mehr erkennbar, wären nicht mehr bedeutend genug. Auch da empfiehlt sich ein Blick in das Jahr 1994, in dem die Wahlen zusammen lagen, also am selben Termin stattfanden. Da wurde sehr wohl differenziert gewählt. Ich sage sogar: Das Argument muss man umdrehen. Bei einer Zusammenlegung ergibt sich eine Riesenchance für diejenigen, die Kommunalpolitik machen, ihre Themen an mehr Menschen zu transportieren. Diese Chance sollten wir gemeinsam nutzen. Das ist doch der entscheidende Schritt dabei.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen, Herr Ministerpräsident, Herr Kollege Stahl, glauben Sie ernsthaft, dass die Menschen, die zur Wahl gehen, nicht zwischen Frau Merkel und Herrn Schramma unterscheiden können? Glauben Sie das ernsthaft?

(Heiterkeit bei der SPD)

Wenn die dann beide abwählen, heißt das nicht, dass sie nicht haben unterscheiden können; das kann ich Ihnen versichern.

(Heiterkeit und Beifall von SPD und GRÜNEN)

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein Zitat des Bürgermeisters von Schermbeck, CDU. Er sagt, der Termin im August sei die schlechteste Lösung. Weiter sagt er – ich zitiere –: „Man sollte die Bevölkerung nicht für blöd halten.“ – „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 20.02.

Nein, meine Damen und Herren, das sollte man nicht, und das darf man nicht, denn Grundlage unserer Demokratie sind allgemeine und gleiche Wahlen. Jeder und jede, der bzw. die wählen geht, ist wichtig und stärkt die demokratische Legitimation der zu Wählenden. Gerade wir – wir alle als gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter – müssen dieses Prinzip verteidigen. Deshalb heute diese Sondersitzung, meine Damen und Herren!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich will einfach nicht glauben, dass Sie die Chance auf eine höhere Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl sehenden Auges ausschlagen wollen. Hören Sie auf Ihre kommunale Basis! Ich könnte hier fast Hunderte zitieren. Ich nenne einmal den Bürgermeister der Stadt Neuss, CDU, nenne den Vorsitzenden der CDU Dortmund und zitiere Bürgermeister Axel Prümm aus Grevenbroich – der droht Ihnen sogar mit einer Klage wegen der Mehrkosten, die ihm entstehen – am 21.02. in der „WZ“:

Wir kämpfen um jeden Euro und jeden Eimer Farbe für einen Kindergarten. Geld so zu verbrennen halte ich nicht für richtig.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das Unbehagen spürt man auch, wenn man dieser Tage die Presseschau durchblättert. Die Befürchtung ist, Herr Ministerpräsident, Sie haben sich veranrannt und finden jetzt den Ausgang nicht. Angst vor Gesichtverlust darf nicht unser politisches Handeln bestimmen. Das wäre fatal. Sie haben vor wenigen Tagen selbst ein Beispiel dafür gegeben, dass Sie das in Kauf nehmen, wenn es um die Sache geht, nämlich bei der Obdachlosenhilfe. Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich dafür, dass Sie die Mittel dafür aufgestockt haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das war richtig und gut. Deshalb werde ich nicht müde und werbe auch heute für einen Neuanfang dieser Diskussion im Interesse der Demokratie. Lassen Sie uns die Debatte, diese unsägliche Debatte um den 30.08., beenden. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, einen Erfolg für die demokratische Kultur durch eine hohe Wahlbeteiligung bei einer gemeinsamen Kommunal- und Bundestagswahl am 27.09. zu erzielen! Einen engagierten und fairen Wahlkampf können wir führen. Daraus werden ein starkes Interesse der Wählerinnen und Wähler und eine hohe Wahlbeteiligung resultieren. Ich bin der Auffassung: Dafür tragen wir gemeinsam Verantwortung in diesem Land. Nehmen Sie diese Verantwortung wahr! – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Kraft. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Kollegin Löhrmann.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat: Wir befassen uns in dieser Sondersitzung heute mit einem ungeheuerlichen Vorgang. Die Landesregierung, die Koalition von CDU und FDP beschädigen die Demokratie in Nordrhein-Westfalen. Das sage ich in allem Ernst.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Mit Ihrem Versuch, die Kommunalwahl um viereinhalb Monate vorzuziehen und mit der Europawahl zu koppeln, sind Sie vor dem Verfassungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen kläglich gescheitert. Dass das ganze Vorhaben von Anfang an parteipolitisch motiviert war, ist durch den Vermerk der Generalsekretäre Wüst und Lindner über das Ge-

sprach beim Innenministerium dokumentiert. Ich zitiere es noch einmal:

Sie

– die Generalsekretäre –

würden sich beide aber aus politischen Erwägungen nur äußerst ungern für eine Zusammenlegung der Kommunalwahl mit der Bundestagswahl aussprechen. – Zitat Ende!

(Christian Lindner [FDP]: So ist das!)

Und was haben die Verantwortlichen nach diesem vernichtenden Urteilsspruch getan? Sind sie zur Besinnung gekommen? Haben sie innegehalten? – Nein, sie haben weiter getrickst, meine Damen und Herren. Das ist der entscheidende unglaubliche Vorgang in diesem Land.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die hehren Argumente, die Sie vorher für die Zusammenlegung der Wahlen angeführt haben, sollen nun nicht mehr gelten, meine Damen und Herren? – Damit strafen Sie selbst Ihr eigenes Reden und Handeln Lügen. Sie selber strafen das Lügen, was Sie tun. Das braucht gar kein anderer mehr zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sprechen Sie mit den Menschen vor Ort. Denen brauchen Sie das nicht groß zu erklären. Jeder versteht, dass das eine Schweinerei ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Es ging Ihnen von Anfang an um nichts anderes als darum, die Wahlbeteiligung niedrig zu halten. Darum ging es Ihnen. Das ist belegt. Und warum? – Weil sich die FDP davon ein besseres Wahlergebnis verspricht.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und Rüdiger Sagem [fraktionslos])

Sie verursachen also selbst eine niedrige Wahlbeteiligung, die Sie dann nach Schließung der Wahllokale immer so wortreich beklagen. Das ist heuchlerisch, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und Rüdiger Sagem [fraktionslos])

Sie beschädigen nicht nur die Demokratie, sondern Sie vermindern sehenden Auges die demokratische Legitimation der vor Ort Gewählten. Das ist die Wahrheit, die wir Ihnen so deutlich vor Augen halten müssen, um Sie vielleicht noch zur Umkehr zu bewegen.

Die Tinte auf dem Urteil ist noch nicht trocken, da wird schon schamlos weiter getrickst. Das ist pure Arroganz der Macht. Ich muss gestehen, meine Damen und Herren: Wir haben hier in der fachlichen Auseinandersetzung schon einiges erlebt. Aber das,

was Sie jetzt tun, ist eine Dreistigkeit, die ich nicht für möglich gehalten hätte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, ich weiß, dass man in einer Koalition Kompromisse und Zugeständnisse machen muss. Wenn aber die Verfassung berührt ist, finden wir, dass das eine andere Dimension hat.

Ich komme jetzt zur Rolle des FDP-Innenministers: Ja, Herr Wolf, die Regierungsfractionen insgesamt haben dieses Gesetz beschlossen, wie jedes Gesetz vom Parlament beschlossen wird. Sie als Innenminister haben aber eine ganz besondere Verantwortung gegenüber unserer Verfassung.

(Bodo Wißen [SPD]: Verfassungsminister!)

Sie müssten der Hüter der Verfassung sein.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Müssen!)

Es wäre Ihre Aufgabe gewesen, auf Ihre Fraktion einzuwirken und hier die verfassungsrechtlichen Bedenken geltend zu machen. Die haben wir formuliert, die sind genannt worden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Was haben Sie getan, Herr Innenminister? – Sie haben Ihr parteipolitisches Eigeninteresse über Ihr Amt gestellt, weil die geplante Operation genau in Ihrem Sinne war. Genau darum ging es. Das Rechtsstaatsverständnis dieses FDP-Innenministers ist mit einem alten Sponti-Spruch treffend charakterisiert: Liberal – illegal – scheißegal!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist leicht abgewandelt, aber umso treffender.

(Anhaltender Beifall von GRÜNEN und SPD)

Genau diese Haltung zeigt sich auch noch in der unsäglichen Art und Weise, in der Herr Wolf nach dem Urteil vor die Presse getreten ist und versucht hat, das Urteil umzudeuten und für sich in Anspruch zu nehmen. Herr Innenminister, die Klage richtete sich nicht gegen die Zusammenlegung von Europa- und Kommunalwahl im Allgemeinen – das hatten wir selber vorgeschlagen –, sondern es ging bei dieser Klage einzig und allein um den Termin 7. Juni 2009. Sie wissen doch, bitte schön, ganz genau, dass es darum ging.

In Ihrer lapidaren Aussage – ich zitiere die „Aachener Nachrichten“ vom 19.02. –, es habe sich eben eine andere Rechtsauffassung durchgesetzt,

(Lachen von der SPD – Bodo Wißen [SPD]: Peinlich!)

tritt einmal mehr Ihre mangelnde Achtung gegenüber den Werten und Grundlagen unserer Demokratie zutage.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist eine Respektlosigkeit sondergleichen gegenüber dem Verfassungsgericht.

Meine Damen und Herren, das Innenministerium in Nordrhein-Westfalen ist schon von namhaften Demokraten geführt worden. Ich nenne beispielhaft nur Burkhard Hirsch und Herbert Schnoor. Unter Ihrer Führung, Herr Wolf, ist das Haus leider auf dem besten Wege, seinen guten Ruf zu verlieren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Pinkwart, haben Sie wirklich keinen Besseren zu bieten? – Das ist ein schwaches Bild für eine Möchtegern-Bürgerrechtspartei.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ja, meine Damen und Herren, Demokratie kostet Geld. Das ist sie uns wert, und wir tun alle gut daran, das auch offensiv zu vertreten. Aber – an der Stelle liegt der Unterschied – die Politik ist dafür verantwortlich, dass öffentliche Mittel weder verschwendet noch unbegründet ausgegeben werden. Und jeder Mensch in Nordrhein-Westfalen weiß, dass die Geldausgabe für den abgekoppelten Kommunalwahltermin eine unnütze Geldausgabe ist und man dieses Geld anderweitig besser verwenden könnte. Das weiß jedes Kind in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich kenne auch Beispiele aus meinem Wahlkreis. Dort wird im Moment darum gekämpft, dass ein Kulturzentrum weiterläuft. Jeder von Ihnen kennt doch aus seinem Wahlkreis Sachen, die mit wenig Geld weiterlaufen könnten. Da ist es die Stadtbücherei, dort das Schwimmbad, da die Volkshochschule. Das wissen Sie doch. Das wissen die Menschen in Nordrhein-Westfalen eben auch.

Ich sage Ihnen, wer das auch ganz genau weiß. Alle, auch Ihre Verantwortlichen vor Ort wissen das. Deswegen gibt es ja flächendeckend den dringenden Appell an Sie, zur Vernunft zu kommen, das Urteil aufzuarbeiten und jetzt das Vernünftige und Naheliegende zu tun, nämlich die Kommunalwahl mit der Bundestagswahl zusammenzulegen.

(Zuruf: Wolf muss gehen!)

Heute Morgen habe ich den Bürgermeister Prümm aus Grevenbroich gehört. Er hat alle Argumente im WDR noch einmal vorgetragen. Wir konnten es hören. Frau Kraft hat schon andere Beispiele genannt. Es gibt auch FDP-Kollegen vor Ort, die den 30. August für falsch halten. Also: Sie hätten eine breite Unterstützung. Wir haben hier eine breite Unterstützung von der kommunalen Basis.

Hören Sie doch auf, die Menschen für dumm verkaufen zu wollen! Hören Sie doch auf, den Menschen einreden zu wollen, sie könnten nicht unterscheiden, ob die Stimme für die Bundestagswahl ist oder ob die Stimme für die Kommune ist, ob sie für Frau Merkel ist oder für den örtlichen Bürgermeister!

Das ist doch offenkundig. Die Menschen wissen das sehr genau.

(Beifall von den GRÜNEN)

Also: Machen Sie bitte heute den Weg frei für die von den Menschen in Nordrhein-Westfalen gewollte Lösung! Ich verspreche Ihnen: Niemand wird Ihnen das übel nehmen. Im Gegenteil, ein einziger großer Seufzer der Erleichterung wird durch das Land gehen, wenn Sie hier heute umkehren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Ministerpräsident, es gehört zum Wesen der Demokratie, dass wir über bestimmte Dinge streiten, über die Schulpolitik, die Klimapolitik, die WestLB. Das ist okay. Das muss so sein. Aber bei bestimmten Dingen gibt es den Konsens. Da sollte auch der Ministerpräsident in der Verantwortung sein, diesen Konsens unter den Parteien zu suchen. Das hätte ich mir bei dieser Frage gewünscht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dass Sie nach diesem Urteil immer noch mit demselben Kopf vor dieselbe Wand laufen, dafür habe ich kein Verständnis.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident:

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)**

Können Sie hier heute garantieren, dass der 30. August als Kommunalwahltermin rechtssicher ist und ordnungsgemäß durchgeführt werden kann? Können Sie das garantieren?

Zweiter Punkt Ihrer Verantwortung: Ja, der Koalitionspartner ist jeweils selbst für das Personal verantwortlich. Aber wenn ein Verfassungsminister vier Mal gegen die Verfassung verstößt, dann muss doch auch bei Ihnen das Maß voll sein. Herr Ministerpräsident, mit diesem Minister ist kein Staat zu machen in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Horst Becker [GRÜNE]: Da grinsen Sie? Ihnen wird das Grinsen noch vergehen!)

Ein Letztes, Herr Ministerpräsident: Sie haben nach dem Urteilsspruch aus Amerika heraus eingeräumt – und das finde ich positiv –, dass die Zusammenlegung, wie sie jetzt geplant war, ein Fehler war. Das hat mich sehr gefreut. Sie haben eingeräumt, dass es ein Fehler war. Diese Einsicht ist gut, aber dann müssen Sie doch jetzt auch konsequent sein und Ihrer Einsicht auch eine entsprechende Verhaltensweise folgen lassen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Also, Herr Ministerpräsident: Zwingen Sie nicht Ihre Fraktion, an einem Wahltermin festzuhalten, den Ihre Leute nicht wollen, Ihre Leute vor Ort nicht wollen und vor allen Dingen die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht wollen! Herr Ministerpräsident,

stellen Sie nicht eine falsche Koalitionsentscheidung über die Interessen der Kommunen und der Menschen! Handeln Sie in Verantwortung und im Interesse des Landes und lenken Sie ein! Dann wäre das heute ein guter Tag für die Demokratie und die politische Kultur in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Ich gehe allerdings davon aus, dass sich der Beifall des Hauses nicht auf Ihre unparlamentarische Äußerung bezieht, für die ich hiermit eine **Rüge** erteile.

(Zurufe – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ausdrücklich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kollegin weiß, welche Formulierung ich meine.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir auch!)

Auch wenn die Debatte temperamentvoll geführt wird,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das muss ausgesprochen werden!)

darf ich Sie doch herzlich bitten, solche unparlamentarischen Ausdrücke nicht zu verwenden.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wenn es doch um ein undemokratisches Verfahren geht!)

Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Biesenbach das Wort. Bitte schön, Herr Biesenbach.

(Zuruf von der SPD: „Welt am Sonntag“! – Johannes Remmel [GRÜNE]: Herr Kollege, Sie haben jetzt alle Chancen! Jetzt abräumen! – Zuruf von der SPD: Herr Stahl traut sich nicht! – Anhaltende Unruhe – Glocke)

Das Wort hat der Abgeordnete Biesenbach.

**Peter Biesenbach** (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aufregung der Opposition zeigt, mit welcher Inszenierung Sie heute Nachmittag versuchen wollen, dieses Thema zu fahren.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN: Oh!)

Wer gerade die Kolleginnen Kraft und Löhrmann gehört hat, der hatte den Eindruck: Der Weltuntergang steht uns bevor,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Zumindest der demokratische bei Ihnen!)

und die Demokratie wird ab sofort abgeschafft.

(Zurufe von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte!

**Peter Biesenbach** (CDU): Liebe Frau Löhrmann, liebe Frau Kraft,

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

kommen Sie sich bei der Art dieser Inszenierung nicht selbst albern vor?

(Zurufe von der SPD)

– Herr Körfges, ich weiß ja, dass Sie viel Theater wollen, und der Lärm ist dabei auch wichtig. Aber das Schöne an solchen Raketen ist immer: Silvester verpuffen sie alle.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hoffentlich verpuffen Sie auch bald!)

Dann kommt die lange Zeit der Arbeit, und die müssen Sie noch leisten.

Hier ist von Frau Kollegin Kraft an den Kollegen Wüst gerade die Frage nach den Themen gestellt worden. Liebe Frau Kraft, ich habe keine Antwort von Ihnen gehört, die Sie ihm gegeben haben. Ich habe keinen Beleg gehört, dass all die Vorwürfe und Thesen, die Sie aufgestellt haben, wirklich begründet sind. Beweise, Belege haben wir keine.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Natürlich! Sie haben wieder nicht zugehört, Herr Biesenbach!)

Viel Lautstärke war da, aber mehr nicht.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Abgeordneter Biesenbach, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Schäfer zu?

**Peter Biesenbach** (CDU): Frau Präsidentin, da es der Opposition ohnehin schon schwerfällt, zuzuhören, würde ich meine Ausführungen ungern noch durch Fragen unterbrechen lassen. Vielleicht bin ich doch ein bisschen ...

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Ein einfaches Nein genügt an dieser Stelle. Bitte schön.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

**Peter Biesenbach** (CDU): Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen fürchten gegenwärtig viele Menschen um ihre Arbeitsplätze, fürchten viele Familien um ein gesichertes Einkommen. Bei Wirtschaftsministerin Christa Thoben stehen Unternehmer Schlange, geben sich Firmeninhaber die Klinke in die Hand, um Arbeitsplätze mithilfe von Landeshilfsbüros zu sichern.

(Zuruf von der SPD: Dafür verschwenden Sie Geld! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

Unser Arbeitsminister Karl-Josef Laumann ...  
(Unruhe – Glocke)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Liebe ...  
(Anhaltende Unruhe)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt die Redezeit angehalten, bis im Plenum wieder eine erträgliche Geräuschkulisse – und kein Niveau, das auch mit der Glocke kaum noch zu übertönen ist – herrscht, sodass hier im Parlament tatsächlich eine Argumentation und Debattenführung möglich ist, wie sie diesem Hause auch würdig ist.

(Beifall von Dr. Michael Brinkmeier [CDU])

Sobald das möglich ist, darf ich Sie, Herr Biesenbach, auch bitten, fortzufahren.

(Karl Schultheis [SPD]: Bitte fahren Sie fort, und kommen Sie nicht wieder!)

Sie haben das Wort.

**Peter Biesenbach** (CDU): Wir haben über die Sorgen der Menschen um ihre Arbeitsplätze gesprochen. Ich habe Christa Thoben als Zeugin berufen, was die Landesbürgschaften angeht.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Sie schmeißen das Geld raus!)

Unser Arbeitsminister Karl-Josef Laumann kämpft in Berlin für eine effektive Arbeitsverwaltung und funktionierende Arbeitsgemeinschaften.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hoffentlich setzt er sich bei der Union durch! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Frau Präsidentin, ich habe eine Bitte an Sie: dafür zu sorgen, dass ich die mir zustehende Redezeit gleich habe. Deswegen stoppen Sie bitte die Uhr! Ich habe Zeit. Heute Abend habe ich nichts weiter vor. Wir können gerne weitermachen. Schon in der Schule haben wir gelernt: Wer schreit, hat unrecht. – Viel Spaß! Sie sind recht laut.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich will doch auch weiter ausführen. Sie haben ja vielleicht nur die Sorge, hier ein Stück Wahrheit zu hören, die Ihnen nicht gefällt.

(Ralf Jäger [SPD]: Diese Sorge haben wir bestimmt!)

– Diese Wahrheit erspare ich Ihnen aber nicht, Herr Jäger. Letztes Beispiel: Der Ministerpräsident fliegt nach Amerika, um die Arbeitsplätze bei Opel zu retten.

(Zuruf von der SPD: Was hat er denn erreicht? – Weitere Zurufe von der SPD)

Und was ist Ihr Beitrag zu all diesen Themen? Dass Sie heute hier darüber lamentieren, ob ein Datum gefällt oder nicht! Ihnen fällt nichts Besseres ein als billige Parteipolemik.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat denn mit der Parteipolemik angefangen? Wüst und Lindner! Jetzt sprechen Sie mal zum Thema!)

Frau Kraft, ich kann Ihnen auch nicht den Vorwurf ersparen, dabei kräftig mitzumachen. Wenn Sie zitieren, sollten Sie nämlich auch vollständig zitieren. Sie haben eben aus der Gesetzesbegründung zitiert, aber leider nur bis zum letzten Absatz auf Seite 13. Im ersten Absatz auf Seite 14 oben steht ganz genau, dass wir keine Zusammenlegung von Bundestagswahl und Kommunalwahl wollen. Das ist also nichts Neues und von Anfang an bekannt gewesen. Nur: Lesen müssen Sie es.

(Beifall von CDU und FDP)

Den Gipfel des Unverständnisses schafft bei dieser Debatte der Kollege Groschek, der zu der Frage des Wahltermins für einen Volksaufstand sorgen will. Herr Groschek, sind Sie sich der Maßlosigkeit einer solchen Aussage bewusst? Haben Sie kein Geschichtsverständnis?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: So, wie Sie Demokratieverständnis haben?)

Oder sind Sie da auch derart geschichtsvergessen? – Es hilft Ihnen überhaupt nicht.

Worum geht es denn? Wir wollten – und wollen es immer noch – aus wohlerwogenen Gründen Europa- und Kommunalwahl zusammenlegen. Diese Lösung wird übrigens – Kurt Beck lässt grüßen – in Rheinland-Pfalz begrüßt; nur von Ihnen nicht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: 2014 wollen wir das auch!)

Der Verfassungsgerichtshof hat die Zusammenlegung nur für 2009 für unzulässig gehalten, weil ihm die Frist um einen Monat und 13 Tage zu lang ist. Mit diesem Urteil sind wir natürlich nicht zufrieden, weil wir die Wahltermine dann erst ab 2014 zusammenlegen können.

Dieses Urteil ist aber doch kein Grund für die Opposition, zu jubeln, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das Demokratieprinzip wird hier in dem von Ihnen dargestellten Maße überhaupt nicht groß tangiert.

(Martin Börschel [SPD]: Wo waren Sie denn? Sie waren doch dabei! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist doch heuchlerisch! – Weitere Zurufe von der SPD)

Denn erstens – Sie haben es selbst lesen können; es stand in den Zeitungen; das Fernsehen hat es berichtet – ist der Spruch mit dem denkbar knappsten Ergebnis gefasst worden, nämlich 4:3.

(Zurufe von der SPD)

Zweitens – ich verbinde damit keine Schelte; es muss aber dargestellt werden – folgt das Gericht einer Mindermeinung. Wenn Sie sich das Ergebnis der Anhörung noch einmal ansehen

(Ralf Jäger [SPD]: Mindermeinung? Lassen Sie doch eine Zwischenfrage zu!)

– Herr Jäger, Lesen bildet; tun Sie es; schreien Sie erst dann! –, werden Sie feststellen, dass die große, mehr als überwiegende Zahl der Sachverständigen während der Anhörung das Gesetz für verfassungsgemäß gehalten hat.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Biesenbach, gestatten Sie eine ...

**Peter Biesenbach (CDU):** Auf dieser Grundlage haben wir in der politischen Auseinandersetzung entschieden. Dass ein Gericht zu einem anderen Ergebnis kommt, gehört zu dem, was wir Demokratie nennen. Selbstverständlich akzeptieren wir den Richterspruch. Das Drama, das Sie daraus zu machen versuchen, kann aber keiner nachvollziehen.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Abgeordneter Biesenbach, Herr Jäger möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie sie zu?

**Peter Biesenbach (CDU):** Ich sage dazu lieber nichts, Herr Jäger, auch zu Ihnen nicht. Keine Zwischenfragen!

Frau Kraft, ich bin auch sicher, dass eine Vielzahl Ihrer kommunalen Mandatsträger Sie insgeheim dafür verflucht, dieses Urteil erstritten zu haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch Ihre kommunalen Mandatsträger hätten die Kommunalwahl gerne gemeinsam mit der Europawahl durchgeführt.

(Beifall von der CDU)

In diesem Zusammenhang gebührt der Landesregierung Dank dafür, dass sie noch am Tag der Urteilsverkündung den 30. August 2009 als neuen Wahltermin bekannt gegeben hat. Die Koalitionsfraktionen tragen ihn mit. Deswegen werden wir heute auch unseren Antrag ...

(Rainer Schmeltzer [SPD]: An dem Tag haben Sie doch gegen das Datum gesprochen! Sie haben doch dagegen gesprochen!)

– Ich weiß gar nicht, von welchen Quellen Sie reden. Wenn Sie mich fragen, kann ich Ihnen sagen: Was Sie gerade vortragen, ist falsch.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie lassen ja keine Fragen zu!)

Im Übrigen geht Ihr Vorwurf der Wahltrickserei wirklich völlig fehl. Jeder politisch Aktive weiß, dass man es mit Wahlterminen nie allen recht machen kann

(Lachen von der SPD)

und jede Partei den Termin an eigenen Optionen misst. Auch die Grünen und die Roten denken darüber nach, sonst hätten wir diese Debatte heute nicht. Jeder weiß auch genau, dass ein solcher Gedanke – was ist besser? – reine Spekulation ist. Das gilt ausnahmslos. Nicht Termine entscheiden über Sieg oder Niederlage, sondern die Kreuze der Wähler. Und die Menschen in diesem Land machen das Kreuz da, wo sie es für richtig halten,

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

egal, zu welchem Termin gewählt wird und welche Wahl ansteht. Und das Geschrei, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das Gezeter, Frau Kraft, von der SPD

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

machen deutlich, welche Partei hier im Landtag sich vor einem gesonderten Wahltermin fürchten muss.

(Beifall von der CDU)

Alein die SPD hat Grund, sich vor jedem Wahlgang zu scheuen. Sie haben doch Angst, sich dem Wählervotum zu stellen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Je mehr Menschen, desto besser!)

Wir brauchen doch nur die letzten Ergebnisse zu nehmen. Gerade wurde die Westpol-Umfrage von Sonntag zitiert. Was macht sie denn deutlich?

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Die CDU legt zu, sicher über 40 %. Die SPD nimmt ab, gerade 28 %. Prima. Wir freuen uns darüber, Sie nicht. Jürgen Rüttgers führt weit vor der Oppositionsführerin. Er gewinnt 8 % seit Oktober; Frau Kraft verliert auch seit Oktober. So.

(Beifall von der CDU – Ralf Jäger [SPD]: Sie reden sich um Kopf und Kragen!)

Das ist doch die Situation, Frau Kraft. Ich habe bereits heute den 30. August vor Augen und sehe, wie viele Ihrer Ratskandidaten mit langem Gesicht vor den Wahllokalen stehen und sagen: Hätten wir doch bloß am 7. Juni gewählt! – Das ist die Situation.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben überhaupt keine Scheu, uns mit getrennten Wahlgängen getrennten Voten zu stellen. Sehen Sie sich einmal in den Kommunen um: Wer hat denn das Vertrauen? Wer stellt die überwiegende Zahl der Bürgermeister und Landräte? Wo ist die Mehrheit? Sie liegt nicht bei den Oppositionsfraktionen, sie liegt bei den Koalitionsfraktionen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

– Herr Becker, auch wenn Sie jetzt entsetzt mit dem Kopf schütteln: Das bleibt auch so. Wir wollen, dass bei der Kommunalwahl kommunale Themen überwiegen,

(Beifall von CDU und FDP)

dass Bürgermeisterkandidaten, dass Landratskandidaten, dass Fraktionen ihre Programme vorstellen und das nicht von einem Bundestagswahlkampf überlagert wird.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE] – Weitere Zurufe von der SPD)

– Herr Becker, keine Sorge, Sie kommen gleich dran. – Wir wollen, dass die Menschen Zeit und Raum haben, sich mit den örtlichen Themen zu beschäftigen, und dass das nicht überzogen und überboten wird. Das ist die Situation.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD – Rainer Schmelzter [SPD]: Was haben Sie eine Vorstellung vom mündigen Bürger!)

Wir sind bei dieser Argumentation in guter Übereinstimmung mit der Rechtsprechung, die Sie eben zitiert haben. Das Bundesverfassungsgericht, der Verfassungsgerichtshof, das OVG Lüneburg haben in mehreren Urteilen deutlich gemacht, dass die Zusammenlegung einer Kommunalwahl mit der Bundestagswahl kritisch zu sehen ist. Das hat mit dem Prinzip der Chancengleichheit zu tun.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das ist falsch!)

– Sagen Sie doch nicht falsch! Lesen Sie die Urteile! Ich habe sie nachgesehen. Wer von uns beiden kann denn besser lesen?

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Frau Löhrmann, wenn das die Kraft Ihrer Argumente ist, dass wir uns nicht einmal darüber einig sind, was in einem Urteil steht, dann sollten Sie hier besser schweigen!

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das ist auch der Grund, warum die Verfassungsgerichte sagen: Es bedarf schon besonderer Gründe, wenn die beiden Termine zusammengelegt werden. – Wir wollen und sehen diese Gründe nicht. Wir wollen, dass Menschen selbstständig entscheiden, selbstständig debattieren können. Wir haben auch keine Angst davor. Wir werden es – da bin ich ganz sicher – mit unserer Programmatik und mit der Überzeugung auch schaffen, die Menschen bei der Kommunalwahl an die Wahlurnen zu bekommen. Dann sehen wir anschließend, wo die Mehrheiten sind.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Horst Becker [GRÜ-)

NE]: Ich verstehe Sie nicht, es geht um die Verfassung!)

Über die Kosten eines zusätzlichen Termins für die Kommunalwahl ist in den letzten Tagen viel diskutiert worden. Heute wissen wir, dass die angeblichen Kosten von 42 Millionen € eine reine Phantasiazahl sind.

(Erhebliche Unruhe – Zurufe von der SPD – Rainer Schmelzter [SPD]: Zitat Biesenbach in der „Welt am Sonntag“: 42 Millionen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Sehen Sie, das ist doch das Schöne, dass da plötzlich Argumente in die Welt kommen, die vielleicht ein paar Tage später, wenn sie belastbar geprüft sind, nicht mehr haltbar sind.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Biesenbach ist nicht belastbar!)

Der Innenminister wird gleich darlegen, dass die tatsächliche zusätzliche finanzielle Belastung für eine selbstständige Kommunalwahl bei rund 4,5 Millionen € liegt, nicht mehr.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Noch einmal, um es deutlich zu sagen: Herr Eumann, das ist Ihr Schicksal, dass Dinge nachgeprüft werden, dass sie belastbar gerechnet werden. Die Zahl, die ich gerade nannte, ist eine Zahl des Städte- und Gemeindebundes, nicht meine. Das wird gleich belegt. Fragen sie ihn doch!

(Marc Jan Eumann [SPD]: Die gestrige Entscheidung wird teurer!)

Wenn die Belege auf dem Tisch liegen, ist es wieder eine Frage der Klugheit, denen zu folgen. Zu sagen, das sei falsch, heißt nur, sich der Wirklichkeit zu verschließen. Rund 4,5 Millionen € – das sollte uns die Kommunalwahl wert sein. Wer Demokratie will, der muss diese Kosten auch aufnehmen.

Fazit: Wir wollen nicht, dass die Kanzlerfrage alle anderen und insbesondere kommunalen Argumente und Aspekte überdeckt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen, dass die Menschen auf kommunaler Ebene über kommunale Themen alleine entscheiden können. Wir fühlen uns dabei gut unterstützt.

Sie alle lesen doch auch die Presseschau. Herr Güllner hat es Ihnen um die Ohren gehauen:

Dies wäre eine „Vergewaltigung der Kommunalwahl“, sagte Güllner. Bei einer Bundestagswahl dominiere die Wahlentscheidung für die bundesweit debattierten Themen und Kandidaten. Deshalb könne eine Kommunalwahl am 27. September nur ein Zerrbild der Wähler über ihre Einschätzung zur Politik in den Städten, Kreisen und Gemeinden liefern.

(Beifall von der CDU)

Ein solches Zerrbild wollen wir nicht. Wer Demokratie will, muss auch einen eigenen Kommunalwahltermin haben und auch wollen. Deshalb werden wir ihn heute und bei den nächsten Abstimmungen beschließen.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Biesenbach. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Lindner das Wort. Bitte schön, Herr Lindner.

**Christian Lindner (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Opposition hat heute schon viel von Demokratie gesprochen, aber sie hat streckenweise noch nicht einmal so viel demokratischen Stil gehabt, bei der Rede von Herrn Biesenbach eine andere politische Meinung zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Welche Rede?)

So haben Sie hier gestört.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das waren nur die Widersprüche seiner eigenen Aussage! – Weitere Zurufe von der SPD)

Jeder weiß, was die Koalition ursprünglich wollte. Jeder weiß, dass die jetzige Entscheidung für uns nur die zweitbeste Lösung ist. Wir wollten die Kommunal- und Europawahl verbinden, weil wir eine politische Abwägung

(Zuruf von der SPD: Eigenständig!)

zwischen der Eigenständigkeit der Kommunalwahl einerseits, die wir wollen, und dem Aufwand andererseits, der mit drei unterschiedlichen Wahlterminen verbunden wäre, getroffen haben. Deshalb hatten wir uns dafür entschieden, die Kommunal- und Europawahl schon in diesem Jahr und für die Zukunft zu verbinden.

(Zuruf von der SPD: Machen Sie sich doch nicht lächerlich! – Weitere Zurufe von der SPD)

Obwohl dadurch der Zeitraum zwischen gewählten neuen Körperschaften und den noch amtierenden alten Räten sehr lang ist, ist diese Position – anders als Sie den Eindruck erweckt haben – alles andere als eklatant verfassungswidrig.

(Zuruf von der SPD: Niemand im ganzen Land glaubt das! Hier biegen sich die Balken!)

Gerade am heutigen Tag haben Sie in Ihrem Posteingang, falls Sie sich mit solchen Details beschäftigen, die Übersicht über die neu aufgenommene Literatur in die Landtagsbibliothek gefunden. Darunter ist ein Aufsatz des hochrenommierten

Bonner Staatsrechtslehrers Prof. Christian Waldhoff, der klar sagt, in einem einmaligen Fall wären auch viereinhalb Monate vertretbar gewesen. Das ist alles andere als eklatant verfassungswidrig; es ist eine juristische Streitfrage. Wir akzeptieren ein Urteil des Gerichts, aber ich sage Ihnen: Unsere Position war auch juristisch begründet.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie setzen Aufsätze vor Verfassungsgerichtsurteile! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Sie können nur so schreien, weil Sie sich mit solchen Argumenten offensichtlich überhaupt nicht beschäftigen wollen. Das ist doch der Grund.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Für uns ist die Eigenständigkeit der Kommunalwahl entscheidend. Es ist eine schwierige Abwägungsentscheidung gewesen. Mit dieser Eigenständigkeit der Kommunalwahl, die wir betonen, folgen wir auch einem Petition des Städte- und Gemeindebundes, der in der „Kölnischen Rundschau“ vom 21. August 2007 gesagt hat, er sei dezidiert gegen eine Zusammenlegung von Kommunal- und Bundestagswahl. Die Kommunalpolitiker wollten Rechenschaft ablegen, mehr Kosten und mehr Aufwand seien akzeptabel. – So der Städte- und Gemeindebund, die Interessenvertretung unserer Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von FDP und CDU)

Herr Güllner, ein Meinungsforscher, sagt,

(Lachen von der SPD – Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

dass bei der Bundestagswahl selbstverständlich die Kanzlerfrage dominiert, dass die Öffentlichkeit von bundespolitischen Themen und Erwägungen dominiert wird. Er sagt – der Kollege Biesenbach hat es zitiert –, dass ein Kommunalwahlergebnis dann nur ein Zerrbild der tatsächlichen politischen Entscheidungswünsche der Bürgerinnen und Bürger darstellen könne.

(Zurufe von der SPD)

Ich darf Ihnen aus eigenem Erleben als damals junger Wahlkämpfer am Stand sagen, weil wir 1994 eine Kommunalwahl parallel zur Bundestagswahl hatten: Wir und auch die SPD, die Grünen und die CDU haben vor allen Dingen die hochwertigen Broschüren der Bundesparteien verteilt.

(Helmut Stahl [CDU]: Genau!)

Wir haben wie alle anderen Parteien auch ...

(Zurufe von der SPD)

– Frau Kraft, warum schütteln Sie mit dem Kopf? 1994 waren Sie noch nicht einmal Mitglied der SPD. Sie waren doch gar nicht dabei!

(Lebhafter Beifall von FDP und CDU)

Sie sprechen von Dingen, von denen Sie überhaupt keine Ahnung haben!

(Zuruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD])

Aus eigenem Erleben sage ich Ihnen: Die Bundespolitik dominiert. Und das wollen wir nicht, weil die Wurzel der Demokratie für uns die Städte und Gemeinden sind.

(Zurufe von der SPD – Lebhafter Beifall von FDP und CDU)

Deshalb muss dort über kommunale Belange und nicht als Ableitung der Bundespolitik entschieden werden können!

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Lindner, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Sowohl der Abgeordnete Becker als auch Frau Kollegin Kraft möchten Ihnen Zwischenfragen stellen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Das Wort habe ich, bitte schön.

**Christian Lindner (FDP):** Ich gestatte gerne Zwischenfragen. Vielleicht können Sie beide nacheinander aufrufen.

(Heiterkeit bei der CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Damit er sich die schönste aussuchen kann!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Okay. – Bitte schön, Herr Kollege Becker.

**Horst Becker (GRÜNE):** Herr Kollege Lindner, da Sie sich auf Ihre Erinnerung an das Jahr 1994 – in der Tat ein Jahr mit gemeinsamer Bundestags- und Kommunalwahl, damals auf Wunsch aller vier Parteien hier im Hause – beziehen: Könnte Ihre Ablehnung des gemeinsamen Kommunal- und Bundestagswahltermins, der ja nahe gelegen hätte, etwas damit zu tun haben, dass die FDP damals bei der Bundestagswahl 7,6 % an Zweitstimmen und bei der Kommunalwahl 3,6 % landesweit in Nordrhein-Westfalen erzielt hat? Ist das Ihr Trauma?

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der SPD: Das wäre ein Traumergebnis!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Lindner.

**Christian Lindner (FDP):** Frau Kraft, bitte. Ich hatte darum gebeten, dass beide nacheinander aufgerufen werden.

**Hannelore Kraft (SPD):** Herr Kollege Lindner, da Sie so tief in meine Vita eingestiegen sind, hätten Sie in den Artikeln auch die Information finden können, dass ich gerade wegen des Wahlkampfes zur Kommunal- und Bundestagswahl in die SPD eingetreten bin. Dass Sie das nicht freuen kann, leuchtet mir ein.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Frage!)

Genau aufgrund dieser intensiven Wahlkampfzeit bin ich Mitglied der SPD geworden. Das gehört dann auch dazu.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Das hat der 15-Jährige damals noch nicht begriffen!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin Kraft, ich darf der guten Ordnung halber darauf hinweisen, dass das keine Zwischenfrage war.

(Hannelore Kraft [SPD]: Doch, doch! Ich habe die Frage, ob er das zur Kenntnis genommen hat!)

Der Kollege Lindner hat jetzt die Gelegenheit, das zu beantworten.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie hat gefragt, ob er das zur Kenntnis genommen hat!)

**Christian Lindner (FDP):** Unabhängig von der guten Ordnung, Frau Präsidentin, will ich Frau Kollegin Kraft nur erwidern, dass mir bislang noch nicht bekannt geworden ist, dass Sie schon so bedeutend wären, dass eine Biografie von Ihnen vorläge. Diese Motivlage habe ich deshalb nicht nachvollziehen können.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Herrn Becker will ich mit einem Zitat von Herrn Güllner antworten, der über genau die Frage diskutiert hat: Wer hat einen Vorteil von einer Trennung und wer von einer Zusammenlegung?

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Haben Sie das vorher bei Herrn Güllner bestellt?)

Zur Frage nach den Vorteilen für bestimmte Parteien heißt es in einem Interview des „Deutschen Depeschendienstes“ mit Herrn Güllner vom 22. Februar – Zitat –:

„Wir erleben gerade bei Kommunalwahlen irrsinnige Unterschiede von Stadt zu Stadt“, sagte der Chef des Meinungsforschungsinstituts ... Auch eine mögliche geringe Wahlbeteiligung müsse kein Vorteil für die Regierungsparteien sein. Die Bürger entschieden fast nur nach lokalen Kriterien.

(Horst Becker [GRÜNE]: Ich habe doch Sie gefragt!)

Das gilt freilich nur unter der Voraussetzung, dass die Kommunalwahl an einem eigenständigen Termin stattfindet, denn sonst überlagert sie der Bund.

(Beifall von FDP und CDU – Widerspruch von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Toll!)

Insofern hatten wir eine Abwägung zwischen der Eigenständigkeit und dem Mehraufwand vorzunehmen. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion hat nach der Urteilsverkündung einen separaten Termin vorgeschlagen. Diese Auffassung haben wir uns nach Abwägung der Eigenständigkeits- und der Kostenargumente zu eigen gemacht.

(Zuruf von Rainer Schmelzer [SPD] – Lachen von Gisela Walsken [SPD])

Heute haben Sie diese Entscheidung zum Anlass für eine große Show genommen. Vor allen Dingen das Kostenargument steht für Sie im Zentrum.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Nein! Die Demokratie, Herr Kollege!)

Sie beklagen 42 Millionen € Mehrkosten. Das würde pro Wahlberechtigtem 3,43 € bedeuten. Mit dieser Zahl bin ich heute bei mir in meinem eigenen Wahlkreis unterwegs gewesen und habe zwei Kommunen befragt:

(Gisela Walsken [SPD]: Wo haben Sie denn Ihren Wahlkreis? Das ist aber sehr interessant!)

die Stadt Wermelskirchen und die Stadt Rösrath. Beide Stadtverwaltungen haben über Ihre Kalkulation von 3,43 € nur gelacht und mir nach einer Vollkostenrechnung inklusive des Personalaufwands bestätigt, dass die Kosten in diesen beiden Kommunen signifikant unter 1,50 € pro Wahlberechtigtem liegen.

Das hätten Sie wissen können. Das hätten Sie sogar wissen müssen. Denn der Innenminister hat bereits im August 2007 in einer Fragestunde dieses Landtags eine erste Schätzung abgegeben. Er hat damals gesagt: Die Kosten für einen eigenständigen Kommunalwahltermin liegen bei etwa 14 Millionen € ausweislich der Erstattung an die Kommunen für die Durchführung der Bundestags- und der Landtagswahl.

(Zuruf von der SPD: Jeder Euro ist zu viel!)

Und wenn Sie über die Synergien sprechen, wird immer ein Punkt vergessen: Bei einer Zusammenlegung von Wahlen fallen trotzdem jeweils Kosten für das Porto an. Denn die Wahlbenachrichtigungen werden getrennt versandt. Hinzu kommen noch Druck- und Produktionskosten.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Warum das denn? Das war 1994 aber noch nicht so!)

– Natürlich muss das separat verschickt werden. Sie müssen doch die Verwechslungsgefahr etwa

bei der Briefwahl vermeiden. Sie sind handwerklich gar nicht à jour.

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Das stimmt doch gar nicht, was Sie da sagen!)

Deshalb entstehen dort Kosten. Wenn man das bilanziert, ergeben sich für einen separaten Kommunalwahltermin Mehrkosten in Höhe von etwa 4,8 Millionen €. Ihre Angaben zu den Kosten sind also nachweislich falsch. Dennoch machen Sie damit Kampagne.

(Beifall von FDP und CDU)

Die Grünen gehen sogar so weit, eine Website einzurichten: „www.42millionen.de“ Stoppen Sie diese dreiste Manipulation der Öffentlichkeit!

(Beifall von FDP und CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Franz Müntefering hat dieser Tage gesagt, diese Entscheidung sei eine Beugung der Demokratie.

(Beifall von der SPD – Zurufe: Richtig!)

Das sagt ausgerechnet die SPD, die zu ihrem politischen Aschermittwoch Herrn Wowereit eingeladen hat,

(Zurufe von der SPD)

der in Berlin verhindert, dass der Bürgerentscheid für den Religionsunterricht parallel mit der Europawahl stattfindet, weil er die Abstimmung unter das Quorum drücken will!

(Beifall von FDP und CDU)

Das sagt die gleiche SPD, das hier in Nordrhein-Westfalen Wolfgang Clement aus der Partei gejagt hat, weil er eine andere Meinung vertreten hat!

(Beifall von FDP und CDU – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Was hat das denn mit dem Kommunalwahltermin zu tun? Schreien Sie nicht so!)

Das sagt die gleiche SPD, die in Hessen einer der vier Abweichlerinnen gegen Frau Ypsilanti gewünscht hat, dass ihr die Beine abfaulen mögen.

(Zurufe von der SPD)

Von einer solchen SPD, die eine solche innerparteiliche Demokratie pflegt, brauchen wir keine Nachhilfe in Demokratie!

(Lebhafter Beifall von FDP und CDU – Widerspruch von der SPD – Rainer Schmelzer [SPD]: Wie war das, Herr Biesenbach: Wer schreit, der lügt?)

Zumal man sich über Ihre Motive informieren kann, Frau Walsken.

(Widerspruch von der SPD – Unruhe – Glocke)

– Ich freue mich, wenn Sie auch Spaß haben; ich habe Spaß.

„Stern“ und „RTL“ haben heute eine aktuelle Umfrage veröffentlicht: 24 % würden die SPD noch wählen. Es ist deutlich, warum Sie nur noch zwei Wahltermine haben wollen: Sie haben Angst, dass Sie sich bei der Europawahl, bei der Kommunalwahl und bei der Bundestagswahl drei Klatschen abholen. Sie wollen aber lieber zwei Klatschen haben. Das ist das Motiv dafür!

(Lebhafter Beifall von FDP und CDU – Widerspruch von der SPD)

Was ist das für ein Verständnis von Demokratie? Jeder Kommunalpolitiker weiß doch in Wahrheit, wie viel Aufmerksamkeit die Bundestagswahl absorbiert. Wenn man aber weiß, wie viel Raum die Bundestagswahl einnimmt: Warum kann man dann für die Zusammenlegung mit der Kommunalwahl sein? Doch nur, weil man den eigenen Kommunalpolitikern nicht zutraut, dass sie auch außerhalb des Windschattens der Bundestagswahl reüssieren. Sie haben kein Zutrauen in Ihre kommunale Bilanz, in Ihre Basis!

(Lebhafter Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmelzter [SPD]: Herr Biesenbach: Wer schreit, der lügt!)

Zwei letzte Gedanken möchte ich noch äußern, Frau Präsidentin, weil ich durch die Zwischenrufe hier und da ein wenig unterbrochen worden bin.

(Zuruf von der SPD)

Ich will mich nämlich auch noch an die Grünen wenden, die hier mit den Kosten und der Repräsentativität argumentiert haben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Kommen Sie mal runter! – Zuruf von Norbert Killewald [SPD])

Gleichzeitig beschließen die Grünen aber in ihrem Landtagwahlprogramm, dass Sie die direkte Demokratie massiv ausweiten wollen. Sie wollen jetzt auch die Bauleitplanung zum Gegenstand von Bürgerentscheiden machen und die Quoren reduzieren. Was ist denn da mit Kosten und Repräsentativität?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Es geht um unnötige Kosten!)

Für Ihre Art der Argumentation gibt es ein Wort: Heuchelei.

(Beifall von FDP und CDU – Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Weil ich weiß, dass Herr Sagel noch das Wort bekommt, will ich mich vorab schon an ihn wenden. Er hat oft genug gezeigt, dass er eigentlich eine ganz andere Gesellschaftsordnung will. Man lese nur das Strategiepapier der Linken in NRW. Er gehört einer Partei an, deren Vorgängerin, die SED, überhaupt keine demokratischen Wahlen zugelassen hat.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD)

Sollte er also heute für die Einsparung von Wahlterminen plädieren, hat das bei ihm eine ganz andere Qualität.

(Lebhafter Beifall von FDP und CDU – Lachen von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

**Christian Lindner (FDP):** Meine Damen und Herren, wir sind überzeugt, dass die Entscheidung des Innenministers richtig ist.

(Widerspruch von der SPD)

Der Innenminister hat unser uneingeschränktes Vertrauen. Wir können und wir werden diese Entscheidung vor Ort vertreten: gegenüber Ihnen und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Für uns zählt die Eigenständigkeit der Kommunalpolitik. Demokratie bedeutet mehr, als nur über Kosten nachzudenken.

(Anhaltender lebhafter Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. Gestatten Sie mir bitte auch hierzu eine Anmerkung: Das war ein sehr langer letzter Satz. – Nun hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Wolf das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

(Zurufe von der SPD)

**Dr. Ingo Wolf, Innenminister:** Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war ein eindrucksvolles Plädoyer für den Primat der Kommunalpolitik.

(Horst Becker [GRÜNE]: Von Ihrem Nachfolger! – Zuruf von der SPD: Was war das?)

Genau das hat die Regierungskoalition von Anfang an in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen gestellt. Für uns war immer klar: Wir wollen eine eigenständige Kommunalwahl.

(Lachen von SPD und GRÜNEN – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Beschämend! – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir wollten, dass die vielen Kandidaten für Stadträte, für Kreistage, für Bürgermeister- und Landratsposten Aufmerksamkeit bekommen und nicht unter die Räder einer so dominanten Wahl wie der Bundestagswahl geraten, meine Damen und Herren. Dabei bleibt es auch.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Sie wissen, dass das nicht wahr ist! – Weitere Zurufe)

Dass wir mit der Europawahl eine Ideallösung im Auge hatten, ist klar.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Damit hätten wir gleichzeitig die schlechte Wahlbeteiligung bei der Europawahl anheben können. Insofern muss man doch gar nicht so tun, als ob eine Europawahl jemals eine Kommunalwahl dominiert hätte.

(Bodo Wißen [SPD]: Das hat niemand gesagt!)

Das ist völlig bar jeder Realität. Das ist im Übrigen mehrfach bestätigt worden. Auch in dem Aufsatz, den Herr Lindner eben zitiert hat, ist das glasklar herausgearbeitet worden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Stellen Sie Aufsätze über Verfassungsgerichtsurteile?)

Man muss sich schon mit Jura und mit Demokratie ein bisschen beschäftigen.

(Beifall von CDU und FDP – Lautes Lachen von SPD und GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Dann gehen Sie doch als glänzendes Beispiel voran!)

– Ich komme noch auf Sie zu sprechen. – Wer in der Sache nichts zu bieten hat,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der Intensivtäter hat gesprochen! Mehr Erfahrung mit solchen Urteilen als Sie kann man nicht haben!)

muss polemisieren und mit Schmutz werfen.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN – Zahlreiche Abgeordnete von SPD und GRÜNEN deuten auf die Reihen von CDU und FDP. – Lebhaftes Zurufe)

So war es jahrelang. Deswegen will ich Ihnen das gern noch einmal darlegen, weil Sie offensichtlich beratungsresistent sind.

(Fortgesetzt Zurufe)

Alle Entscheidungen, bei der man eine juristische Abwägung tätigt, sind mit einem Risiko behaftet.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Bevor Sie wieder in Häme ausbrechen, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Sie es geschafft haben, sich im Jahre 1999 binnen kürzester Zeit zwei verfassungsgerichtliche Urteile einzufangen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das haben Sie bei Weitem übertroffen! – Zuruf von der SPD: Sie haben sechs Verfassungsgerichtsurteile kassiert! – Weitere Zurufe)

Zum einen wurde die Verfassungswidrigkeit der Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium festgestellt.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wenn ich mich recht entsinne, wurde als Argument damals auch das Demokratieprinzip genannt. Das ist ganz spannend zu sehen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich kann feststellen, dass das gleich gelagert war.

(Lebhafte Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Auch dabei haben Sie akzeptieren müssen, dass ein Verfassungsgericht eine andere Auffassung vertritt – ebenso wie bei der 5%-Klausel.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie haben ein Verfahren gewonnen! – Zurufe von SPD und GRÜNEN – Gegenrufe von CDU und FDP)

Frau Präsidentin, ich kann auch weiter schreien.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Minister, ich kann zwar gern die Kollegen darauf hinweisen, dass es eine Gepflogenheit in diesem Haus ist, den Argumenten zuzuhören,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Welchen Argumenten?)

aber ich kann niemanden dazu zwingen.

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Vielen Dank. Dann werde ich etwas lauter sprechen.

(Rudolf Henke [CDU]: Aber ich möchte zuhören! Dann sollten Sie mal still sein! – Lachen von SPD und GRÜNEN)

Ich kann jedenfalls nicht feststellen – Sie machen das Ganze immer zum Ziel persönlicher Angriffe –, dass diese Urteile damals irgendwelche Rücktrittsgelüste in den eigenen Reihen ausgelöst hätten.

Ich schaue mir Rot-Grün auf Bundesebene an. Das Gesetz über den Europäischen Haftbefehl 2005: verfassungswidrig! Das Luftsicherheitsgesetz 2006, das auch Flugzeugabschussgesetz genannt wurde: verfassungswidrig! Die Argen – Stichwort: Hartz IV – verfassungswidrig!

(Ursula Meurer [SPD]: Schauen Sie sich doch einmal Ihre „Erfolgsbilanz“ an! – Weitere Zurufe)

Das Gesetz des SPD-Finanzministers zur Pendlerpauschale: verfassungswidrig! 2,5 Milliarden € sind nur die schlappen Konsequenzen.

(Zurufe von Hendrik Wüst [CDU] und Rainer Schmeltzer [SPD])

Meine Damen und Herren, sind die alle zurückgetreten oder was ist da passiert?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die haben keine sechs „Klatschen“ bekommen wie Sie!)

Es ist doch irrwitzig zu glauben, dass man, wenn das Verfassungsgericht eine andere Auffassung vertritt und wenn es wie in unserem Fall eine schwierige und enge Entscheidung getroffen hat, daraus Rückschlüsse über die Arbeit von Ministerien und von Ministern ziehen könnte.

(Hannelore Kraft [SPD]: Woher wissen Sie das denn? – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, das ist doch durchsichtig. Sie wollen Voodoozauber veranstalten. Sie wollen versuchen, für sich etwas herauszuholen, weil Sie politisch in diesem Land nicht reüssieren.

(Lachen von Wolfgang Jörg [SPD] – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das, meine Damen und Herren, läuft immer nach dem Motto: falsch behauptet – schlapp begründet. Sie mussten alles zurücknehmen. Der jetzige Wahlzeitpunkt 30.8.2009 liegt in dem Zeitraum, den das Verfassungsgericht für zulässig erklärt hat. Das ist eindeutig so.

(Hannelore Kraft [SPD]: Nein!)

Wir haben darüber hinaus sehr deutlich werden lassen, dass wir diese Entscheidung natürlich in einer Abwägungsphase getroffen haben.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Minister.

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Natürlich – das bestreitet niemand – muss man abwägen: Wahlbeteiligung contra Eigenständigkeit der Wahl.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Minister.

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Das ist die Aufgabe.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Minister.

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Es handelt sich um eine juristische und um eine politpragmatische Aufgabe.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Eine parteipragmatische Aufgabe ist das für Sie!)

Diese Aufgabe muss eine Regierung letztlich erfüllen; wir haben sie erfüllt.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Minister.

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Sie wissen auch, dass es gute Gründe dafür gibt, die Eigenständigkeit voranzubringen. Sie haben – das wurde heute

zwar noch nicht erwähnt, ist aber an anderer Stelle genannt worden – erlebt, dass drei Landtage die Landtagswahlen ebenfalls auf den 30.08. gezogen haben, um aufgrund der gleichen Parallelwertungen keine Überlappung von Bundestags- und Landtagswahlen zu haben.

(Horst Becker [GRÜNE]: Aber das ist verfassungsrechtlich unbedenklich!)

Ganz am Rande sei erwähnt, dass daran die SPD in Sachsen beteiligt war. Also handelt es sich um Krokodilstränen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Minister, ich muss Sie leider unterbrechen. Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Rimmel zu?

(Zuruf von der CDU: Um Gottes willen!)

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Rimmel? – Ja gut.

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte schön, Herr Rimmel, Sie haben das Wort.

**Johannes Rimmel<sup>1)</sup>** (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Minister. Wir sind die ganze Zeit gespannt. Deshalb möchte ich Sie daran erinnern und fragen: Wie definieren Sie persönlich in dieser Angelegenheit gegenüber dem Parlament den Begriff der politischen Verantwortung?

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Ich verstehe ihn in der gleichen Weise, wie es andere Minister auch tun. Ich habe Ihnen – wie Sie das auch gerne machen – schöne Fallbeispiele genannt, bei denen verfassungsgerichtliche Entscheidungen gegen eine Regierung bzw. gegen ein Ministerium getroffen worden sind.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Viermal!)

Ich habe nicht erkennen können, dass nur annähernd die Frage der diesbezüglichen Verantwortung gestellt worden ist.

Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen mit vielen Stimmen namhafter Verfassungsrechtler eine Entscheidung getroffen, die – so ist es jedenfalls zu hören – recht knapp ausgefallen ist. Das bedeutet doch ganz eindeutig, dass man in einer streitigen Frage unterschiedliche Auffassungen haben kann. Daraus Weiteres abzuleiten, ist jedenfalls nicht meine Sache.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Minister.

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Ich möchte Ihnen vielmehr noch einmal sehr deutlich sagen, dass das, was in Sachsen, in Thüringen und im Saarland gilt, dass nämlich die Eigenständigkeit einer Wahl nicht durch eine andere überlagert werden soll, auch für Nordrhein-Westfalen Gültigkeit hat,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Also gibt es künftig keine gemeinsamen Kommunalwahlen und Europawahlen!)

gerade auch für eine so sensible Wahl wie eine Landtagswahl.

(Bodo Wißen [SPD]: Meinen Sie jetzt Landtags- oder Kommunalwahlen?)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Düker?

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Ja, gut.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte schön, Frau Kollegin Düker.

**Monika Düker** (GRÜNE): Danke, Herr Minister. Mittlerweile sind vier Gesetze aus Ihrem Verantwortungsbereich vom Verfassungsgerichtshof in Münster bzw. vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe für verfassungswidrig erklärt worden. Kennen Sie einen deutschen Kollegen, der häufiger als Sie vor einem Verfassungsgericht gescheitert ist?

(Gisela Walsken [SPD]: Namen!)

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Ich hatte Ihnen schon einmal gesagt, dass es maximal drei sind, die in meine unmittelbare Verantwortung fallen. Und auch für die anderen Fälle gilt ganz klar – das habe ich Ihnen schon mehrfach dargelegt –,

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Einer im Sinn!)

dass verfassungsrechtliche Entscheidungen oft Spitz auf Knopf sind. Wenn beispielsweise in einem Fall vom Bundesverfassungsgericht ein neues Grundrecht kreiert worden ist, das niemand vorher kannte, dann werden Sie sicherlich nachvollziehen, dass wir es auch nicht vorher wissen konnten.

Wir haben allerdings im Unterschied zu Ihnen im Bund, als Sie dort noch die Verantwortung hatten und für Online-Durchsuchungen Dienstanweisungen für ausreichend erachtet hatten, gesagt: Wir wollen solche Dinge nicht. Erstens wollen wir keine Online-Durchsuchungen. Und wenn wir – zweitens – im Rahmen der nachrichtendienstlichen Überwachung etwas machen, dann wollen wir es mit einem Gesetz

machen. Das ist am Ende vom Bundesverfassungsgericht durch ein neues Grundrecht in einer anderen Weise interpretiert worden.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich glaube, an dieser Stelle kann man sehr gut sehen, dass auch dort nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet worden ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas zu dem sagen, was an Kosten durch die Gegend geistert. Ich bin Herrn Lindner sehr dankbar, dass er das schon sehr schön dargelegt hat. Es ist natürlich klar, dass sich, wenn man mit unreal hohen Zahlen operiert,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Herr Biesenbach operiert mit solchen Zahlen!)

auch sehr gut Aufregung schüren lässt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Und der Bund der Steuerzahler!)

Wir haben eine Zahl in den Raum gestellt bekommen, die wir zu keinem Zeitpunkt bestätigt haben. Wir haben im Gegenteil immer gesagt: Sie ist so nicht richtig, weil sie entsprechende Elemente beinhaltet, die man am Ende seriöserweise nicht einrechnen darf. Wenn Sie Personalkosten von Beschäftigten, die eh da sind, in Anrechnung bringen, ist das nicht seriös.

(Lachen bei der SPD)

– Natürlich ist das nicht seriös.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, die Regelpersonalkosten können Sie seriöserweise nicht in Ansatz bringen. Und wenn das alles, was vorgetragen worden ist, richtig ist, dass von 3,43 € pro Wahlberechtigten die anteiligen Personalkosten von 2,25 € heruntergerechnet werden, dann kommt man auf ungefähr 1,18 €. Das bezog sich aber nur auf Großstädte. Am Ende waren es 1,04 € im Schnitt. Und damit kommt man bei 14.400.000 Wahlberechtigten auf 14,8 Millionen €.

(Karl Schultheis [SPD]: Da kriegen wir ja noch was raus! – Weitere Zurufe)

Das, meine Damen und Herren, betrifft aber nur eine einzelne Wahl. Es ist aber doch ganz wichtig zu sagen, dass sich, wenn Sie zwei Wahlen zusammulegen, die Kosten nicht halbieren. Genauso wenig verdoppeln sich, wenn Sie Wahlen trennen, die Kosten. Wir sind bei der entsprechenden tatsächlichen Kostengrundlage bei stichprobenartiger Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Synergiegewinne, die durch den Städte- und Gemeindebund bei einer Zusammenlegung auf 30 % beziffert werden, aufs Land hochgerechnet 4,5 Millionen € ausmachen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wenn Sie weiterrechnen, machen wir noch Plus! – Gisela Walsken [SPD]: Schwarze Null!)

Das ist eine völlig andere Zahl. Das ist ein Zehntel der angegebenen Kosten. Das zeigt, dass diejenigen, die mit anderen Zahlen operieren, letztendlich hier auch Foul spielen.

(Rainer Schmeltzer [SPD] und Johannes Remmel [GRÜNE]: Herr Biesenbach!)

Und dieses Foul ist bewusst provoziert. Das wissen Sie auch.

(Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Für uns sind die eigenständige Kommunalwahl und die Chancengerechtigkeit gerade auch für kleine Wählergruppen das zentrale Element. Wir haben keine Sorge und keine Angst, uns dem Wähler zu stellen. Das ist bei Ihnen offensichtlich anders. Sie wollten sogar noch einen kostenträchtigen Volksentscheid gegen diese Festlegung setzen. Es wäre spannend zu sehen, was das wohl wieder kosten würde. Wir haben jedenfalls keine Sorge bei der Auseinandersetzung mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wir werden dafür fechten und kämpfen, dass die Kommunalwahl ihre Eigenständigkeit auch in unserem System behält, damit diejenigen, die vor Ort wahlkämpfen, auch Gehör finden und nicht durch Fragen, wer Kanzler wird, oder ähnliche Dinge überzogen werden.

In diesem Sinne ist, glaube ich, die Entscheidung richtig und gut, den 30. August als Wahltermin so festzusetzen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Kollege Jäger das Wort.

(Zurufe von CDU und FDP)

**Ralf Jäger (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben uns heute hier versammelt, um darüber zu debattieren, dass der Landtag von Nordrhein-Westfalen in seiner Mehrheit nicht nur ein verfassungswidriges Gesetz beschlossen hat, sondern der Verfassungsgerichtshof festgestellt hat, dass das Demokratieprinzip verletzt worden ist.

(Beifall von der SPD)

Frau Löhrmann und Frau Kraft haben, glaube ich, deutlich gemacht, dass es in der Debatte heute darum gehen muss, dass sich Demokraten untereinander darüber klar sein müssen, was eine geringe Wahlbeteiligung für die Demokratie in Nordrhein-Westfalen bedeutet und welchen Schaden sie dadurch nehmen kann, wenn wir als Demokraten nicht

dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen an Wahlen teilnehmen. Frau Kraft und Frau Löhrmann haben Ihnen heute die Hand gereicht, einen Weg zu gehen, das zu reparieren und eine Schadensbegrenzung herbeizuführen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nach den Reden von Herrn Lindner und Herrn Biesenbach – wenn man sie denn als Reden bezeichnen will –,

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

in denen auf die Frage der Verletzung des Demokratieprinzips gar nicht eingegangen worden ist, sage ich Ihnen offen, meine Damen und Herren, kann man sich als Parlamentarier eigentlich nur noch schämen.

(Beifall von der SPD)

Herr Biesenbach, wenn Sie das Urteil der Instanz Verfassungsgerichtshof, das ein Gesetz kassieren muss, das festgestelltermaßen verfassungswidrig ist, dem Demokratieprinzip widerspricht, als „Mindermeinung“ bezeichnen, dann sitzen Sie dort als Abgeordneter an der falschen Stelle.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Es wäre schön gewesen, wenn Sie selbst einmal zitiert hätten, was Sie nach der mündlichen Verhandlung gesagt haben,

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Ja!)

nämlich dass es in diesem Land den Menschen nicht zuzumuten ist, einen dritten Wahltermin für die Kommunalwahl vorzusehen.

Herr Lindner, ich muss mich leider beeilen, sonst hätte ich zu Ihren weitreichenden Ausführungen gern etwas mehr gesagt. Wer in der demokratischen Tradition eines Graf Lambsdorff und eines Jürgen Möllemann steht, sollte hier nicht mit den Fingern auf andere Menschen zeigen.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte auch nicht der buchhalterischen Argumentation unseres Innenministers hinsichtlich der 42 Millionen € folgen,

(Minister Armin Laschet: 14!)

ob es jetzt 40, 39 oder 47 sind. Ich will nur deutlich machen, vorgetragen vor dem Verfassungsgerichtshof nicht nur von der Landtagspräsidentin, sondern auch vom Verfahrensbevollmächtigten dieser Landesregierung: 42 Millionen.

(Zuruf von der CDU: Falsch! – Zuruf von der SPD: Wir waren dabei! – Weitere lebhafte Zurufe)

Herr Stahl, wer vor Gericht Falsches vorträgt, um ein günstigeres Urteil zu ergattern, begeht Prozessbetrug.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe auch begriffen, dass Sie hier inzwischen in einer Wagenburgmentalität einbetoniert sind, dass Sie auf die Menschen draußen, auf Ihre eigenen Kolleginnen und Kollegen in den Räten, auf Ihre Oberbürgermeister und Bürgermeister nicht mehr hören wollen. Ich habe verstanden, dass Sie diese Handreichung heute ausgeschlagen haben.

Herr Wolf, auf Sie werde ich jetzt noch im Besonderen eingehen. Ich fand Ihre Reden offen gestanden ziemlich arrogant und ignorant nach solch einem Urteil.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie scheinen nach dem Prinzip zu funktionieren: Ist der Ruf erst ruiniert, regiert es sich ungeniert. Sie, Herr Wolf, haben vier herbe Niederlagen vor Verfassungsgerichten erleiden müssen, weil handwerklich schlecht vorbereitet, schlecht argumentiert,

(Zuruf von der CDU)

schlecht vertreten.

Die CDU-Fraktion frage ich: Wenn ein Verkehrsminister in Nordrhein-Westfalen, weil er ständig die Verkehrsregeln übertritt, zurücktreten muss,

(Minister Armin Laschet: Frechheit!)

was politisch konsequent und menschlich übrigens zu respektieren ist: Wieso ist ein Innenminister, der ständig die Verfassung bricht, eigentlich immer noch im Amt, meine Damen und Herren?

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Frau Präsidentin, darf ich den gleichen Anspruch wie Herr Lindner für mich reklamieren, einen Gedanken, an Herrn Wolf gerichtet, zu Ende zu führen?

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Sie dürfen mir an dieser Stelle auch noch ein Signal geben, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Orth zulassen.

**Ralf Jäger (SPD):** Aber gern.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Orth, bitte.

**Dr. Robert Orth (FDP):** Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Lieber Kollege Jäger, ich möchte Sie fragen, was Sie eigentlich seinerzeit Fritz Behrens gefragt haben, als er zusammen mit Herrn Clement

vor dem Verfassungsgericht deutlich verloren hat, als es um die Zusammenlegung des Innen- und des Justizministeriums ging? Welche Meinung haben Sie denn da vertreten?

(Zurufe von der SPD)

**Ralf Jäger (SPD):** Was fragen Sie diesbezüglich eigentlich den Wiederholungstäter Wolf? – Innerparteilich offensichtlich gar nichts. Wer vier Mal hintereinander verliert, hat jede Reputation vor diesem Parlament verloren, Herr Orth.

(Beifall von der SPD)

Um das noch einmal deutlich zu machen, meine Damen und Herren: Wir haben heute hier eine Auseinandersetzung geführt, die, wie ich fand, im ersten Teil sehr gut begann,

(Heiterkeit und Zurufe von der CDU)

weil es um das Demokratieprinzip ging, im zweiten Teil jedoch massiv abgerutscht ist.

(Zurufe von der CDU)

Zur Ihrer Rede, Herr Wolf, als Minister vor Parlamentariern frage ich Sie allen Ernstes: Nach solchen Niederlagen, nach solchen handwerklichen Fehlern, nach Bemerkungen wie denen des CDU-Fraktionsvorsitzenden, dass Sie es in Münster versemelt haben:

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen!

**Ralf Jäger (SPD):** Was bilden Sie sich eigentlich ein, uns in diesem Parlament noch juristische Ratschläge zumuten zu wollen?

(Beifall von der SPD)

Was bilden Sie sich eigentlich ein?

Und an die Damen und Herren der CDU gewandt: Wir werden dafür sorgen, dass am 30.08. dieses Jahres, wenn es tatsächlich nach Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten dann doch eine Kommunalwahl in diesem Land geben sollte, eine Antwort auf die Frage gefunden wird, wer für dieses Hinauswerfen von Steuergeldern und das Biegen des Demokratieprinzips in diesem Land verantwortlich ist. – Das werden Sie sein, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Jäger. – Als nächster Redner hat der Abgeordnete Becker das Wort, der für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht.

**Horst Becker** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will wenige Dinge kurz geradestellen:

Erstens. Sie sagen, Sie seien für eine eigenständige Kommunalwahl und wollten wie wir ab 2014 den Wahltermin mit dem für die Europawahl zusammenlegen.

Zweitens. Sie haben hier über Wahlchancen spekuliert, die sich an dem ein oder anderen Wahltermin für die ein oder andere Partei eröffnen würden, obwohl es um ein Verfassungsgerichtsurteil geht. Ich finde, das ist völlig deplatziert.

(Beifall von der SPD)

Drittens. Von Ihnen, Herr Biesenbach, ist ausgeführt worden, die SPD – möglicherweise meinen Sie auch die Grünen – würde einen getrennten Wahltermin fürchten. – Es geht nicht darum, wer einen getrennten Wahltermin fürchtet, sondern darum, wer den gemeinsamen Termin der Wahlen zum Bundestag und der Kommunalwahlen fürchtet.

(Zuruf von der SPD: So ist das!)

Meine Damen und Herren, es ist schon ein besonderes Stück an wirklicher Frechheit, wenn der Innenminister darüber spekuliert, dass ein 4:3-Urteil ergangen sei, und deshalb könne man das so oder so sehen.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Fakt ist: Man kann es nicht so oder so sehen. Nach Ihrer Interpretation könnte Schalke nach dem Ergebnis von gestern Abend behaupten, es sei im Pokal eine Runde weitergekommen.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker. – Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Sagel.

**Rüdiger Sagel**<sup>\*)</sup> (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Ob 4,5 Millionen oder 14,8 Millionen oder 42 Millionen – Sie scheinen die Millionensummen sehr locker zu haben und werfen das Geld der Bürger sehr locker zum Fenster hinaus. Das wäre aus meiner Sicht überhaupt nicht nötig. Aber Sie scheinen es nötig zu haben.

(Volkmar Klein [CDU]: Gar nicht nötig! Alles streichen!)

Sie schrecken bei dieser Wahlmanipulation offensichtlich nicht davor zurück, Millionen aus dem Fenster zu werfen.

(Minister Armin Laschet: Wenn wir gar nicht mehr wählen, kostet es gar nichts mehr!)

– Sie wollen gar nicht mehr wählen? Ja, das glaube ich.

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

Heute haben wir ein Beispiel für die pure Arroganz der Macht erlebt wie selten zuvor in diesem Haus. Es ist kein Wunder, dass sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger angewidert von dieser Art Politik abwenden. Offensichtlich haben CDU und FDP nach der Klatsche des VGH Münster nichts gelernt. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich getäuscht. Es ist ein verheerendes Zeichen für die Demokratie, was Sie heute hier im Landtag abgeliefert haben. Ich kann nur sagen: Dies ist wirklich kein gutes Beispiel für Demokratie, was wir heute hier im Landtag erlebt haben.

Mit dem neuen Wahltermin am 30. August 2009 wird nun endgültig klar, dass die Wahlen manipuliert werden; denn das eigene Argument von CDU und FDP, dass eine höhere Wahlbeteiligung das Ziel sei, wird nun endgültig ausgehebelt. Bei der Zusammenlegung von Bundestagswahl und Kommunalwahl wäre das mit Sicherheit gegeben; die Zahlen aus der Vergangenheit sind hier genannt worden. Aber das scheint Sie alles nicht zu schrecken. Das ist Ihre Politik. Sie nehmen Kosten in Millionenhöhe gerne in Kauf. Es ist schon sehr verwunderlich, wenn gerade die Sparte FDP mit ihrem Innenminister bereit ist, solche Millionensummen zum Fenster hinauszwerfen. Offensichtlich regiert bei CDU und FDP die pure Angst. Deswegen schrecken Sie nicht einmal vor dieser Wahlmanipulation zurück.

Als fraktionsloser Abgeordneter kann ich an dieser Stelle nur feststellen: Ich selber habe nicht die Möglichkeit zu klagen. Ich hoffe aber sehr darauf, dass SPD und Grüne erneut vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster klagen werden; denn ich glaube, dass es sehr sinnvoll ist, auch an dieser Stelle keine Wahlmanipulation durchgehen zu lassen. Wir wären sehr gut beraten, wenn wir am 27. September 2009 einen gemeinsamen Termin für die Kommunalwahl und die Bundestagswahl hätten. Das finden auch die Bürgerinnen und Bürger, wie die Umfrage des WDR kürzlich ergeben hat. Von daher ist es aus meiner Sicht sehr berechtigt, erneut zum Verfassungsgerichtshof zu gehen und das abschließend klären zu lassen. Diese Wahlmanipulation ist jedenfalls unerträglich. Und es ist sehr verständlich, dass die Bürgerinnen und Bürger von dieser Politik endgültig die Nase voll haben.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zum jetzigen Zeitpunkt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor; ich gucke aber sicherheitshalber noch einmal in die Runde. – Das ist auch weiterhin der Fall. Dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den **Gesetzentwurf Drucksache 14/8652** ab

stimmen. Nach der Vereinbarung der Fraktionen soll der Gesetzentwurf an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform überwiesen** werden. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den darf ich bitten, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diese Überweisungsempfehlung ist mit Zustimmung aller Fraktionen und des fraktionslosen Abgeordneten Sagel angenommen.

Ich lasse weiter abstimmen über den **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8645**. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen zur selbigen. Wer also dem Inhalt dieses Antrags zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Das sind die Mitglieder der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie des fraktionslosen Abgeordneten Sagel **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, ich lasse drittens abstimmen über den **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ihnen vorgelegt mit der **Drucksache 14/8662**. Entgegen der ursprünglichen Mitteilung ist inzwischen gesonderte Abstimmung über die einzelnen Punkte des Beschlusstells beantragt worden. Wir kommen nun zu diesen Abstimmungen.

Ich lasse zunächst über **Ziffer III.1** abstimmen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Lesen Sie die noch einmal vor!)

Wer dem Inhalt dieses Beschlusstells zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? –

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nicht zu fassen!)

Dann ist III.1 mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des fraktionslosen Abgeordneten Sagel **abgelehnt**.

Ich lasse abstimmen über den Inhalt des Beschlussvorschlages **Ziffer III.2**. Wer diesem Inhalt zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Das sind die Mitglieder der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Gegenstimmen? – Das sind die Mitglieder der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch der Beschlussteil III.2 **abgelehnt**.

Ich lasse ferner abstimmen über den Beschlussvorschlag **Ziffer III.3**. Wer diesem zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Das sind die Mitglieder der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Gegenstimmen? – Das sind die Mitglieder der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist auch der Inhalt der Ziffer III.3 **abgelehnt**.

Ich lasse nun abstimmen über **Ziffer III.4**. Wer dem Inhalt zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Das sind die Mitglieder der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Gegenstimmen? – Das sind die Mitglieder der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist auch die Ziffer III.4 **abgelehnt**.

Der guten Ordnung halber lasse ich noch über den **Antrag Drucksache 14/8662** insgesamt abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, bitte ich die Hand zu heben. – SPD, Grüne und der Abgeordnete Sagel. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich lasse schließlich über den **Antrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 14/8670** abstimmen. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Wer dem Inhalt des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Sagel **angenommen**.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 18. März, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen eine angenehme Heimfahrt.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17:09 Uhr**

---

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.